Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 177 Januar/Februar 2015 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 177 Januar/Februar 2015

Nur im Internet | www.kurdistan-report.de



In Kobanê wird die Menschlichkeit verteidigt. Der Widerstand gegen den Islamischen Staat hält seit drei Monaten ununterbrochen an. Foto: DIHA



Im Oktober begann eine neue Festnahmewelle in der Türkei. In Colemêrg wurde die DIHA-Reporterin Beritan Yıldıztan festgenommen. Foto: DIHA



Es laufen viele Solidaritätskampagnen für die Menschen, die vor dem Krieg in Irak und Syrien fliehen mussten. Doch die Hilfe reicht noch lange nicht aus. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen im neuen Jahr. Wieder steht Kurdistan, die kurdische Freiheitsbewegung, im Zentrum dynamischer Veränderungen und historischer Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten. Mit den IS-Angriffen im August auf Şengal und im September auf Kobanê, den Kanton der autonomen Verwaltung in Rojava, zog es den Blick der Weltöffentlichkeit auf sich. Der bei Drucklegung dieses Heftes seit drei Monaten andauernde Widerstand in Kobanê steht für die Situation im Mittleren Osten, reflektiert gleichzeitig aber auch die Errungenschaften der kurdischen Bewegung. Denn beim Kampf um Kobanê geht es nicht bloß um eine Stadt, ihre Bevölkerung. Hier prallen zwei Ideologien, Zukunftsvisionen aufeinander. Die gesellschaftliche Revolution in Rojava – ob die zentrale Rolle der kurdischen Frauenbewegung und ihrer Frauenbefreiungsideologie, den ökologischen Bereich oder den ökonomischen – versuchen wir mit dem einen oder anderen Artikel zu beleuchten.

In der Türkei/Nordkurdistan dauert der »Friedensprozess« zwischen PKK und Staat, auch 2014 von Tiefen und Höhen geprägt, weiter an. An der antidemokratischen Haltung von Staat und AKP-Regierung hat sich jedoch nichts geändert: weder in ihrer Rojava-Politik noch mit der Festnahmewelle gegen tausende politische AktivistInnen seit Oktober noch der Ermordung demonstrierender ZivilistInnen noch der fehlenden Bereitschaft zur Haftentlassung kranker Gefangener …

Abdullah Öcalan hält dennoch an seiner Newroz 2013 verkündeten Linie »Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen« fest und wagt mit dem »Entwurf für Frieden und Demokratie im Verhandlungsprozess« einen neuen Vorstoß, allerdings: »Von uns kommt nichts mehr, bis dieser Entwurf umgesetzt ist!« In einem Artikel über Lösungsprozesse in Irland und Südafrika soll die Rolle von Führungspersönlichkeiten und Verhandlungen im internationalen Kontext verglichen werden.

Deutschland sah auch im vergangenen Jahr wieder Demonstrationen gegen das PKK-Verbot, Solidaritätsaktionen für Kobanê führten hier zur Annäherung zwischen unterschiedlichsten Gruppen und der kurdischen Bewegung. Mit der zweiten »Network for an Alternative Quest«-Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« wird 2015 nun auch dem theoretischen und ideologischen Austausch über revolutionäre Theorieansätze Raum gegeben.

Am 9. Januar jähren sich die Pariser Morde an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez. Die Forderung nach Rechenschaft und Verurteilung der Verantwortlichen, die ihren Ausdruck in wöchentlichen Mahnwachen in vielen europäischen Städten findet, besteht weiter. Wir möchten hier auch mit Freude und einer ersten Leseprobe die deutschsprachige Veröffentlichung des ersten Teils der Autobiografie von Sakine Cansız am 9. Januar beim Mezopotamya Verlag bekannt geben.

Unsere Gedanken sind bei allen gefallenen Revolutionärinnen und Revolutionären; den einfachen Menschen, die wie so oft am härtesten unter den Kriegen zu leiden haben und unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern den Winter überstehen müssen; den Angehörigen der Opfer des Roboskî-Massakers vom 28. Dezember 2011, die im vierten Jahr immer noch für Gerechtigkeit kämpfen ...

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Auch im neuen Jahr wird es zu dynamischen Entwicklungen kommen

Ferda Çetin, Journalist und Kolumnist bei Yeni Özgür Politika

Der Mittlere Osten ist derzeit Schauplatz eines großen Krieges, der sich mittlerweile nicht nur auf die Staaten Syrien und Irak konzentriert, sondern auch mitten in Kurdistan stattfindet.

Bei ihrer Gründung kündigte die Organisation »Islamischer Staat« (IS) ihren Kampf gegen die Regime im Irak und in Syrien an. Doch mit der Zeit drehte sie ihr Visier in Richtung Kurdistan und richtete in der Folgezeit ihre Angriffe gegen Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) sowie in Südkurdistan gegen Şengal (Sindschar), Kerkûk (Kirkuk) und Maxmur. Ein Blick auf die Landkarte macht deutlich, dass West- und Südkurdistan nun zu den Hauptangriffszielen des IS gehören.

Nun führt der IS in Syrien weder gegen das Regime noch gegen andere Organisationen ernstzunehmende Angriffe durch. Stattdessen hat er seine Kräfte und schweren Waffen auf die demokratischen Kantone Rojavas konzentriert. Es ist offensichtlich, dass diese Angriffe auf die Errungenschaften der kurdischen Gesellschaft abzielen.

Während das Gesellschaftssystem von Rojava eine ernstzunehmende Alternative zur nationalstaatlichen und despotischen Gesellschaftsordnung des Mittleren Ostens darstellt, repräsentiert das IS-Regime lediglich eine abgewandelte Fortschreibung der gegenwärtigen machtfixierten hegemonialen Systeme der Region. Der IS will das Durcheinander im Irak und in Syrien dazu nutzen, seine eigene faschistisch-islamistische Diktatur zu errichten. Diese faschistische Diktatur verfügt wohl über mehr Ähnlichkeiten mit dem Regime Assads, des Iran oder auch des Irak unter Saddam Hussein, als dass sie sich von ihnen unterscheidet.

Die kurdische Freiheitsbewegung im Mittleren Osten und die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava wollen demgegenüber ein neues Gesellschaftsmodell etablieren, das eben keinen homogenen Nationalstaat, basierend auf einer Nation oder einer Religion, verkörpert. Dieses Modell wird auch Demokratische Nation genannt. Im Gegensatz zum religiösen Faschismus sieht es die Gestaltung des gemeinsamen Lebens von ChristInnen, ÊzîdInnen, AlevitInnen und MuslimInnen vor. Gegen die Strategie, Frauen zu versklaven und zu Objekten zu degradieren, verteidigt es die Idee der Geschlechterfreiheit und somit die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am öffentlichen Leben. Es sind diese Charakteristiken des Modells der kurdischen Freiheitsbewegung, die dem IS mit seinem völlig konträren Weltbild Kopfschmerzen bereiten. Und bei der Betrachtung der aktuellen Lage aus der eben dargestellten Sicht wundert es auch kaum, dass der IS solche Energien für den Kampf gegen Rojava mobilisiert. Grund dafür ist schlichtweg ihre Furcht vor einer sich entwickelnden demokratischen Revolution im Mittleren Osten. Und deshalb greifen sie seit drei Monaten mit allen Mitteln Kobanê (Ain al-Arab) an.

Die Mittel und Wege, über die sich der IS organisiert und verbreitet, sind nicht neu. Köpfen, Vergewaltigen und Massaker sollen ein Klima der Angst und das Bild einer unverwüstlichen Organisation schaffen. Angesichts dieser Mittel, aber beispielsweise auch der Klassenzugehörigkeit der Basis des IS, fällt auf, dass sein Erstarken deutliche Parallelen zum Faschismus in Italien zwischen 1922 und 1943, in Spanien zwischen 1936 und 1939 sowie in Deutschland zwischen 1933 und 1945 aufweist. Der IS repräsentiert sozusagen die mittelöstliche Variante des Faschismus.

Vor seinen Angriffen auf die Revolution von Rojava wurde ein Bild von dieser Organisation gezeichnet, als wäre kein Gebiet vor ihm sicher und als könne sich ihm nichts und niemand entgegenstellen. Genährt wurde dieses Bild dadurch, dass er binnen eines Tages ohne große Gegenwehr Großstädte des Irak oder Syriens ohne ernsthafte Gegenwehr des Regimes einnehmen konnte. Doch dieses Bild hat sich mit dem Widerstand von Kobanê verflüchtigt.

Die Türkei, Saudi-Arabien und Katar haben die Banden des IS in der Vergangenheit unterstützt und tun es teilweise immer noch. Dschihadisten, die sich diesen aus Fernost, Afrika oder Europa angeschlossen haben, wurden in der Türkei ausgebil-

det, ausgestattet und nach Syrien transportiert. Unzählige Dokumente und Bildaufzeichnungen stellen das unter Beweis, zumal die genannten drei Staaten auch aus den USA und Europa gemahnt wurden, ihre Unterstützung für den IS einzustellen.

Als die Banden mit dieser Unterstützung im Rücken ihre Angriffe auf Kobanê aufnahmen, taten sie das überaus siegessicher. Sie kündigten an, die Stadt in zwei Tagen einzunehmen und ihr Freitagsgebet zum islamischen Opferfest in der Stadt abzuhalten. Mit den aus den Kasernen des irakischen und syrischen Heeres erbeuteten schweren Waffen bliesen sie zum Großangriff auf die Stadt. Und praktisch die gesamte Welt glaubte, dass Kobanê bald dem IS-Gebiet angehören würde. So äußerte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan am 6. Oktober bei einem Auftritt in Dîlok (Antep), dass Kobanê so gut wie gefallen sei.

Noch am Tage der besagten Rede kam es aus Solidarität mit dem Widerstand von Kobanê in Nordkurdistan, der Türkei und auch Europa zu einem »Serhildan« (kurd. für Volksaufstand). Der türkische Staatsterror gegen diesen legitimen Aufstand kostete vierzig ZivilistInnen das Leben.

Der Mythos vom »unbesiegbaren Islamischen Staat« verblasste mit dem Widerstand von Kobanê. Trotz asymmetrischer Kriegskonstellation, in der sich die Bevölkerung mit leichten Waffen gegen die Panzer und schweren Waffen des IS zur Wehr setzt, leistet die Stadt seit nun drei Monaten heroischen Widerstand. In dieser Zeit hat sich überall auf der Welt eine internationale Solidarität entwickelt ...

Der Mythos vom »unbesiegbaren Islamischen Staat« verblasste mit dem Widerstand von Kobanê. Trotz asymmetrischer Kriegskonstellation, in der sich die Bevölkerung mit leichten Waffen gegen die Panzer und schweren Waffen des IS zur Wehr setzt, leistet die Stadt seit nun drei Monaten heroischen Widerstand. In dieser Zeit hat sich überall auf der Welt eine internationale Solidarität entwickelt, die am weltweiten Aktionstag für Kobanê am 1. November ihren vorläufigen Höhpunkt erreichte.

Eben diese weltweite Solidarität setzte die westlichen Staaten unter Druck. Nachdem die USA kurz nach dem Beginn der Angriffe auf Kobanê erklärt hatten, es habe für sie keine strategische Bedeutung und sie würden deshalb dem Geschehen tatenlos zusehen, ließ sich diese Position im Zuge der weltweiten Proteste schwer aufrechterhalten. Insbesondere unter der Obama-Administration scheint für sie zumindest ein bestimmter Grad an Legitimität in ihrer Außenpolitik von Bedeutung zu sein. Folglich fanden sie sich in einer Art Zwickmühle wieder. Auf der einen Seite warben sie weltweit für die von ihnen geführte Anti-IS-Koalition. Auf der anderen Seite fokussierte der IS seine Angriffe auf Kobanê, doch die Luftschläge der US-geführten Anti-IS-Koalition gelten in diesem Sinne weniger als gewollt. Kennzeichnend dafür ist die fehlende Präzision bei den Luftangriffen gegen IS-Stellungen. Während die strategisch wichtigen Stellungen, die schweren Waffen, wie Panzer, des IS problemlos zu zerstören wären, sieht die derzeitige US-Strategie eine dezente Schwächung des IS vor, jedoch keine wirkliche Vernichtung.

Das sinnhafte Bild einer unbestimmten Strategie zeigte sich ebenfalls deutlich auf dem Treffen der Anti-IS-Koalition im NATO-Hauptquartier in Brüssel. Die einzelnen Akteure fürchten das Vakuum, das durch eine Zerschlagung des IS entstehen und ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen könnte. Somit kann also von einer Strategielosigkeit bzw. Strategiefindungsphase der verschiedenen regionalen und internationalen Akteure gesprochen werden. Signifikant für die Phase ist, dass die politische und gesellschaftliche Konjunktur gestattet, den alten Status quo durch einen neuen zu ersetzen. Daher dürfte es nicht überraschen, wenn in näherer Zukunft alte Konfliktparteien kurz- oder auch langfristige Bündnisse eingehen oder neue Allianzen geschaffen werden sollten. Von einer einheitlichen westlichen Strategie für den Mittleren Osten kann dann nicht mehr die Rede sein. Die Gewichtsverschiebung bei den Interessen Europas und der USA macht sich vor allem nach der Schieferrevolution[1] bemerkbar. In diesem Sinne kann auch davon ausgegangen werden, dass Deutschland eine seinen Interessen entsprechende gesonderte Strategie für die Region entwickeln wird.

Auch wenn dem Vormarsch des IS im Irak und in Südkurdistan zunächst Einhalt geboten werden konnte, kontrolliert er weiterhin weite Gebiete des Landes. Wie auch das Gebiet um Şengal; weiterhin sind dort mehr als 12 000 Menschen in den Şengal-Bergen (Dschabal Sindschar) von der Terrormiliz IS eingekesselt. Da nur geringfügige Hilfe die dortigen ÊzîdIn-

1 Durch die amerikanische Schiefergas- bzw. -ölgewinnung, hier als »Fracking« bekannt, erlangten die USA aufgrund niedriger Energiepreise erhebliche Wettbewerbsvorteile, z. B. gegenüber Asien und Europa. Die sogenannte Schiefergasrevolution gibt den USA Energiesicherheit und erweitert so auch die Handlungsoptionen ihrer Politik gegenüber den Golfstaaten und dem Mittleren Osten. Schon 2009 konnten die USA den weltweit größten Gasproduzenten Russland überholen und in den nächsten Jahren schon selbst zum Gasexporteur aufsteigen. Das Gleiche gilt auch für die Ölgewinnung, bis 2025 könnten die USA von Ölimporten unabhängig werden.

nen erreicht, droht ihnen der Hunger- und Kältetod. In einer gemeinsamen Operation der südkurdischen Pêşmerge und der Volksverteidigungskräfte (HPG) der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) konnten die Gebiete um Celawla und Sadiye befreit werden. Gegenüber der sehr intakten irakischen Armee und den Pêşmerge, die in vielen Fällen vom IS überrumpelt worden waren, handelt es sich bei den HPG um die souveränste militärische Kraft in der Region. Die Befreiung dieser Gebiete dürfte ebenfalls für den Iran von Interesse gewesen sein. Denn Celawla liegt an der iranischen Grenze, hinter der arabischstämmige SunnitInnen leben. Mit der Einnahme Celawlas hätte der IS die Kontrolle über einen Korridor zum Iran gewinnen können. Wenn auch nicht offen ersichtlich, so handelt es sich beim Iran doch um einen agilen Akteur im Syrienkonflikt.

So verstand er schon zu Beginn die Angriffe auf das syrische Regime als gegen sich selbst gerichtet. Der Iran, der über einen beziehungsreichen Geheimdienstapparat in der Region verfügt, ist inzwischen ebenfalls aktiv im Kampf gegen den IS. Wie die USA fliegt er ebenso Luftangriffe auf IS-Stellungen im Irak. Auch ohne direkte Zusammenarbeit kann von einer Koordinierung der Angriffsziele gesprochen werden. Nachdem die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) vor kurzem erklärt hatte, dass der Iran den zuvor faktisch bestehenden Waffenstillstand gebrochen und somit aufgekündigt habe und sie weitere Hinrichtungen ihrer Mitglieder nicht unbeantwortet lasse, ist der Iran derzeit vorsichtiger im Umgang mit den KurdInnen im eigenen Land. So waren in letzter Zeit keine Hinrichtungen kurdischer AktivistInnen zu verzeichnen. Weiter kam es auch zu keinen Militäroperationen der iranischen Armee.

Nach der Vereinbarung des Dohuk-Abkommens vom 22. Oktober zwischen der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) in Rojava und dem Kurdischen Nationalrat in Syrien (ENKS) soll es zur schnellen Gründung eines gemeinsamen Entscheidungsrats kommen. In diesem sollen die beiden Organisationen mit jeweils zwölf Personen vertreten sein, sechs weitere VertreterInnen durch andere Par-

---



Neuer Vorstoß Abdullah Öcalans: Der »Entwurf für Frieden und Demokratie im Verhandlungsprozess«

Am 29. November traf sich die Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) auf der Gefängnisinsel Imralı mit der inhaftierten kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Firat (ANF) ging Sırrı Süreyya Önder, HDP-Abgeordneter und Delegationsmitglied, kurz auf die Inhalte des von Öcalan vorbereiteten Entwurfs ein. Er erklärte, dass der vollständige Entwurfstext nach Gesprächen mit Vertretern der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) in Kandil und des türkischen Staates mit der Öffentlichkeit geteilt werden würde.

Der Entwurf gliedert sich in vier Hauptkategorien.

1. Kategorie: Die Methode

Diese Kategorie enthält neun Artikel: Alle Stufen des Prozesses sollen dokumentiert, die erreichten Einigungspunkte unterzeichnet aufgenommen und alle grundlegenden Begriffe und Institutionen genau definiert werden.

2. Kategorie: Die geschichtliche und philosophische Dimension

Diese Kategorie enthält elf Artikel:

- Charakter der kurdisch-türkischen Beziehungen im Mittleren Osten im Laufe der Geschichte und ihr heutiger Status.
- Interne und externe Gründe für die zunehmende Verschlechterung der kurdisch-türkischen Beziehungen und ihre Beziehung zur kapitalistischen Moderne.
- Notwenigkeit einer Transformation des Staates hinsichtlich der kurdisch-türkischen Beziehungen; Nutzung dieser Problematik als Machtmittel durch die Machthabenden; blinde Gewalt und deren Folgen.
- Systemische Eigenschaft der Lösung und deren unvermeidliche Auswirkungen auf den Mittleren Osten.
- Verbindung der Lösung mit Frieden und globaler Demokratie; unvermeidliche Reformen in den Strukturen des Staates und der Gesellschaft für einen demokratischen Frieden.
- Verfassungsrechtliche und gesetzliche Folgen des Prozesses.
- Dimension der Sicherheit des Prozesses.

teien und Gruppen gestellt werden. Obwohl dieses Gremium die Ineffizienz des vorangegangenen Kurdischen Hohen Rates (DBK) ersetzen soll, konnte der ENKS erst im Dezember seine zwölf VertreterInnen bestimmen. Dennoch bildet dieses Gremium eine Grundlage für ein einheitliches Auftreten sämtlicher kurdischer Akteure, nicht nur auf Rojava bezogen. Es ist ein wichtiges Fundament für den kurdischen Nationalkongress geschaffen worden.

Der Widerstand von Kobanê gegen den religiösen Faschismus des IS hat international viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Eine große Zahl internationaler Organisationen und politischer Parteien hat sich solidarisch erklärt mit den Menschen von Kobanê. Gleichzeitig hat die Rolle der Türkei beim Kampf um Kobanê die AKP-Regierung ins internationale Abseits manövriert. Auch die Forderung nach einer Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und der Streichung der PKK von den internationalen Terrorlisten ist in dieser Phase lauter geworden.

In Deutschland sorgte die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Linksparteiabgeordneten Nicole Gohlke aufgrund des Zeigens der PKK-Fahne bei einer öffentlichen Veranstaltung für Aufmerksamkeit. Als dann eine Gruppe von Abgeordneten der Linken im Bundestag mit derselben Fahne vor den Kameras posierte, entfachte das weitere Diskussionen. Es bleibt abzuwarten, ob der deutsche Staat seine Haltung zur kurdischen Freiheitsbewegung in naher Zukunft überdenken wird. Die Frage der Aufhebung des PKK-Verbots, seinerzeit ein Geschenk an die damalige türkische Regierung für die guten Beziehungen zur BRD, wird Gradmesser für die Beantwortung dieser Frage sein.

Ein Festhalten am Verbot in Deutschland kommt jedenfalls einer Unterstützung der Türkei gleich, die sich wiederum im Gegensatz zur internationalen Staatengemeinschaft an die Seite des IS gestellt hat. Neben der deutschen Unterstützung für die Türkei versuchen die Herrschaften in Ankara, ihre weitgehende internationale Isolierung derzeit durch eine Annäherung an Russland aufzubrechen.

- Soziale und kulturelle Auswirkungen des Prozesses.
- Auswirkungen des Prozesses auf die Frauenfreiheit; ökologische Folgen.
- Anerkennung aller im Laufe der Geschichte der Republik verfolgten und ausgegrenzten Volksgruppen als frei und gleichberechtigt; Eigenschaften und Formen im neuen Normensystem für diese gesellschaftlichen Einheiten.
- Neue pluralistische und demokratische öffentliche Ordnung.

3. Kategorie: Zentrale Tagesordnungspunkte

Diese Kategorie enthält fast vierzig grundlegende Fragen, Bestimmungen und Vorschläge. Eine Grundreferenz als Antwort auf die Frage »Wie muss ein Demokratisierungsprogramm aussehen?«. Einige Punkte für den ersten Überblick:

- Inhalte und korrekte Definition demokratischer Politik.
- Definition und Anerkennung des Begriffs der Identität; eine pluralistische, demokratische und verfassungsrechtlich garantierte Lösung.
- Korrekte Definition der nationalen und regionalen (kommunalen) Dimensionen einer demokratischen Lösung; verfassungsrechtliche und gesetzliche Bestimmungen.
- Definition der Staatsbürgerschaft; der rechtmäßige und freie Bürger.
- Beziehung zwischen Prozess und sozioökonomischem System; eine Neudefinition.
- Kultureller Pluralismus und Freiheit.
- Mechanismen der Aufarbeitung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, die vom Parlament bestimmt werden sollten.

4. Kategorie: Aktionsplan

Diese Kategorie enthält sechs Artikel. Wichtigster Punkt ist dabei die genaue Bestimmung des zeitlichen Ablaufs.

Nach dem Besuch der HDP-Delegation bei den KCK-Vertretern in Kandil erklärte der KCK-Exekutivratsvorsitz am 10.12.2014: »Der von Abdullah Öcalan im Rahmen des Besuchs der HDP-Delegation am 29. November übergebene ›Entwurf für Frieden und Demokratie im Verhandlungsprozess‹ wurde von allen Teilen unserer Freiheitsbewegung diskutiert und als Demokratisierungsprojekt bewertet, das bei einer Verhandlung mit demokratischer Mentalität eine tiefe demokratische Transformation für die Türkei und den Mittleren Osten bewirken kann. Wir haben entschieden, dieses Projekt zu akzeptieren und in die Praxis umzusetzen.« Aus diesem Grund müsse so bald wie möglich mit den Verhandlungen im Rahmen dieses Entwurfs begonnen werden. Der Staat müsse seinen Willen zur Umsetzung öffentlich machen und Schritte in diese Richtung unternehmen.

Der türkische Staat nahm die Volksaufstände vom 6. und 7. Oktober in Nordkurdistan und der Türkei zum Vorwand, um die Gespräche mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu unterbrechen. Gleichzeitig hat die türkische Regierung aus Sorge vor der Wut der Bevölkerung und weiteren Aufständen mit ihrer Mehrheit im Parlament eine Reihe repressiver Gesetze erlassen, welche die Befugnisse der Polizei erweitern sollen. Nun kann die Polizei beispielsweise ohne staatsanwaltschaftliche oder richterliche Anweisung aufgrund eines »schweren Verdachts« auf Eigeninitiative Hausdurchsuchungen durchführen, Personen festnehmen und Eigentum beschlagnahmen.

Die Irak- und Syrienstrategie des türkischen Staates ist zusammengebrochen. Außerdem hat die Türkei in Rojava eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Dennoch gibt es wenig Anzeichen dafür, dass die türkische Regierung und ihr neuer Staatspräsident von ihrem Kurs abschwenken und sich in Richtung Demokratisierung des Landes wenden werden.

Es fällt schwer, ein Resümee der Entwicklungen und Ereignisse des Jahres 2014 zu ziehen. Deutlich wird jedenfalls, dass es wohl auch im kommenden Jahr wieder zu dynamischen und abwechslungsreichen Entwicklungen kommen wird. ♦

III. Internationale Fachkonferenz »Der sogenannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte internationalen Rechts«

Vom 06.02. bis 08.02.2015 wird die III. Internationale Fachkonferenz »Der sogenannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte internationalen Rechts« in Bonn stattfinden. Entscheidend getragen wird die Konferenz auch dieses Mal von den beiden Vereinen »MAF-DAD – Verein für Demokratie und Internationales Recht« und »AZADÎ – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland«.

Nach den ersten beiden Fachkonferenzen zur Bestandsaufnahme und zur Praxis des sogenannten Anti-Terror-Kampfs im europäischen Rechtsraum in den Jahren 2009 und 2010 wird sich diese Konferenz mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem Begriff des »Terrorismus« im Zusammenhang mit der kurdischen Bewegung und rechtlichen und politischen Lösungswegen beschäftigen.

Im Institut des Selbstbestimmungsrechts der Völker liegt u. E. das Potential, zur Lösung ethnischer Konflikte mit dem Instrumentarium des Internationalen Rechts beizutragen. Hierzu werden neben Darstellungen des rechtlichen Diskussionsstandes zum Selbstbestimmungsrecht der Völker die Entwicklung in Rojava und Vorstellungen demokratischer Autonomie der kurdischen Bewegung erörtert.

Im Komplex »Terrorismus« werden die politische und rechtliche Bedeutung von Terrorismusdefinitionen, der alltägliche Staatsterror gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei, das derzeit laufende Beschwerdeverfahren gegen die Listung der PKK vor dem Europäischen Gerichtshof und die stigmatisierenden und kriminalisierenden Auswirkungen der EU-Listung sowie des Betätigungsverbots der PKK in der BRD auf die kurdischen Freiheitsbestrebungen in den westlichen Staaten dargestellt.

Politische und rechtliche Lösungswege sind neben dem Instrumentarium des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Definitionsdiskurs »Terrorismus« und in rechtlichen und politischen Gegenstrategien gegen die EU-Listung und das bundesdeutsche Betätigungsverbot zu verorten.

Bereits die Vorbereitung der Konferenz fällt in eine Zeit, in der weltweit eine breite Diskussion um die Neubewertung der PKK entstanden ist vor dem Hintergrund der Verteidigung von Kobanê/Rojava und der Rettung zehntausender Menschen êzîdischer Religionszugehörigkeit und Angehöriger weiterer religiöser und ethnischer Minderheiten durch die Kräfte der YPG/YPJ gegen die Terrormiliz des sogenannten IS. Wie es scheint, werden von einer breiten Öffentlichkeit auch erstmals die bereits alte politische Neuausrichtung der PKK und die gesellschaftspolitischen Diskussionen der Partei der letzten Jahre wahrgenommen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die weiterhin starre Haltung der Regierung zum Betätigungsverbot und der Listung der PKK von den bürgerlichen Medien und von im Bundestag vertretenen Parteien zunehmend in Frage gestellt. Die im Zusammenhang mit Waffenlieferungen an die kurdische Autonomieregierung im Irak getroffene Differenzierung in »gute Kurden« und »schlechte Kurden« ist politisch kaum noch haltbar. Die Bundesregierung und das Bundesinnenministerium stehen zunehmend unter Rechtfertigungsdruck für ihre Haltung.

Auch vor dem Hintergrund der bis Februar 2015 zu erwartenden Entwicklung in der Türkei – Abdullah Öcalan und die Partei der Demokratischen Völker (HDP) gehen aktuell von der Möglichkeit einer demokratischen Einigung mit der türkischen Regierung in den kommenden Monaten aus – ist das Thema der Konferenz spannend.

Heike Geisweid (MAF-DAD)

Interview mit Asya Abdullah, Kovorsitzende der PYD

»Wir sind dabei, ein neues soziales System zu etablieren ...«

Kamal Chomani im Gespräch mit Asya Abdullah

Asya Abdullah, die Kovorsitzende der PYD, beantwortete die Fragen am 42. Tag des Widerstandes in Kobanê manchmal sanft manchmal diplomatisch. Während des Interviews ertönten mehrfach die Explosionen von Mörsergranaten und das Mündungsfeuer von Gewehren im Hintergrund. Dieser Lärm brachte sie nicht aus der Fassung. Selbst Telefongespräche mit GenossInnen, die sie über intensive Gefechte informierten, brachten sie nicht aus der Contenance.



Asya Abdullah in Kobanê Foto: DIHA

Wenn Sie zustimmen, würde ich gerne mit der aktuellen Situation am 42. Tag des Widerstandes in Kobanê beginnen. Wir hören Flugzeuge und Mörsergranaten. Wie ist die generelle Lage in Kobanê?

Heute sprechen verschiedene Menschen über Kobanê auf verschiedene Art. Eigentlich blockiert der IS Kobanê schon seit über einem Jahr. Die aktuellen Angriffe begannen vor zwei Monaten und Kobanê leistet jetzt seit über 40 Tagen Widerstand. Dieses Mal hat der IS seine gesamte Macht aufgeboten. Sie verlegen Truppen nach Kobanê aus Städten wie Raqqah, Manbij, Jarabulus usw. Sie sind mit verschiedenen Arten schwerer Waffen ausgerüstet. Trotz alledem leisten die Volksverteidigungskräfte (YPG) und Frauenverteidigungskräfte (YPJ) Widerstand gegen den IS und dieser Widerstand wird andauern. Der Widerstand ist in regionalen wie internationalen Medien zum Nachrichtenthema geworden, und das ist herzerwärmend für die VerteidigerInnen Kobanês.

Plakate hochhalten und Parolen rufen mögen hoffnungsvolle Symbole sein, aber reichen nicht aus. Gab es bisher konsequente militärische Unterstützung?

Das kann aus mehreren Blickwinkeln erörtert werden. Erstens, es wurde die Einheit der kurdischen Gebiete im Norden, Süden und Osten gestärkt. Viele KurdInnen schlossen sich dem Widerstand an, vor allem aus Nordkurdistan. Es hat zudem zu ideeller Unterstützung aus dem Ausland geführt und dazu, dass die Öffentlichkeit über die Situation in Kobanê informiert wurde. Das hatte einen positiven Einfluss auf den Widerstand und die Moral der VerteidigerInnen. Mehrere Länder haben offiziell auf den Widerstand reagiert. Die USA, europäische Länder, verschiedene politische Parteien und NGOs haben offiziell ihre Unterstützung erklärt und das wird in Folge

einen positiven Einfluss auf unser Projekt des Aufbaus eines demokratischen Syriens haben.

Lassen Sie uns hier bitte kurz unterbrechen und näher auf diese Frage eingehen. Würden Sie die demokratische Selbstverwaltung näher erläutern? Ist die Überwindung und Ablehnung von Staatlichkeit nicht zukünftig ein Problem für Sie in diplomatischen Auseinandersetzungen? Wie Sie wissen, ist die gesamte Welt derzeit nach diesem Modell organisiert, und es abzulehnen bedeutet, sich gegen das gesamte System zu stellen.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Uns ist bewusst, dass Syrien ein multinationales, multikulturelles Land ist. Wir leben alle friedlich zusammen. Die Fortführung dieses Systems ist möglich durch das demokratische politische Projekt, nicht durch zentralisierte Systeme. Zentralistische Modelle sind veraltet und können Syrien in Zukunft nicht mehr helfen. Dieses Projekt *[die demokratische Selbstverwaltung]* ist nicht nur für KurdInnen oder eine spezielle politische Partei, alle Menschen können unter diesem System ein angenehmes Leben führen. Schauen Sie sich nur das friedliche Miteinander der verschiedenen Menschen in den Kantonen an, Interaktion zwischen den Kulturen, Fusionierung und eine Stimmung der Toleranz können beobachtet werden. Im System der demokratischen Selbstverwaltung entscheidet »das Volk«. Alle Angelegenheiten des Systems werden durch Wahlen entschieden. Verschiedenste Parteien sind in das System eingegliedert. Zum Beispiel: Im Kanton Cizîrê, auf Grund der ethnischen und religiösen Vielfalt, ist eine der beiden stellvertretenden MinisterpräsidentInnen eine syrisch-christliche Frau namens Elizabeth Gawrie, der andere Stellvertreter ist Dr. Hussein Taza Al Azam, ein Araber. Als wir dieses System vorschlugen, haben wir zunächst ihre Meinungen eingeholt. Das dauerte drei Monate und als Resultat haben wir den derzeitigen Meinungskonsens.

Wenn ein solches System besteht, wieso gibt es dann die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und anderen kurdischen Parteien in Rojava (Westkurdistan)? Sie sagen, die PYD behindere ihre politische Partizipation.

Von Beginn an wurden alle Parteien dazu aufgerufen, sich an diesem System zu beteiligen. Dieses System soll alle Menschen dieser Region und des zukünftigen Syriens einbinden. Aus unserer Sicht haben wir keinen Konflikt. Derzeit beteiligen sich in Cizîrê elf Parteien aktiv. Dazu kommen viele Nichtregierungsorganisationen wie die Jugendbewegung und die Frauenbewegung, die sich ebenfalls beteiligen, und bisher gab es keine Probleme damit. Wir streben alle danach, einen freien Kanton aufzubauen, wo alle Rechte von KurdInnen und NichtkurdInnen respektiert werden.

Wir sind ZeugInnen des Bombardements und des Lärms der Flugzeuge. Der IS hat die Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt unterbrochen, hier herrschen außergewöhnliche Zustände. Es gibt zwei Möglichkeiten. Der Sieg des Widerstandes in Kobanê oder die Niederlage. Was wäre im jeweiligen Fall die Situation? Es sollte auch erwähnt werden, dass viele Länder und Gruppierungen sich eine Niederlage Kobanês wünschen. Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden?

Da die Idee Kobanês der Aufbau einer gemeinschaftlichen, freien Gesellschaft ist, wird es nie untergehen.

Ich bin mir sicher, dass Kobanê sich halten wird. Daher ziehe ich die zweite Möglichkeit nicht in Betracht. Unser Ziel ist es, wieder ein normales Leben und eine normale Zusammenarbeit zu etablieren, und die Verteidigungskräfte haben dieses Ziel mit größtem Mut und heldenhaftem Widerstand verteidigt. Dies werden sie auch weiterhin tun. Da die Idee Kobanês der Aufbau einer gemeinschaftlichen, freien Gesellschaft ist, wird es nie untergehen. Wir zielen darauf ab, das Leben sinnstiftend zu machen, und diejenigen, die ein freies Leben erlebt haben, werden niemals wieder in Sklaverei leben wollen. Solange es den IS gibt, so lange gibt es Widerstand. Wir kämpfen gegen die inhumane Kultur des IS. Unser Hauptziel ist die Menschlichkeit und den Menschen zu verteidigen. Das Leben hat aufgehört, wohin auch immer der IS kam. Sehen Sie nur nach Şengal. Die Verteidigungslinien zu halten hat derzeit größte Priorität. Und natürlich brauchen wir dafür schwere Waffen. Um die Belagerung zu durchbrechen, ist ein Korridor notwendig. Dieser wird dem Widerstand auf jeden Fall helfen. ZivilistInnen können hinaus und Nichtregierungsorganisationen und die freien Medien über die Situation informiert werden. Daraufhin wird die globale Gemeinschaft die Situation in Kobanê verfolgen und humanitäre Hilfe kann durch den Korridor in die Stadt gelangen, und sollte sich jemand den YPG/YPJ anschließen wollen, kann dies auch über den Korridor geschehen.

Kobanê wird von drei Seiten belagert. Wenn Sie über die Einrichtung eines Korridors sprechen, meinen Sie durch Nordkurdistan (Türkei). Haben Sie versucht, mit der Türkei hierüber zu sprechen? Wie war die Reaktion?

Ja, wir hatten Treffen mit der Türkei bezüglich des IS, sowohl auf Parteiebene als auch auf der Ebene der demokratischen Selbstverwaltung. Sie machen verbale Zusagen und Versprechungen, aber in der Praxis ändert sich nichts. Ihrer Meinung nach ist die PYD ein Ableger der PKK.

Lassen Sie uns offener über die Rolle der Türkei sprechen. Vor einigen Tagen sagte Erdoğan, dass aus seiner Sicht kein Unterschied zwischen der PYD und dem IS bestehe, beide seien Terroristen. Es ist auch kein Geheimnis, dass sie ein kurdisches politisches System in Rojava ablehnen. Wie sehen Sie die Situation?

Wir haben mehrfach betont, dass wir kein Problem mit der Türkei haben, und dass sie eines der Länder ist, mit denen wir bereit sind zu verhandeln. Die Türkei ist unser Nachbar und außerdem ist der IS natürlich auch eine große Gefahr für die Menschen in der Türkei. Leider sind solche Aussagen *[wie die Erdoğans]* ein Angriff auf alles, was die KurdInnen in Rojava erreicht haben. Die Türkei verfolgt diese Politik, indem sie die PYD als Vorwand nutzt. Wir sind eine kurdische Partei, die an ein demokratisches Syrien glaubt und gegen eine Abspaltung von Syrien eintritt. Solch eine Position wäre auch nicht im Interesse der Türkei. Sie muss grundsätzlich ihre Haltung gegenüber Rojava überdenken.

Erhalten Sie Befehle aus Kandil und Imralı?

Wir haben keine organisatorischen Beziehungen zur PKK. Als politische Partei sind wir in unserer Organisation und unserem Handeln unabhängig. Unsere Versammlungen sind öffentlich. Wir haben unser eigenes Parlament und alle Entscheidungen werden von der PYD selbst getroffen. Herr Öcalan ist eine philosophische Inspiration nicht nur für die YPG, sondern auch für viele andere Menschen und es ist selbstverständlich für uns, sich auf seine Erfahrungen, Gedanken und Ansichten zu beziehen. Wir präsentieren unser Projekt im Rahmen Syriens, bedenken die spezifischen Umstände dieses Landes und sind bereit, mit allen in dieser Hinsicht zu verhandeln.

Vor einigen Wochen stellte Öcalan der Türkei ein Ultimatum und erklärte, dass, falls Kobanê fällt, der Friedensprozess in Nordkurdistan beendet würde. Was halten Sie von diesem Prozess?

Der Prozess ist auch für uns von besonderer Bedeutung, und wir unternehmen jede Anstrengung, eine konstruktive Rolle in diesem Prozess wahrzunehmen. Aber der Prozess kann einseitig keine Fortschritte erzielen. Der Umgang der türkischen Regierung mit der kurdischen Frage in Rojava wird auch den Prozess in Nordkurdistan beeinflussen. Ihre *[die der Türkei]* positive Erfahrung hier wird ihnen in Nordkurdistan helfen. Wenn die Türkei hier den kurdischen Rechten nicht zustimmt, wie können wir erwarten, dass sie diese in Nordkurdistan respektieret? Es ist ein gemeinsamer Prozess und er hat eine politische Lösung.

Frauen spielen eine prominente Rolle in Ihren bewaffneten Kräften. Einige Menschen denken, dass dies eine temporäre Situation ist, und dass sie, wenn sich die Lage beruhigt hat, diese Rolle langsam wieder verlieren werden. Was ist Ihre Meinung hierzu?

Die Geschichte der Frauen in der Welt und der kurdischen Frauen erweckt diese Befürchtung. Es gab viele Revolutionen, deren Versprechen nach dem Sieg gebrochen wurden. Dies kann diskutiert werden und wird uns in unserer derzeitigen Situation helfen. Wir verfolgen derzeit zwei Revolutionen: die Revolution der Frau und die der demokratischen Selbstverwaltung. Eine kann die andere nicht ersetzen und keine hat Vorrang. Mit anderen Worten, es gibt keinen ersten und zweiten Schritt. Wir wollen, dass Frauen an allen Aspekten des Lebens teilhaben. Sowohl auf den sozialen als auch politischen Feldern und auf allen anderen Ebenen und Sphären. Es waren Frauen, die die demokratische Selbstverwaltung gestärkt haben. Wir werden niemals der Idee zustimmen, dass wir Frauen in einer traditionellen Rolle belassen, bis die kurdische Frage geklärt ist, und wir uns dann erst um die Befreiung der Frau kümmern. Ganz im Gegenteil, wir glauben nicht, dass das Problem so gelöst werden kann. Die Kämpfe müssen parallel geführt werden. Die Ausübung der Rechte der Frau ist nicht nur eine Forderung, sondern eine notwendige Vorbedingung. Die Beteiligung von Frauen an der Revolution und in ihren Strukturen wird zur Ausübung ihrer Rechte führen.

Derzeit verwalten die Frauen 40 Prozent der Organisation und alle fühlen sich wohl damit. In der Praxis hatten wir teilweise auch eine noch höhere Beteiligungsquote. Frauen entscheiden hier autonom. Wir haben unser eigenes Parlament, es gibt eine Akademie für die Bildung der Frau und eine große Zahl von Frauen beteiligt sich an allen Organisationen und Organen. Wir haben als Frauen unsere eigene Sichtweise und Politik und das ist manchmal etwas Neues, nicht nur für kurdische Frauen, sondern für Frauen überall auf der Welt. Die YPJ, die Frauenverteidigungskräfte, haben eine unbestreitbare Rolle für die Bildung der Frauen von Beginn der Revoluti-

on bis heute. Die ersten Frauen, die sich dem IS in den Weg stellten, waren die Frauen von Rojava. In den YPJ ist Bildung nicht nur militärische Übung. Sie versuchen, ihren Willen zu ermutigen, und helfen ihnen, ihr volles Potential zu verwirklichen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der IS zuallererst eine Gefahr für die Frauen ist, und das ist offensichtlich. In Şengal wurde an den Frauen nicht nur ein physisches, sondern auch ein psychisches Massaker verübt. Das hat seine Wurzeln selbstverständlich in dem Frauenbild dieser Gruppen.

Es gab Nachrichten, dass der IS in Kobanê chemische Waffen eingesetzt habe; entsprechende Bilder tauchten auf. Wie echt sind diese Nachrichten, ist der IS eine chemische Bedrohung?

Einige Untersuchungen einer verdächtigen Substanz wurden durchgeführt. Sie konnte allerdings mangels technischen Equipments nicht eindeutig identifiziert werden. Diese Substanz hat 300 unserer KämpferInnen beeinträchtigt, die einen bestimmten Abschnitt verteidigten; der Effekt hielt einen ganzen Tag an. Wir konnten die Substanz nicht eindeutig identifizieren, aber die Untersuchungen werden fortgeführt.

Es gibt Gerüchte, dass Sie weiterhin Beziehungen zur Baath-Regierung und Baschar al-Assad pflegten, und dass sich Spezialkräfte Assads noch immer in Qamişlo aufhielten.

Wir haben seit Beginn der Revolution in Syrien den dritten Weg gewählt. Wir haben uns weder auf die Seite der Regierung noch der Opposition geschlagen. Wir sind dabei, ein neues soziales System zu etablieren, und um dieses Ziel zu erreichen, sind wir bereit, mit allen zu verhandeln. Wir haben eine klare Position gegenüber allen anderen Kräften. Wir wurden mehrfach angegriffen und uns wurden Steine in den Weg gelegt. Hunderte unserer MitbürgerInnen wurden von ihnen in Helep (Aleppo) getötet. Diese Gerüchte haben einen anderen Ursprung. Diese Gerüchte werden gestreut unter der Annahme, dass wir, da wir nicht auf der Seite der Opposition sind, aufseiten des Regimes stünden. Obwohl die Koalition selbst auch nicht demokratisch war. Sie haben es abgelehnt, den KurdInnen Rechte zuzugestehen, und wir haben unsere Distanz gewahrt. Auch Assads Regime hat keine klare Position zur demokratischen Selbstverwaltung und das beeinträchtigt jegliche Beziehung zwischen ihnen und uns. Wenn irgendeine Seite unsere Selbstverwaltung anerkennt, sind wir bereit, mit ihnen zu reden.

Welche der syrischen Kräfte scheinen gewillter, die kurdischen Rechte anzuerkennen?

In dieser Frage unterscheiden sie sich kaum. Die Koalitionskräfte, die die kurdischen Rechte bis zu einem gewissen Grad anerkennen, haben nur wenig Macht und Gewicht.

Gibt es Öl in Rojava?

Ja, in Rimelan gibt es Öl. Der Verkauf wurde allerdings gestoppt.

Was sind Ihre Pläne für den Ausbau der Produktion, die Einrichtung einer Mehrprodukt-Ökonomie und die Stabilisierung der Wirtschaft Rojavas?

Das Baath-Regime hat Westkurdistan marginalisiert und ihm wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wir wurden alle dessen beraubt, was wir hatten. Das Wachstum unserer Region setzt einen umfassenden Plan voraus. Wir haben jetzt viele Einrichtungen und Gelegenheiten und müssen diese ausbauen. Dann können wir Außenhandel betreiben und sind nicht mehr von einzelnen Produkten abhängig. Aber gerade herrscht Krieg. Wenn wir diese Situation hinter uns gelassen haben, müssen wir uns um den ökonomischen Aufbau kümmern.

Lassen Sie uns über die Haltung der kurdischen Regionalregierung zu Rojavas Selbstverwaltung sprechen. Kürzlich hat das Parlament Südkurdistans (KRG-Parlament) die Selbstverwaltung Rojavas anerkannt. Sie stehen kurz davor, Pêşmerge-Kräfte *[Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan]* nach Kobanê zu schicken. Was halten Sie von ihrer jetzigen Unterstützung und den Behinderungen Ihnen gegenüber in den letzten drei Jahren?

Es gab viele Treffen und einige Entscheidungen wurden getroffen. Aber es reicht noch nicht aus. Wir KurdInnen sind derzeit in einer kritischen Zeit. Die Geschehnisse der letzten Zeit haben verschiedene Gelegenheiten in unterschiedlichen Bereichen für KurdInnen eröffnet. Die letzte Zusammenkunft der kurdischen Parteien war ein wichtiger Schritt. Die Entsendung der Pêşmerge wird im Parlament bestätigt und es kommen 200 Kämpfer *[real sind bisher 150 in Kobanê eingetroffen]*.

Glauben Sie, die Entscheidung wurde zu spät getroffen? Haben Sie in dieser Hinsicht die KRG kritisiert?

Wir PolitikerInnen kritisieren einander manchmal. Aber wir beschweren uns nicht. Am Ende sind wir glücklich über diese Entscheidung und werten sie positiv. Wir haben Beziehungen zu allen Parteien Südkurdistans und unterscheiden da nicht groß.

Einige Parteien in Südkurdistan haben Ihnen gegenüber Widerstand geäußert.

Ja, aber im Moment ist die Einheit der KurdInnen von höchster Bedeutung. Alle wissen, welche Partei uns Hindernisse in den Weg legt und welche uns unterstützt hat und weiter unterstützt.

Sie haben vor kurzem Gespräche mit den USA geführt, auf die die Türkei natürlich sehr scharf reagierte. Die USA führen die PKK als »terroristische Vereinigung«. Wie sind Ihre Beziehungen?

Die USA führen nicht die PYD als terroristische Vereinigung auf. Das wurde offiziell von ihrem Außenministerium bestätigt. Ja, es ist wahr, es gab offizielle Treffen zwischen uns. Diese Treffen werden in der Zukunft fortgesetzt. Gerade haben wir es mit dem Angriff des IS zu tun. Sie haben schwere Waffen und sind entschlossen, uns mit aller Macht auszulöschen. Es war, nachdem Kobanê Widerstand bewiesen hat, dass eine Koalition gegen den IS geformt wurde, und die USA sind ein Mitglied dieser Koalition. Derzeit stehen wir mit allen, die uns im Kampf gegen den IS helfen, die uns beistehen, in Kontakt. Die USA haben uns bereits einmal geholfen, indem sie schwere Waffen lieferten.

Falls im Anschluss an derartige Hilfsleistungen die andere Seite, beispielsweise die USA, Forderungen stellt, die Ihren Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung zuwider laufen, wie werden Sie reagieren?

Unsere Verhandlungen und Treffen mit den verschiedenen Parteien werden auf der Grundlage einer Kriegssituation geführt. Wenn eine Seite dabei versucht, unsere politischen Prozesse zu beeinflussen, ist das kein Gespräch auf Augenhöhe mehr. Derzeit gibt es gemeinsame Kampfhandlungen gegen den IS. Der IS ist eine Gefahr für die Menschheit und wir sind bereit, mit verschiedensten Seiten zu sprechen, um diese Gruppe gemeinsam zu vernichten. Die Entsendung von schweren Waffen und militärischer Hilfe ist essentiell für die YPG. Der IS verfügt bereits über schwere Waffen. Die internationale Koalition, Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen sowie die kurdischen Kräfte müssen alle gemeinsam daran arbeiten, die Belagerung Kobanês zu beenden. Der Widerstand und der Kampf gegen den IS sind dann nicht länger auf Kobanê beschränkt. Es wird weitergehen, bis die AraberInnen in Raqqa und alle anderen Orte frei sind vom IS.

Auf welcher Ebene sind Ihre Beziehungen zum Iran? Gibt es überhaupt Beziehungen untereinander?

Wir haben keine Beziehungen mit ihm.

Hat er Kobanê in irgendeiner Art geholfen?

Nein. Es gab keinerlei Hilfe. Die, die militärische Hilfe leisten wollen, sprechen mit den YPG. Die politischen Fragen werden von der demokratischen Selbstverwaltung gehandhabt. Aber bisher gab es keinerlei Hilfe und wir brauchen nicht über etwas sprechen, das bisher nicht existiert.

Die Menschen in Ostkurdistan (Westiran) verfolgen eindringlich die Situation in Kobanê. Erzählen Sie uns von diesem Teil Kurdistans.

Dieser Teil Kurdistans hat eine spezifische Geschichte des Widerstands. Es gab dort viele Aufstände. Ein undemokratisches System regiert den Iran, das die Bewegung und den Widerstand in diesem Teil Kurdistans blockiert. Ein demokratisches System muss für die Bevölkerung Irans etabliert werden; es ist essentiell, Vorbereitungen für die Errichtung eines solchen Systems zu treffen. In Bezug auf den Widerstand von Kobanê hatte Ostkurdistan eine Pionierrolle. Wir wussten von den Demonstrationen dort und wussten auch, dass einige DemonstrantInnen verhaftet wurden, was sich negativ auf den Widerstand auswirkte. Uns ist außerdem sehr bewusst, dass die Reaktionen *[auf Kobanê]* nicht auf KurdInnen beschränkt waren, sondern sich auch viele andere Menschen beteiligten.

Haben Sie Beziehungen zu den ostkurdischen Parteien?

Wir unterhalten Beziehungen mit allen kurdischen Parteien. ♦

Dieser Artikel von **Kamal Chomani** wurde bei Ekurd.net veröffentlicht. Chomani ist ein kurdischer Journalist, dessen Schwerpunktthema die kurdische Politik in der Türkei, Irak, Syrien und Iran ist. Er arbeitet für lokale und internationale Medien und war Mitglied der Redaktion des führenden kurdischen, politischen Magazins Lvin und Kurdistan-Korrespondent für Reporter ohne Grenzen.

Interview mit Dr. Ahmad Yousef, Mitglied der Kantonsverwaltung von Afrîn

Wir wollen die Rechte der einfachen Bevölkerung schützen

Sedat Yilmaz, Özgür Gündem

Dr. Ahmad Yousef ist Mitglied der Kantonsverwaltung von Afrîn und darin Sprecher für Ökonomie. Wir hatten die Gelegenheit, mit ihm über die wirtschaftliche Situation in seinem Kanton und über die ökonomische Perspektive des Rojavamodells zu sprechen.

Lassen Sie uns zunächst mit der Situation in Rojava vor der Revolution beginnen. Wie war damals der Status der KurdInnen und wie ihre wirtschaftliche Situation?

Rojava war und ist weiterhin ein Gebiet, das in der Lage ist, die doppelte und dreifache Anzahl seiner AnwohnerInnen zu versorgen. Dennoch waren rund 60 % der Menschen in Syrien, die von Armut betroffen waren, Kurdinnen und Kurden. Der Grund hierfür lag darin, dass das damalige Regime nicht daran interessiert war, Fabriken und andere Arbeitsplätze in Rojava zu schaffen. In Afrîn gab es beispielsweise außer etwa 200 Fabriken, die Oliven verarbeiteten, keine weiteren Fabriken oder Werkstätten. Hinzu kommt, dass vor allem im Kanton Cizîrê viele KurdInnen enteignet wurden und ihr Land durch das Regime an AraberInnen übertragen wurde, die im Rahmen einer Arabisierungspolitik in Rojava angesiedelt wurden. Die wohlhabenden KurdInnen hingegen lebten nicht in Rojava. Sie lebten in Damaskus oder Helep (Aleppo) und pflegten gute Beziehungen zum Regime.

Die Armutspolitik gegenüber Rojava verfolgte ein klares Ziel. Die Menschen sollten dadurch zur Emigration gedrängt werden, damit an ihrer Stelle weitere arabischstämmige Menschen in der Region angesiedelt werden konnten. Und diese Politik hatte Erfolg, denn viele Menschen verließen Rojava, um ebenfalls nach Damaskus oder Helep zu ziehen. In Damaskus gibt es beispielsweise einen Stadtbezirk, der »Zorava« genannt wird, was auf Kurdisch so viel wie »schwer errichtet« bedeutet. In diesem Stadtteil lebt vor allem eine arme kurdische Bevölkerungsschicht, und wie der Name des Stadtbezirks schon ausdrückt, haben die Menschen mit ihren begrenzten Mitteln unter schweren Voraussetzungen sich hier eine neue Heimat geschaffen. In Helep näherte sich die Zahl der kurdischen Bevölkerung gar der Millionengrenze. Fast die gesamte kurdische Bevölkerung in der Stadt konzentrierte sich auf die Stadtteile Şex Meqsut (Scheich Mahsud) und Eşrefiye (Ashrafiyah). Ich glaube, wenn die Politik des Regimes noch zehn weitere Jahre so angehalten hätte, hätten die KurdInnen im Land völlig den Bezug zu Rojava verloren.

Von was lebten die KurdInnen, die nach Helep oder Damaskus emigrierten?

Sie arbeiteten in Imbissen, in Fabriken, auf Baustellen und in ähnlichen prekären Arbeitsverhältnissen. Sie erledigten in der Regel also alle Jobs, die die durchschnittlichen AraberInnen in der Stadt nicht machen wollten. Oft sind das die besonders gefährlichen, schwierigen und schlechtbezahlten Jobs. Und rund 90 % der KurdInnen lebten auch in diesen Städten weiterhin in Armut.

Und das Ganze war eine systematische Politik des Staates?

Ja, auf jeden Fall. Im Jahr 2008 erließ das Regime gar ein Gesetz, das es den KurdInnen erschwerte, Eigentum in ihren Siedlungsgebieten zu erwerben. Für die AraberInnen gab es jedoch diese Schwierigkeiten nicht.

Gab es denn Schulen oder Krankenhäuser in Rojava?

In jedem Dorf von Afrîn gab es eine Grund- und eine Mittelschule. Diese hatten vor allem den Zweck, die Kinder zu assimilieren. Ein weiterführendes Gymnasium oder gar eine Hochschule gab es dagegen nicht. Diese Schulen waren genauso verboten wie kurdischsprachiger Unterricht.

Ein Krankenhaus in Afrîn gab es auch nicht. In Kobanê gab es ein Krankenhaus und im heutigen Kanton Cizîrê gab es nur ein staatliches Krankenhaus in der Stadt Qamişlo. Aber auch diese Krankenhäuser waren schlecht ausgestattet. Schwerkranke PatientInnen mussten nach Damaskus oder Helep verlegt werden. Und, wie gesagt, in Afrîn gab es ohnehin keine Möglichkeit für die Behandlung kranker Menschen.

Die Straßen in Rojava hingegen waren gut ausgebaut. Aber das hatte mehr mit der Sicherheitspolitik des Regimes zu tun. Ansonsten gab es einfach eine Vielzahl von Waren, an die man in Rojava nicht gelangte. Wenn man beispielsweise ein Brautkleid kaufen wollte, musste man nach Damaskus oder Helep reisen.

Gab es aus wirtschaftlicher Sicht nichts, das sich in Rojava entwickeln konnte?

Das Einzige, das sich entwickelte, war die Wucherei mit Krediten. Im Bezirk Reco in Afrîn wusste beispielsweise jeder und jede, wer wo wohnte und wer die Wucherer waren. Es gab beispielsweise den arabischen Stamm der Boben. Dieser Stamm hatte sich auf Zinsen und Kreditwucher spezialisiert. Auf diesem Wege haben sie zahlreiche Häuser und Wohnungen von Menschen, die ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, enteignet.

Wie wurde die lokale politische Administration bestimmt?

So etwas wie Wahlen gab es in der syrischen Lokalverwaltung nicht. Jemand aus der Baath-Partei wird ausgewählt und so in die lokale Administration entsendet. Wenn jemand unbedingt auf einen Posten wollte, so konnte er sich diesen auch erkaufen.

Kannst Du uns erzählen, wie Ihr die ersten Tage der Rojava-Revolution erlebt habt?

Die Phase, die als »Arabischer Frühling« bezeichnet wird, hat in Tunesien in 28 Tagen zum Regimewechsel geführt, in Ägypten gar nur in 18 Tagen, in Libyen ist viel Blut geflossen und Muammar al-Gaddafi wurde gestürzt, und auch in Jemen wurde viel Blut vergossen. Wir dachten auch, dass Assad binnen drei, fünf oder spätestens zehn Monaten stürzen würde. Doch auch wenn wir uns hierin irrten, so gingen doch unsere anderen Prognosen auf. Wir stellten uns beispielsweise nicht auf die Seite der Opposition, weil wir wussten, dass sich dadurch für die KurdInnen nicht viel ändern würde. Denn die Haltung der Opposition zu den KurdInnen unterschied sich nicht von der des Regimes.

Die Oppositionellen forderten uns immer wieder auf, mit ihnen das Regime zu stürzen. Sie erklärten, dass die arabische Bevölkerung dazu bereit sei und wir, die KurdInnen, sie unterstützen sollten. Doch es zeigte sich schnell, dass diese Opposition in sich gespalten war und dadurch weit davon entfernt, auch nur 50 % der Bevölkerung hinter sich zu vereinen. Wären wir ihrer Aufforderung gefolgt, hätte das Regime uns zu SeparatistInnen erklärt und so die gesamte arabische Bevölkerung gegen uns aufgehetzt. Das hätte die Gefahr großer Massaker für die kurdische Bevölkerung mit sich gebracht. Wir sahen dies voraus und erklärten, dass wir uns aus dem Bürgerkrieg raushalten und unser demokratisches Modell unblutig auf die Beine stellen wollen.

Und wie waren die ersten Schritte beim Aufbau dieses Modells?

Wir haben im ersten Jahr einen Volksrat aufgebaut und so das Regime aus unserem Alltag verbannt. Wir haben die Institutionen des Regimes in Afrîn alle geschlossen. Aber uns war wichtig, dass niemand dabei zu Schaden kam. Dann haben wir auch unsere eigenen Medien, Zeitungen und einen Fernsehsender aufgebaut.

Wir haben unser Modell aber zu keinem Zeitpunkt als eine geschlossene Gesellschaft betrachtet. Die Türen standen immer für alle Notleidenden auf. So hatte Afrîn vor der Revolution ungefähr 450 000 EinwohnerInnen. Nach der Revolution stieg diese Zahl auf über eine Million. Auch rund 200 000 AraberInnen fanden in dieser Zeit Zuflucht in Afrîn.

Was waren Eure ersten Schritte im wirtschaftlichen Bereich?

Nachdem sich herausstellte, dass Afrîn im Gegensatz zu den übrigen Gebieten in Syrien trotz Bürgerkrieg relativ ruhig und sicher blieb, blühte der Handel in der Stadt auf, es wurden neue Werkstätten und Wohnhäuser gebaut. Außerdem wurde für alle drei Kantone Rojavas in der Stadt Dêrik ein Zentrum für ökonomische Entwicklung aufgebaut. In Afrîn, Kobanê und Qamişlo wurden an dieses Zentrum angebundene Zweige für Handel, Architektur, Agrarwesen und Industrie errichtet.

Außerdem wurden sog. Ministerien für Wirtschaft in den Kantonen aufgebaut. Außerdem wurden Industrie- und Handelskammern gegründet.

Wie sieht es aktuell mit Fabriken und Werkstätten in Afrîn aus?

Derzeit gibt es in Afrîn 250 Fabriken zur Verarbeitung von Oliven, 50 zur Seifenherstellung, 20 zur Herstellung von Olivenöl, 70 für die Herstellung der Materialien für den Bau, 400 Textilfabriken, acht Schuhfabriken und 15 Fabriken für die Verarbeitung von Marmor. In den Dörfern versuchen wir, die Produktion und den Handel mit Milcherzeugnissen und Obst zu stärken. Wir versuchen allerdings auch, die Zahl der Fabriken aus Umweltgründen in Grenzen zu halten. So haben wir derzeit die Errichtung von neuen Olivenfabriken verboten. Auch Fabriken für Bleiverschmelzung wurden verboten, weil sie gesundheitsschädlich sind.

Wie sieht es mit der Selbstorganisierung der ArbeiterInnen aus?

Im zivilgesellschaftlichen Bereich hat sich viel getan. So haben Berufsgruppen wie die Ingenieure oder die Bauern sich selbst organisiert. Es sind Gewerkschaften entstanden. In Afrîn sind erstmals Akademien in den Bereichen Gesundheit, Handel, Agrarwesen, Sport, Theater und Musik entstanden.

Vor der Revolution gab es nur wenige Arbeitsplätze für die 450 000 EinwohnerInnen. Nun gibt es trotz der mehr als verdoppelten EinwohnerInnenanzahl praktisch für alle Menschen Arbeit.

Sind die Menschen, die wegen Arbeit nach Damaskus oder Helep ausgewandert waren, nun nach Afrîn zurückgekehrt?

Ja, sehr viele. ÄrztInnen, LehrerInnen, BauarbeiterInnen, SchneiderInnen und viele Menschen anderer Berufsgruppen sind nun wieder in Afrin, um hier zu arbeiten und mitzuhelfen. Auch wenn einige gut ausgebildete Menschen die Emigration nach Europa vorgezogen haben, sind viele qualifizierte ArbeiterInnen doch zurückgekehrt.

Gibt es eigene Banken? Mit welcher Währung wird gezahlt?

Gezahlt wird weiterhin in syrischer Währung. Den Zins haben wir verboten, um jeglichen Wucher zu unterbinden. Geldinstitute gibt es derzeit keine. Wir sind allerdings damit beschäftigt, in jedem Kanton eine Bank aufzubauen. Derzeit sammeln die Menschen ihr Erspartes aber unter ihrem Kopfkissen.

Gibt es ein Steuersystem?

Wir haben eine Gruppe zusammengestellt, die sich derzeit das Steuersystem im Baskenland näher anschaut. Es werden bereits jetzt Steuern gesammelt und die Einnahmen werden auf die jeweiligen Ministerien in den Kantonen aufgeteilt. Das funktioniert völlig transparent, das heißt, die Bevölkerung weiß, wohin ihre Steuergelder fließen. Aber ich kann noch nicht behaupten, dass unser Steuersystem völlig ausgestaltet ist.

Wie sieht es mit der Energie- und Wasserversorgung aus?

Die Elektrizität erhalten wir momentan von der Freien Syrischen Armee. Das ist natürlich problematisch, weil wir dadurch in Abhängigkeit geraten. Wir haben mittlerweile aber auch eine große Anzahl Stromgeneratoren besorgt, die überall im Kanton aufgestellt wurden. Dadurch können wir etwa 12 Stunden am Stück Elektrizität liefern. Derzeit arbeiten wir zudem an einem Projekt, um einen Teil unseres Energiebedarfs mit Windenergie zu decken.

Was das Trinkwasser angeht, so wurde dieses früher mit Tankfahrzeugen geliefert. Nun haben wir aber mit Beteiligung der Stadtverwaltung eine Kooperative aufgebaut, mit der die Trinkwasserversorgung durch einen Staudamm geregelt wird.

Wie funktioniert die Preispolitik?

Als im vergangenen Winter Afrîn unter Belagerung stand, hatten wir große Schwierigkeiten. In dieser Zeit ist der Preis für einen Sack Mehl von 3 000 auf 6 500 Syrische Lira gestiegen. Die Kantonsverwaltung hat daraufhin den Beschluss gefasst, dass der Sack Mehl nicht über 4 100 Syrische Lira verkauft werden darf. Wer das dennoch tat, dessen Mehl sollte beschlagnahmt werden. Gleichzeitig haben wir ein Komitee gebildet, das das Weizenvorkommen im Kanton überprüft hat. Das Komitee kam zu dem Schluss, dass in Afrîn genug Weizen vorhanden ist, um die gesamte Bevölkerung des Kantons zu versorgen. Wir haben daraufhin zwei Mühlen errichtet und in ihnen die Mehlproduktion aufgenommen. So ist der Preis für einen Sack Mehl auf 3 500 Syrische Lira gesunken.

Und wie ist Euer Umgang mit Privateigentum?

Das Privateigentum ist zwar nicht verboten, aber soll klar reglementiert werden. Gleichzeitig wollen wir in der Ökonomie Kooperativen und Kommunen stärken, also solidarische Wirt-

schaftsformen fördern. Wir denken, dass durch eine starke solidarische Wirtschaft auch die Mentalität des Wirtschaftens an sich zum Positiven beeinflusst werden kann. Wir stellen uns also deutlich gegen die Mentalität des Wirtschaftsliberalismus, in dem der größere Fisch den kleineren schluckt. Unser Ziel ist es, die Gesellschaft von dieser Mentalität zu befreien und die Solidarität in der Gesellschaft auch beim Wirtschaften in den Vordergrund zu stellen.

Ich habe bereits erwähnt, dass wir eine Industrie- und Handelskammer in Afrîn gegründet haben. In ihr sind bereits 7 000 Menschen organisiert. Über diese Institutionen soll letztlich auch unsere Vorstellung von Ökonomie gestärkt und betreut werden. Das Privateigentum ist also nicht verboten. Verboten hingegen haben wir den Finanzkapitalismus.

Wie funktionieren die Gesundheitsversorgung und das Bildungswesen?

Wir haben ein Krankenhaus errichtet, das dem Kanton gehört. Daneben gibt es auch Privatkrankenhäuser. Derzeit werden bis zu 1000 Menschen medizinisch versorgt. Selbst aus Helep kommen Menschen, um sich hier behandeln zu lassen. Wir versuchen derzeit an bessere medizinische Technik zu gelangen, sodass auch schwere Operationen wie Herz-OPs durchgeführt werden können.

Von der mittellosen Bevölkerung wird für die gesundheitliche Behandlung kein Entgelt verlangt. Wohlhabendere Menschen müssen einen Betrag zahlen, der allein in die Kasse des jeweiligen Krankenhauses fließt. Auch wenn die Bediensteten im Krankenhaus selbstverständlich einen Lohn vom Kanton erhalten, haben wir noch kein genaues Lohnsystem ausgearbeitet.

Schulen haben wir in der Stadt und in jedem Dorf errichtet. Derzeit arbeiten wir am Aufbau einer Universität.

Gewisse Kreise behaupten, dass die Verwaltung von Rojava unter dem Diktat der PYD stehe. Was würdest Du hierzu sagen?

Diejenigen, die das behaupten, wollen nicht, dass dieses System funktioniert. Sie verfolgen eigene machtzentrierte politische Interessen, die sie in diesem System nicht verwirklichen können. Ich bin beispielsweise Sprecher des Ministeriums für die Ökonomie, aber ich bin kein Mitglied der PYD.

Wie sieht es mit Löhnen im öffentlichen Dienst aus? Es gibt Behauptungen, wonach diese weiterhin vom Regime bezahlt würden.

Das ist so nicht richtig. Keine/r unserer ArbeiterInnen im Kanton bekommt Geld vom Regime. Die Einzigen, die weiterhin Geld vom Regime bekommen, sind die BeamtInnen aus der Zeit vor der Revolution. Diese scheinen den verantwortlichen Stellen des Regimes mitzuteilen, dass sie angeblich immer noch ihrer Arbeit nachkommen, und so bekommen sie weiterhin ihren Lohn. Ob sie tatsächlich ihrer Arbeit weiterhin nachgehen, ist natürlich eine andere Frage, aber das geht uns nichts an. Und das machen nicht nur die ehemaligen StaatsbeamtInnen in Rojava so, sondern überall im Land ist das gängige Praxis.

Dann würde mich interessieren, was in Afrîn das teuerste Gut und was das günstigste Gut ist, das man erwerben kann?

Alles, was in Afrîn produziert wird, ist günstig. Teuer sind lediglich die Mieten, wegen der großen Nachfrage aufgrund der Binnenmigration, weil es hier weiterhin relativ sicher ist. Allerdings haben wir gegen die teuren Mieten nun die Entscheidung gefällt, eine Kooperative für den Wohnungsbau zu bilden. Auf diesem Weg wollen wir die Frage der Wohnungsnot klären und das Recht auf Obdach für alle Menschen hier möglich machen.

Gibt es noch etwas, das Du ergänzen möchtest?

Wir befinden uns derzeit in einem Aufbauprozess. Das bedeutet auch, dass viele gesellschaftliche Probleme in Afrîn derzeit noch nicht gelöst sind. Aber wir arbeiten Tag und Nacht daran und sind überzeugt, dass wir unser System erfolgreich aufbauen werden. Wir wollen mit den Kooperativen und Kommunen die Rechte der einfachen Bevölkerung gegen die Wohlhabenden schützen. Für den Aufbau dieses Systems benötigen wir allerdings auch Unterstützung. Vor allem die Bevölkerung in Nordkurdistan muss uns auf diesem Weg unterstützen. Gleichzeitig wird der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava Kraft für den Widerstand in Nordkurdistan geben. Nur auf diesem Weg können wir gemeinsam erfolgreich sein.

Zuletzt möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass die Öffnung des Grenzübergangs zur Türkei für uns wichtig und notwendig ist. Wir appellieren daher an die Türkei, diese Grenze zu öffnen. ♦


DIHA

Die Frauen der YPJ:

Einfach vom Himmel gefallen?

Meral Çiçek

»Diese bemerkenswerten Frauen bekämpften den IS. Zeit, dass Sie sie kennenlernen.« So lautete die Überschrift einer in der Oktoberausgabe der Frauenzeitschrift Marie Claire veröffentlichten Reportage. »Es gibt eine Gruppe von 7 500 Kämpferinnen, die seit zwei Jahren einen unberechenbar gefährlichen Kampf führen. Trotz Verletzungs- und Todesgefahr kämpfen sie fast täglich. Sie kämpfen mit Waffen, die schwerer und größer als sie selbst sind, gegen eine unbarmherzige Armee. Und dennoch kämpfen sie weiter.

Sie sind die YPJ, die Frauenverteidigungseinheiten, allein aus freiwilligen Frauen bestehende kurdische Armeefraktion, 2012 in Syrien gegründet, um die kurdische Bevölkerung gegen die tödlichen Angriffe des syrischen Präsidenten Baschar Assad, der al-Nusra-Front und des ISIS zu verteidigen."

So oder so ähnlich hieß es in den unzähligen Reportagen der Weltpresse über die »YPJ: die kurdischen Feministinnen, die den IS bekämpfen" (The Week). Kaum eine international bekannte Tageszeitung, ein Magazin oder Nachrichtensender, die ihre ReporterInnen in den vergangenen Monaten nicht nach Kurdistan entsendet haben, um diese »Amazonen des 21. Jahrhunderts« zu dokumentieren. Und so trug der Spiegel eine PKK-Kämpferin mit Bazooka auf seinem Umschlag, während auf dem Cover der Newsweek eine YPJ-Kämpferin mit festem Griff ihre Kalaschnikow hielt.

Das Phänomen der kurdischen Frauen, die mit Waffe gegen die Terroristen des Islamischen Staats (IS) kämpfen, ist von der Weltpresse und -öffentlichkeit zusammen mit dem IS-Angriff auf die mehrheitlich von ÊzîdInnen bewohnte südkurdische/nordirakische Stadt Şengal (Sindschar) Anfang August 2014 entdeckt worden. Plötzlich wurde Kurdistan zum Mekka der

JournalistInnen. Von überall her pilgerten ReporterInnen und Kamerateams ins unter IS-Beschuss stehende Flüchtlingslager Maxmur, zu den GuerillakämpferInnen der PKK in die Kandil-Berge, nach Şengal und über die Grenze nach Rojava (Nordsyrien), wo im September die Schlacht um Kobanê begann.

Die Art und Weise der internationalen Berichterstattung über die gegen den Islamischen Staat kämpfenden Frauen der YPJ und YJA-Star (Frauenarmee der PKK-Guerilla) kann aus verschiedener Sicht beleuchtet und interpretiert werden. Mensch mag beispielsweise untersuchen, wie die Kämpferinnen visuell portraitiert werden, welche ihrer Eigenschaften in den Vordergrund gerückt werden, mit welchen Worten sie beschrieben werden usw. Dies soll aber nicht Anliegen dieses Artikels sein. Vielmehr soll es hier um das gehen, was in der Presseberichterstattung über die YPJ zum größten Teil ausgeklammert wird.

IS-Feminizid hat System

Aber zunächst einmal sollen an dieser Stelle einige Punkte festgehalten werden: Überall auf der Welt hat sich vor allem mit der andauernden Schlacht um Kobanê ein großes Gefühl der Solidarität mit den YPG- und YPJ-KämpferInnen gebildet. In Dutzenden Ländern – von Afghanistan bis Südafrika – haben Menschen deshalb am 1. November, welcher als Welt-Kobanê-Tag erklärt worden war, gegen die Angriffe des IS protestiert und sich mit dem Widerstand der YPG und YPJ solidarisiert. Eigentlich reicht der Begriff Solidarität nicht aus, um die Verbundenheit mit dem Widerstand von Kobanê zu schreiben. Hier ging es nicht mehr um bloße Unterstützung, sondern um ein Zu-Eigen-Machen des Widerstands und eine Identifizierung mit den KämpferInnen, die in Kobanê nicht nur mit der Waffe gegen IS-Barbaren kämpfen, sondern zugleich auch universelle Werte verteidigen.

Das Band der Schwesterlichkeit, welches zwischen den YPJ-Kämpferinnen und den Frauen der Welt gehäkelt worden ist, besitzt solch ein universelles Muster. Denn bei der Offensive der »Islamischer Staat« genannten terroristischen Gruppe handelt es sich um einen Krieg gegen Frauen. Deshalb werden in eingenommenen Ortschaften zuallererst frauenfeindliche Fatwas verhängt. Deshalb wurden in Şengal Hunderte êzîdische Frauen verschleppt und auf Märkten wie Sex-Sklavinnen verkauft! Deshalb wurden unzählige kurdische Frauen von IS-Terroristen vergewaltigt und geköpft.

Dieser durch die Barbaren des IS umgesetzte Feminizid hat System und ist ideologisch begründet. In diesem Zusammenhang steht der IS für die maskenloseste, extremste, gröbste Form von Patriarchat, Sexismus und Feudalismus. Er steht für ein ideologisches Weltbild, in dem Frauen in keiner Weise als Menschen mit Rechten und Freiheiten angesehen werden, sondern allein einer Existenz als Sex-Sklavinnen nachkommen dürfen. Frauen als Objekt sind dazu bestimmt, die sexuellen Bedürfnisse der Männer zu befriedigen. Dies ist ihr einziger Existenzgrund. Die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle »Ordnung« des IS gründet in diesem Zusammenhang auf Ausbeutung, Unterdrückung, Versklavung, Macht und Herrschaft. Wenn wir den Kampf der kurdischen Frauen gegen den IS und in diesem Zusammenhang die Angriffe des IS gegen und Eroberungsversuche in Rojava verstehen möchten, dann müssen wir uns die ideologische Gegensätzlichkeit vor Augen halten. Denn in Kobanê prallen zwei Ideologien, zwei Weltbilder, zwei Zukunftsvisionen aufeinander. Die eine stellt die Freiheit der Frau ins Zentrum, die andere ihre Versklavung. Bei der einen handelt es sich um das patriarchale Paradigma, bei der anderen um Frauenbefreiungsideologie.

YPJ: vom Himmel gefallen?

Schaut man sich nun die Berichterstattung zu den YPJ-Kämpferinnen an, kommt man schnell zu dem Schluss, diese Armee von jungen Frauen sei einfach vom Himmel gefallen. Als hätten die Frauen in Rojava als Reaktion auf Angriffe durch den Islamischen Staat einfach beschlossen, sich kurzerhand als Frauenverteidigungseinheiten bewaffnet zu organisieren, und dieser Idee hätten sich dann innerhalb kürzester Zeit Tausende junge Frauen angeschlossen. Ein – sagen wir – äußerst bequemer Erklärungsansatz.

Unbequem wird es nämlich, wenn Abdullah Öcalan und die kurdische Freiheitsbewegung ins Spiel kommen. Abdullah Öcalan, war das nicht dieser PKK-Chef mit dem Stalin-Schnäuzer? Dieser Terroristenführer, für den die Kurden und Kurdinnen ständig demonstrieren? So das – vor allem im Westen – gängige montierte Bild. Montiert, da dieses Bild dem Zweck der Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung dient und zugleich auch ein Ergebnis dieser ist. Will man eine Befreiungsbewegung als gemeingefährliche, unzivilisierte, rückständige TerroristInnen stigmatisieren, fängt man bei ihrem Führer an, der die gesamte Bewegung repräsentiert, dementsprechend personifiziert und zugleich auch symbolisiert.

Deshalb lautet an dieser Stelle die Frage: Wer ist Abdullah Öcalan?

Abdullah Öcalan, das ist der seit 1999 – als Resultat einer illegalen NATO-Geheimdienstoperation – auf der Gefängnisinsel Imralı in der Türkei inhaftierte Führer der kurdischen Freiheitsbewegung. Zusammen mit seinen WeggenossInnen

hatte er in den 1970er Jahren die ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK) als erste gesamtkurdische sozialistische Befreiungsorganisation gegründet. Auf seine Initiative hin hat ein Dialogprozess mit dem türkischen Staat begonnen, den es nun umzuwandeln gilt in offizielle Friedensverhandlungen.

Abdullah Öcalan, der ist zugleich auch Denker und gar einer der wichtigsten unseres Zeitalters. Das Goldstück seines philosophischen Werks, das Dutzende Bücher umfasst, bilden die Gefängnisschriften mit dem Titel »Demokratisches Gesellschaftsmanifest«. Öcalan hat von Beginn an die nationale Befreiung stets an gesellschaftliche Freiheit geknüpft und dies in seiner Theorie manifestiert. Gesellschaftliche Befreiung wiederum spiegelt sich in der Befreiung der Frau und in diesem Zusammenhang in der Überwindung von Sexismus, Patriarchat, Macht- und Herrschaftsstrukturen wider. Aus diesem Grund haben die Frauen innerhalb der PKK schon 1987 damit begonnen, sich separat in eigenen Strukturen zu organisieren. Der Union der Patriotischen Frauen aus Kurdistan (YJWK) folgte 1993 der Beschluss, innerhalb der Guerillabewegung eine Frauenarmee aufzubauen, und die Gründung der YAJK (Union der Freien Frauen Kurdistans). Die Frauenguerillaarmee mit eigenen Strukturen, wie Kommandantur, Hauptquartier, Ausbildungsakademien etc. besteht heute als YJA STAR (Freie Fraueneinheiten STAR) in den Bergen Kurdistans fort.

Die Revolution ist weiblich

Der qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des kurdischen Frauenbefreiungskampfs bis hin zur diesjährig gegründeten KJK (Gemeinschaft der Frauen aus Kurdistan) als konföderalem System mit politischem, sozialem, militärischem und ideologischem Standbein liegt eine stetige Vertiefung der Frauenbefreiungsideologie zugrunde. Die am 8. März 1998 proklamierte Frauenbefreiungsideologie mit ihren fünf Prinzipien (Patriotismus, freier Wille und freies Denken, Organisiertheit, Kampf, Ästhetik und Schönheit) war das Ergebnis Abdullah Öcalans tiefgreifender Analysen von Mann- und Frausein sowie dem Geschlechterkonflikt, wie er innerhalb der PKK ausgetragen wurde. Dieser Annäherungsweise wiederum lag die Festlegung zugrunde, dass wahre Revolution weiblich sein muss, d. h., dass eine Freiheitsbewegung immer und nur am Befreiungs- und Organisierungsgrad ihrer Frauen gemessen werden kann. Es wäre nicht übertrieben, die kurdische Frauenbefreiungsbewegung – aus militärischer, ideologischer und organisatorischer Sicht – als aktuell weltweit stärkste Frauenbewegung zu bezeichnen. Diese aus interner Organisierung wachsende Stärke hat innerhalb der kurdischen Freiheitsbewegung Geschlechterquoten unnötig gemacht, sodass heute alle Positionen paritätisch besetzt werden und das Prinzip des Ko-Vorsitzes umgesetzt wird.

Die Revolution in Rojava als weibliche Revolution wird erst in diesem Kontext verständlich. Wenn heute eine ehemalige Guerillakämpferin als Kovorsitzende gemeinsam mit einem arabischen Stammesoberhaupt den Kanton Cizîrê leitet, ist dies Ergebnis des Frauenbefreiungskampfes. Wenn es heute die YPJ mit völlig unabhängiger interner Struktur gibt und sich ihnen Tausende junge Frauen anschließen, dann weil vor 20 Jahren in den Bergen Kurdistans PKK-Kämpferinnen trotz aller interner und externer Schwierigkeiten und Hindernisse unter der Flagge der YAJK die weltweit erste Frauenguerillaarmee aufgebaut haben. Erst in diesem Zusammenhang ist nachvollziehbar, wie es den Menschen in Rojava möglich war, innerhalb kürzester Zeit ihre eigenen, autonomen Strukturen in allen Bereichen des Lebens und Kampfes aufzubauen.

Enttabuisierung der bewaffneten Frau

Kommen wir zum Schluss noch zum Geschenk der in Kobanê Widerstand leistenden YPJ-Kämpferinnen bzw. der Revolution in Rojava an die Frauen der Welt: Die Tabuisierung der mit der Waffe kämpfenden Frau parallel zur Delegitimierung des Selbstverteidigungsrechts der Gesellschaft gegen den Staat und die Behauptung des staatlichen Gewaltmonopols hatte eine Stärkung des herrschenden Systems zur Folge. Diese vor allem in westlichen Gesellschaften wirksame Tabuisierung von kämpfenden Frauen hat zusammen mit dem Widerstand von Kobanê tiefe Risse bekommen. Die Begrüßung des Widerstands der YPJlerinnen von afghanischen Frauen in Burka ebenso wie von deutschen Akademikerinnen kommt einem Aufriss des Bildes »Frauen stehen für Frieden und dürfen deshalb keine Waffen tragen« gleich. In diesem Sinne haben die Frauen der YPJ das universelle Recht der Frauen auf Selbstverteidigung – in welcher Form auch immer – in unserem Kopf und Bewusstsein revitalisiert.

Das in der kurdischen Freiheitsbewegung gültige Prinzip der Selbstverteidigung ist übrigens von Abdullah Öcalan als »Rosen-Theorie« festgeschrieben worden: »Das Verteidigungsrecht einer jeden gesellschaftlichen Gruppe ist heilig. Es ist nicht nur ein unabdingbares Recht, gegen Angriffe auf die Existenz der Gruppe oder mit dieser verbundene Werte eine Verteidigungskraft darzustellen, sondern darüber hinaus Existenzgrund selbst. (…) Wenn wir uns vor Augen halten, dass sich sogar eine Rose als Pflanze mit ihren Dornen verteidigen möchte, dann möchte ich dieses demokratische Autoritätsparadigma als ›Rosen-Theorie‹ bezeichnen.« Und: »Wenn es gar notwendig ist, sich wie ein Rosenstrauch zur Verteidigung seiner wunderschönen Rosen zu verdornen, dann liegt die Kraft des Sinns vielleicht darin, um der Verteidigung des grenzenlos schönen freien Menschenlebens wegen kämpfen zu können.« ♦

Gegen den IS-Terror kämpften arabische und kurdische Organisationen Schulter an Schulter

Gewinner und Verlierer in Kobanê

Sinan Cudi

Der Islamische Staat (IS), der Anfang August die Bezirke Şengal (Sindschar) und Zummar im Kreis Mûsil (Mossul) einnahm, erreichte noch am selben Tag Maxmur, das Tor nach Hewlêr (Arbil). Nach der Einnahme Mûsils traf dieser rasche Vormarsch viele unerwartet.

Doch die Angriffe auf Hewlêr waren taktischer Natur. Die psychische Verfassung nach der Flucht der Pêşmerge (Peschmerga) aus Şengal und Zummar nutzend sollte die Regierung der kurdischen Autonomieregion in eine Verteidigungsposition gezwungen und Hilfe für die in das Şengal-Gebirge geflüchteten zehntausende ÊzîdInnen verhindert werden.

Zur Vervollständigung der Angriffe auf Şengal griff der IS zeitgleich die in Grenznähe zu Rojava liegenden Städte Cezaa und Rabia an. Mit der militärischen Überlegenheit der Panzer und des Militärequipments, das von der irakischen Armee erbeutet worden war, wurde Rabia zehn Tage und Nächte lang attackiert. Zehn Tage lang gab es in einem Umkreis von einem Kilometer heftige Auseinandersetzungen.

Auch in Cezaa wurde der IS von den Kräften der YPG/YPJ, der Volks- und der Frauenverteidigungseinheiten, nach dreizehn Tage dauernden heftigen Gefechten zurückgedrängt. Trotz seiner ganztägigen Angriffe und wiederholtem Nachschub von Kämpfern und militärischem Equipment konnte er nicht einen Meter vorrücken und musste sich zurückziehen.

Sowohl in Rabia und Cezaa als auch im Şengal-Gebirge haben die YPG-/YPJ-KämpferInnen und die Militanten der aus Kandil hinzugeeilten Volksverteidigungskräfte (HPG) die Pläne des IS vereitelt. Zwei Tage nach Beginn der Angriffe auf das Şengal-Gebirge am 3. August richteten sie einen Sicherheitskorridor nach Rojava ein und halfen so mehr als 100 000 ÊzîdInnen über die Grenze, was ein schreckliches Massaker verhinderte.

Die IS-Banden, ausgerüstet mit vom irakischen und syrischen Militär erbeuteten Waffen und Panzern, begannen Anfang September mit kleinen Angriffen auf Verteidigungsposten rund um Kobanê (Ain al-Arab). Dem begegneten die YPG/YPJ mit einer großen taktischen Innovation. Der IS hatte erwartet, dass die YPG-/YPJ-Kräfte diese Angriffe auf die gleiche Art wie in Cezaa und Rabia bzw. schon bei den Angriffen Anfang des Jahres in Kobanê beantworten würden. Die jedoch schwächten mit einer intermittierenden Rückzugstaktik die Wucht der Angriffe des militärisch überlegenen IS ab und waren auf eine sichere Räumung der zivilen Lebensräume im Verteidigungsgebiet aus.

Die YPG/YPJ, die einerseits die ZivilistInnen in Sicherheit brachten und sich andererseits auf einen Stadtkrieg vorbereiteten, fügten mit ihrer Guerillataktik den IS-Banden auf deren Versorgungswegen wichtige Verluste zu. Mit diesem zwanzigtägigen Rückzug zwischen dem 15. September und dem 5. Oktober nistete sich der IS in Stellungen in und um Kobanê ein.

Auch wenn er mit durch die Stadtnähe bedingter Leichtigkeit seine Angriffe verstärkte, kehrten die YPG/YPJ anschließend zum harten Frontkampf zurück. Für jede Straße, für jedes Haus wurde stunden- und tagelang gekämpft. Trotz militärischer und quantitativer Unterlegenheit leisteten die KämpferInnen der YPG/YPJ bis Ende Oktober historischen Widerstand.

Der weltweite Widerhall des Widerstands von Kobanê – es war auf einen raschen Fall der Stadt gesetzt worden – erzeugte einen wichtigen Druckmechanismus, um die Anti-IS-Allianz zur Unterstützung Kobanês zu drängen. Ab dem vierzigsten Tag der Angriffe wurde ein partielles Gleichgewicht geschaffen, der IS-Vormarsch gestoppt und die YPG-/YPJ-KämpferInnen begannen, den Banden Verluste zuzufügen.

Seit Kurzem nun sprechen wir nicht mehr vom Widerstand in Kobanê, sondern von der Vertreibung des IS aus der Stadt. Die teilweise Unterstützung der internationalen Allianz sowie der militärische Beistand der der Freien Syrischen Armee zu-

gehörigen Burkan-El-Firat-Brigaden und der Pêşmerge-Kräfte haben die Angriffe der YPG/YPJ ergänzt. Im Süden Kobanês und innerhalb der Stadtgrenzen gibt es keine vom IS besetzten Gebiete mehr. Die YPG-/YPJ-Kräfte, die die von Halep (Aleppo) nach Kobanê führende Straße unter ihre Kontrolle gebracht haben, greifen nun die IS-Stellungen im Osten der Stadt an. Somit hat die Phase der Säuberung vom IS in Kobanê und der schrittweisen Befreiung des Gebiets begonnen.

Die großen Verlierer dieser Phase sind zweifellos die am Status quo festhaltenden Staaten der Region, allen voran die Türkei. Die Lokomotivfunktion der Republik Türkei, die eine Geheimhaltung ihrer Kooperation mit dem IS nicht für notwendig befand, in der antikurdischen Politik ist so offen zutage getreten. In dem Land, dem ein Präsident vorsteht, der mit dem Bekenntnis »Kobanê fällt jeden Augenblick« seine Absichten offenlegte, gibt es Abgeordnete der Regierungspartei, die IS-Kämpfern Segenssprüche widmen wie »Gott möge euch stets Patronen geben« und deren Gegnern Flüche wie »Hoffentlich werden sie euch ausrotten«. Die Kooperation zwischen dem an der Grenze stationierten türkischen Militär und dem IS hat sich mit dem Bombenanschlag vom 29. November am Grenzübergang Mürşitpınar nochmals bestätigt.

Es ist Realität, dass das syrische Regime, das die in der FSA organisierten Kräfte zerstört und die Revolution von Rojava als stärkste Oppositionskraft angreift, die direkte Konfrontation mit dem IS meidet und ihm so eine Basis bietet. Suspekt ist auch die Tatsache, dass der IS syrische Militärstützpunkte in nur einem Tag einnehmen kann; der irakische Staat, wenngleich er an Bedeutung verloren hat, verhält sich ähnlich.

Das Gewicht des Iran, der mit seiner Irak- und Syrien-Politik ihn umgebende Gefährdungen zu durchbrechen versucht, nimmt stetig zu. Das iranische Regime, das seine gegnerische Haltung zu den starken kurdischen Errungenschaften in der Region nicht verheimlicht, spielt sich gegenüber der irakischen und der syrischen Regierung als Oberlehrer auf und macht taktische Vorschläge.

Die KämpferInnen der YPG/YPJ und das kurdische Volk, das in den vergangenen achtzig Tagen diesen Widerstand weltweit unterstützt hat, sind die Gewinner dieser Phase. Auch wenn hunderte kurdische Jugendliche gefallen sind, hat dies das Tor zu historischen Entwicklungen aufgestoßen. So wie eine wichtige Basis für die nationale kurdische Einheit geschaffen worden ist, so war es auch eine eindeutige Antwort auf eine beabsichtigte arabisch-kurdische Konfrontation. Gegen den IS-Terror kämpften arabische und kurdische Organisationen Schulter an Schulter und ihr Blut vermischte sich an derselben Front.



Im Flüchtlingscamp bei Kobanê. Foto: DIHA

Die Revolution von Rojava, der Isolation durch die Status-quo-Staaten der Region ausgesetzt, ist zunehmend zu einem Hoffnungsschimmer für die Menschheit geworden. Von Kerkûk bis Şengal, von Maxmur bis Kobanê, der allen Unmöglichkeiten zum Trotz geleistete Widerstand der FreiheitskämpferInnen in einem hunderte Kilometer umfassenden Gebiet hat schon jetzt einen Ehrenplatz im Kampf zwischen Gut und Böse im 21. Jahrhundert erreicht.

Es besteht kein Zweifel, dass die Geschichte diejenigen niemals vergessen wird, die in diesem Krieg um Ehre und Würde mitkämpften. ♦

Ökologische Herausforderungen in Rojava

»Angesichts des Embargos ist da in naher Zukunft auch kaum etwas zu machen«

Ercan Ayboğa

Dieser Artikel entspricht größtenteils einem Kapitel in dem Anfang des Jahres 2015 erscheinenden Buch der drei Delegierten der »Kampagne TATORT Kurdistan« über die Ergebnisse ihrer Reise im Mai 2014 in das nordostsyrische Rojava, vor allem in den Kanton Cizîrê. Der Artikel behandelt die ökologische Dimension der radikalen gesellschaftlichen Umgestaltung und Neuausrichtung in Rojava. So werden bis 2011/2012 bestehende bzw. laufende Prozesse ökologischer Zerstörung mit neuen Herausforderungen und Situationen in Verbindung gebracht und mögliche Lösungen und Perspektiven diskutiert. Zweifellos müssen die negativen ökologischen Folgen im Zusammenhang mit Energieproduktion und -verbrauch, Landwirtschaft, Müllentsorgung, Siedlungsbau und schließlich auch dem laufenden Krieg gesehen werden.

Das Baath-Regime legte und legt wenig Wert auf eine ökologische Gesellschaft, was für den Mittleren Osten nicht verwundert. Folglich wurden die Auswirkungen der Produktion, Konsumtion und Fortbewegung kaum untersucht und wenige Gegenmaßnahmen getroffen. Im Vordergrund stand, Ressourcen möglichst effizient auszubeuten, in der Landwirtschaft langfristig auf hohem Niveau zu produzieren und die öffentliche Daseinsvorsorge mit geringen Mitteln auf einem gewissen Grundniveau zu halten. Das galt für ganz Syrien, aber insbesondere in Rojava, das schließlich kolonialisiertes Gebiet war. Nicht umsonst wurde der sogenannte »Arabische Gürtel« *[entlang der syrisch-türkischen Grenze]* angelegt, in dessen Folge in den sechziger Jahren im Rahmen einer Siedlungspolitik Tausende Araber*innen in Rojava angesiedelt wurden.

Rojava nur für Landwirtschaft vorgesehen

Nach der Gründung der »Syrischen Arabischen Republik« wurde Rojava in erster Linie als ein Gebiet betrachtet, in dem intensiv landwirtschaftliche Güter produziert werden sollten und das so viel zur Versorgung ganz Syriens beitragen sollte. So wurde die Landwirtschaft in der Region Afrîn aufgrund des Mittelmeerklimas in zwei Jahrzehnten hauptsächlich auf Oliven umgestellt, daneben werden noch Trauben und Granatäpfel angepflanzt. Der ganze alte Waldbestand wurde abgeholzt und durch riesige Olivenbaumplantagen ersetzt, die Biodiversität erheblich eingeschränkt. Ähnliches geschah in der größten Region Rojavas, in Cizîrê. Hier wird heute fast nur Weizen angebaut. Große Felder aneinandergereiht, so weit das Auge reicht, und dazwischen keine Bäume. Diese sind nur in wenigen Dörfern zu finden. In geringem Maße werden noch Linsen, Bohnen und Baumwolle angebaut, die aber insgesamt nicht mehr als 10 % der Fläche ausmachen. Die Region Kobanê (Ain al-Arab) ist eine Kombination von Afrîn und Cizîrê; es sind fast nur Weizenfelder und Olivenhaine zu sehen.

Der syrische Staat streute auch systematisch Gerüchte, damit von den Landwirt*innen in Cizîrê nichts außer Weizen angepflanzt wird. So wurde in den Siebzigern das Gerücht verbreitet, die Tomaten auf der türkischen Seite der Grenze seien von einer Krankheit befallen, die sich nach Rojava und Syrien ausbreiten und die gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse jahrelang zerstören könnte. So wurde nicht nur der Anbau von Tomaten, sondern von jeglichem Obst und Gemüse »freiwillig« unterbunden.

Nahe der Stadt Amûdê in der Region Cizîrê soll es bis vor etwa achtzig Jahren einen Wald mit Feuchtgebieten gegeben haben, wo Gazellen lebten. Diese begehrten Tiere wurden im Laufe der Geschichte durch die menschliche Jagd in ihrem Bestand erheblich dezimiert, doch die Ausrottung erfolgte erst im 20. Jahrhundert. Spätestens mit der landwirtschaftlichen Verwertung aller Bodenflächen außerhalb von Siedlungen, Ver-

kehrswegen und für die Viehwirtschaft extensiv genutzten Flächen verschwanden viele Tier- und Pflanzenarten aus Rojava.

Die heutigen Diskussionen in Rojava gehen dahin, die Landwirtschaft so zu diversifizieren, dass so weit wie möglich Selbstversorgung realisiert werden kann. So wurde ab 2013 in Ansätzen damit begonnen. Doch hat sich in diesem Rahmen trotz eingeleiteter Diskussionen die Idee bisher leider kaum ausbreiten können, kleine Wälder anzulegen (in einem zusammenhängenden Biotopverbund) oder zumindest Bäume zwischen den Agrarflächen zu pflanzen. Das liegt unter anderem daran, dass das ökologische Bewusstsein insgesamt und auf dem Land einfach noch nicht weit genug verbreitet ist. Außerdem werden keine Bäume gepflanzt, weil dadurch Landfläche verloren ginge und es von keiner Seite Entschädigung gäbe. Zudem sind die Bäume vor vierzig bis fünfzig Jahren verschwunden und die Erfahrung mit Bäumen ist verloren gegangen; und es herrscht schließlich noch Krieg und daher sind Unsicherheiten verbreitet. Das Pflanzen von Bäumen und eventuell kleinen Wäldern müsste vom Volksrat Westkurdistan (MGRK) auf die Agenda gebracht werden, wenn die Biodiversität auf dem Land langfristig vergrößert werden soll, denn die Landwirt*innen werden es auf absehbare Zeit kaum von selbst tun.

Der Staat verbreitete seit den achtziger Jahren auch chemische Düngemittel und Pestizide in Syrien und Rojava, um die Produktivität zu erhöhen. Das wirkte sich zweifellos auf die Qualität des Bodens und Grundwassers aus; allerdings in begrenztem Maße. Mit der Revolution von Rojava und dem Embargo konnten die Landwirt*innen jedoch kaum noch an diese Mittel herankommen, weshalb sich ihr Einsatz auf ein Fünftel bis ein Viertel reduziert hat. Gerade die Großgrundbesitzer*innen – sie besitzen bis zu 20 % des gesamten Agrarlandes – schaffen das noch, da sie es sich leisten können. Die kleinen Landwirt*innen haben auf ihre Traditionen zurückgegriffen – die waren nicht ganz verschwunden – und auf traditionelle Düngung umstellen müssen. Einerseits reduziert das die Produktion spürbar, andererseits trägt es etwas zum Boden-, Gewässer- und Naturschutz bei. Zwangsweise wird auf die biologische Produktion umgestellt. Angesichts der Tatsache, dass in Cizîrê genügend Weizen produziert wird, ist der Produktionsrückgang aus Ernährungssicht absolut kein Problem. Dennoch müssten für die betroffenen Landwirt*innen andere Wege des Ausgleichs – wie Förderung oder gewisse Vorzüge – gefunden werden.

Wasserknappheit kündigt sich an

Seit zwei Jahren ist die sich seit Jahrzehnten ankündigende Wasserknappheit direkt wahrnehmbare Realität geworden. Das Flussbett des Xabûr ist trocken, nur zwei bis drei Monate während des Winters fließt hier etwas Wasser. Der Fluss kommt aus Nordkurdistan, wird in Serê Kaniyê (Ras al-Ain) reichlich durch weitere Quellen gespeist und fließt weiter nach Hesekê (Al-Hasaka). Weiter südlich vereinigt er sich mit dem Euphrat (Firat). So sieht es auch mit dem großen Bach aus, der aus dem Gebiet Dêrik (Al-Malikiya) kommend – er entspringt in den Bagok-Bergen auf nordkurdischer Seite – ebenfalls nach Hesekê fließt, wobei er im Jahr noch vier bis fünf Monate Wasser führt. Nur der kleine Fluss Çaxçax, der zumeist aus den Bergen Mêrdins (in Nordkurdistan) gespeist wird und über Nisêbîn (Nusaybin) nach Qamişlo (Al-Qamishli) fließt, führt das ganze Jahr über Wasser. Er fließt ebenfalls weiter nach Hesekê, wo sich alle drei genannten Fließgewässer treffen.

Der Çaxçax hat allerdings eine äußerst schlechte Wasserqualität, weil die 100 000-Einwohner*innen-Stadt Nisêbîn ihre Abwässer ungeklärt einleitet. Eine Kläranlage ist geplant, ihr Bau jedoch wegen finanzieller Schwierigkeiten der Kommune erst einmal gestoppt worden. Die Wasserqualität ist so schlecht, dass ein Bad in diesem Fluss noch am selben Tag zu Krankheiten führen würde. Und wenn wir bedenken, dass nicht wenige Landwirt*innen aus dem Çaxçax Wasser für die Bewässerung ihrer Felder entnehmen, können wir uns die gesundheitlichen Folgen leicht ausmalen. In Gesprächen mit der Stadtverwaltung von Qamişlo war schnell zu erkennen, dass diese und andere Probleme längst im Bewusstsein angekommen sind, aber wegen begrenzter finanzieller und technischer Mittel wenig Möglichkeiten zur Abhilfe bestehen. Eines wollen sie aber tun: die Säuberung der Hänge am Flussbett innerhalb der Stadt. Denn viele Menschen werfen ihren Müll von Brücken und Straßenrändern auf diese Hänge oder direkt in den Fluss. Hier wird überlegt, in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Bewohner*innen, Geschäftsinhaber*innen und Schulen eine Kampagne durchzuführen. Dies wäre wichtig, um ein Bewusstsein für die Fließgewässer zu schaffen. Gleichzeitig sollte die Stadtverwaltung von Qamişlo Druck auf die Stadtverwaltung Nisêbîn ausüben, endlich den Bau einer Kläranlage wieder aufzunehmen.

Die Gründe für den dramatischen Rückgang des Wassers in den Flussläufen sind vielfältig. Da ist zunächst die Wasserpolitik des türkischen Staates. Der baut Talsperren und staut das Wasser, um es vor allem für die Bewässerung riesiger Flächen zu nutzen. Die für die Trinkwasserversorgung ausgeleitete Menge ist dagegen viel geringer und damit fast irrelevant. Auch ohne Stauseen wird aus den Flüssen und Bächen mittels Entnahmeanlagen viel Wasser zur Bewässerung abgezweigt. Hinzu kommt, dass es innerhalb des türkischen Staatsgebietes keine Kontrolle über Brunnen gibt, die Grundwasser zur Bewässerung fördern. Mit neuen und günstigen Motoren wird seit zehn bis fünfzehn Jahren deutlich mehr Grundwasser gefördert als früher. Das hat dramatische Folgen für die Gewäs-

ser auf nordkurdischer Seite, die sich katastrophal und existenzeinschränkend auf Rojava auswirken. Ein Blick von einer Anhöhe an der Grenze zeigt, dass auf nordkurdischer Seite die Felder deutlich grüner sind als in Rojava.

Neben der türkischen Wasserpolitik trägt die Klimaveränderung Mitschuld an der Wasserknappheit. Seit den neunziger Jahren gibt es im Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris/Dicle (Nordkurdistan und Rojava) bis zu 10 % weniger Niederschlag, was sich beim Abfluss in den Flussbetten deutlich bemerkbar macht.

Schließlich trägt auch die Wasserpolitik in Rojava und Syrien dazu bei, dass die Flussläufe deutlich weniger Wasser führen. 30 000 Brunnen in der Cizîrê-Region werden seit Jahrzehnten für die Bewässerung betrieben. Auch wenn dabei gegenüber Nordkurdistan deutlich weniger Wasser pro Hektar verbraucht wird (der syrische Staat ging/geht mit seinen Gewässern besser um als die Türkei), sind es doch erhebliche Wassermengen, die entnommen werden.

Die Flüsse führen so wenig Wasser, dass der große Stausee kurz vor Hesekê leer war. Ursprünglich zehn Kilometer lang, sei er seit zehn Jahren erheblich geschrumpft, seit zwei Jahren gänzlich verschwunden, so mein Begleiter. Das war Mitte Mai, also noch vor dem Sommer. Es gab nur mehrere »Pfützen« von durchschnittlich jeweils hundert Metern Durchmesser. Das lag an dem heftigen Niederschlag zwei Stunden zuvor. Übrigens soll es seit Jahren nicht so geregnet haben.

Im Süden der Region Cizîrê ist das Wasserproblem äußerst kritisch. Die drei Flüsse aus dem Norden führen kaum noch Wasser, obwohl sie sich bereits vor Hesekê vereinigen. Das Grundwasser um Hesekê ist durch die Landwirtschaft so sehr kontaminiert, dass es als Trinkwasser nicht mehr geeignet ist. So kommt das Trinkwasser aus Serê Kaniyê über Leitungen. Geschützt wird es von den Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), aber an die gesamte Bevölkerung von Hesekê verteilt. Das bedeutet, dass die Rätestrukturen und die YPG/YPJ das Wasser hier nicht als Waffe einsetzen, was vorbildlich für ganz Syrien sein sollte.

Wenn in den Flussläufen die meiste Zeit des Jahres über kaum Wasser vorhanden ist, bedeutet das auch, dass der Grundwasserpegel stark gesunken ist. In den Gesprächen, die wir führen – u. a. mit dem Umweltminister der Übergangsregierung des Kantons Cizîrê, Lokman Ahde –, wird uns gesagt, dass vor wenigen Jahrzehnten noch Wasser aus 10 bis 20 Metern unter dem Grund aus Brunnen gefördert wurde. Inzwischen wird es aus einer Tiefe von 50 bis 150 Metern geholt.

Eine schnelle Lösung gibt es nicht. Denn selbst mit einer extremen Wende in der Wasserpolitik des türkischen Staates und Rojavas hin zu deutlich weniger Wasserverbrauch und sogar bei mehr Niederschlag wird es Jahrzehnte dauern, bis der Grundwasserspiegel wieder nennenswert steigt. Von der Türkei wird es eine sozial-ökologischere Wasserpolitik so leicht nicht geben; außer es kommt zu gravierenden politischen Veränderungen. Rojava allein kann wenig beitragen, weil das meiste Wasser unter seinem Grund aus Nordkurdistan kommt.

Die demokratische Selbstverwaltung in Rojava kann Maßnahmen treffen, um die Auswirkungen zu lindern. Zunächst sollten die Zahl und Fördermengen der Brunnen kontrolliert werden. Dafür müssten neben der Einführung von Kontrollmechanismen vor allem Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung getroffen werden. Wenn die Bevölkerung überzeugt ist, weniger und effektiver Wasser zu nutzen, dann wird das viel mehr bringen, als den Menschen bei Zuwiderhandlung mit Strafen zu drohen. So ist zu überlegen, ob nicht ein Teil des Agrarlandes aus der Bewässerung herausgenommen wird. Denn Weizen gibt es genug in dieser Region. Weniger Wasser muss kein grundsätzliches Hindernis sein, die Produktion zu diversifizieren. Neue Feldfrüchte sollten keine oder wenig Bewässerung benötigen.

Über sparsamere Bewässerungstechniken müssten auch Diskussionen geführt werden. Das wird sich aber angesichts des Embargos kurzfristig schwierig gestalten.

Müllentsorgung – ein weiteres ernstes Problem

Ein weiteres ökologisches Problem ist die Sauberkeit der Ortschaften und die Müllentsorgung, was gleichzeitig eine Gesundheitsfrage ist.

Nach der Befreiung der Ortschaften Rojavas brach in mehreren Städten auch die von den Kommunalverwaltungen betriebene Müllentsorgung zusammen. Während in einigen Städten wie Kobanê mit der Revolution die Kommunalverwaltung mit fast demselben Personal direkt weitergeführt werden konnte, gab es in Qamişlo mehrere Monate lang eine problematische Situation. Die Kommunalverwaltungen des syrischen Staates zogen sich in Qamişlo auf die wenigen noch staatlich kontrollierten Stadtteile zurück. So kam es, dass im Herbst 2012 und Winter 2013 der Müll in den meisten Stadtteilen von Qamişlo liegen blieb. In wenigen Wochen organisierten sich aber Jugendliche der »Revolutionären Jugend« und begannen Kampagnen zum Müllsammeln in den Straßen. Auch die Frauenbewegung »Yekîtiya Star« beteiligte sich aktiv an diesen Kampagnen, die zu mehr Bewusstsein in der Gesellschaft

führten. Damit wurde der Prozess des Aufbaus neuer Kommunalverwaltungen in Qamişlo und anderen Orten beschleunigt.

Ab 2014 gibt es in allen Orten eine funktionierende Müllabfuhr und -entsorgung. Dafür wurden einige zu Müllwagen umfunktionierte Pick-ups, Kleinlastwagen, Bagger angeschafft. Die Stadtverwaltung von Qamişlo zum Beispiel verfügt über sieben Wagen, die allerdings nicht so effektiv wie gewünscht arbeiten und manchmal wegen Reparaturarbeiten ausfallen. Wegen des Krieges und des Embargos ist es überaus schwierig, Müllwagen und anderes Gerät anzuschaffen.

Der gesammelte Müll wird zu Gruben gebracht, dort deponiert und zum größten Teil verbrannt. Die jetzt verwendeten Gruben wurden fast alle vor 2012 angelegt. Am System der Müllabfuhr und -entsorgung hat sich also grundlegend nichts geändert. Trotzdem sind diese wilden Mülldeponien ökologisch und gesundheitlich ein ernstes Problem für alle Lebewesen. Es dürfte sich schnell ableiten, dass das Grundwasser dauerhaft kontaminiert wird. Und wenn die Deponien nahe an Siedlungen liegen, ist die Gesundheit von Menschen und Tieren durch herumfliegenden Müll und den Gestank gefährdet.

In Qamişlo haben wir den Fall, dass die Trinkwasserbrunnen nicht mal einen Kilometer von der Deponie entfernt sind. Diese größte Mülldeponie von Cizîrê, die auch den Müll einiger umliegender Orte wie Amûdê annimmt, stellt eine große Gefahr für die Wasserversorgung von Qamişlo dar. Ärzt*innen vom regionalen Gesundheitsrat – der koordiniert die Gesundheitspolitik in Rojava – geben an, dass in Qamişlo Kinder prozentual etwas überdurchschnittlich von durch Wasser übertragenen Krankheiten betroffen sind.

Die Grube für den Müll von Qamişlo wurde 1999 angelegt, obwohl dieses Problem bekannt war. Denn die Trinkwasserbrunnen fördern seit über dreißig Jahren. Die Kommunalverwaltung diskutiert mehrere Optionen. Die einfachste und günstigste Lösung wäre eine neue Grube weiter im Süden der Stadt, sodass die Trinkwasserbrunnen nicht mehr betroffen wären. Dort gäbe es auch einen geeigneten Platz, doch wären hier zwei Dörfer direkt betroffen. Die teure und vernünftigere Lösung wäre die Fertigstellung der Müllverbrennungsanlage direkt neben der jetzigen Müllhalde. Diese Anlage konnte wegen des Krieges in Syrien nicht mehr zu Ende gebaut werden; zu 75 % dürfte sie fertiggestellt sein, so die zuständigen Fachkräfte der Müllentsorgung. Das Problem dabei sind wieder das Embargo und die politisch unsichere Lage. Selbst wenn ein Unternehmen gefunden werden könnte, müsste es über die Türkei oder Südkurdistan mit den notwendigen Geräten und Maschinen einreisen können. Welche Geräte und Maschinen fehlen, konnte nicht abschließend festgestellt werden. In Rojava gibt es höchstwahrscheinlich keine Fachkräfte, die das bewerkstelligen könnten. Zumindest wurde uns von niemandem berichtet und wir sind niemandem begegnet.

In der ganzen Müllfrage in Rojava wirkt es sich allerdings positiv aus, dass die Menge des Mülls mit der Revolution spürbar abgenommen hat. Das liegt zum einen daran, dass der Warenimport nach Rojava aufgrund des Embargos durch die Türkei und Südkurdistan erheblich reduziert wurde. Und zum anderen daran, dass die Menschen aufgrund der Mangelwirtschaft die Waren, Verpackungen, Geräte etc. wiederverwenden oder einem anderen Zweck zuführen.

Dennoch kommt immer noch manches zu viel nach Rojava oder wird nicht wiederverwertet, vor allem Plastiktüten. An manchen Stadtgrenzen liegen oder fliegen auf freien Flächen Hunderte und Tausende Plastiktüten herum. Das stellten wir in bedrohlicher Weise fest, als wir nach Hesekê einfuhren.

Luftverschmutzung

Weil in der Cizîrê viel Diesel raffiniert und verbraucht wird, leidet die Luftqualität in den Städten erheblich. Der Benzinverbrauch ist teilweise durch die Benutzung von Diesel ersetzt worden, indem die Menschen auf Dieselkraftwagen umgestiegen sind. Durch den vorhandenen Diesel hat die Zahl der PKWs und anderen Kraftwagen nach der Revolution kaum abgenommen. Hinzu kommt, dass die Technik der Rohölraffinierung nicht auf dem Niveau der Vorrevolutionszeit ist. Das ist ein zusätzlicher Faktor für die Zunahme der Luftverschmutzung. Noch problematischer sind die zahlreichen Dieselgeneratoren, die im Gewerbe und in den Haushalten ersatzweise verwendet werden, da oft nur vier bis fünf Stunden täglich Strom verteilt wird. Sie sind oft in den Straßen zu hören, tragen in erheblicher Weise zum Anstieg der Luftverschmutzung bei und sind mit einem hohen Geräuschpegel verbunden. Beides führt gleichzeitig zu ernsthaften Schäden der Gesundheit der Bevölkerung. Je länger dieser Zustand andauert, desto gravierender werden die Folgen sein.

Erdölproduktion

Eine beträchtliche ökologische Zerstörung geht auch mit der Förderung, Raffinierung und Verteilung des Rohöls einher. Die Erdölquellen von Cizîrê liegen in dem Gebiet zwischen Tirbespî (Al-Qahtaniya) und Dêrik um die Stadt Rimelan herum. Wie auch weltweit üblich wirkt sich die Erdölwirtschaft in Rojava zerstörerisch auf große Landschaftsflächen aus. Neben der Kontaminierung des Bodens an der Förderstelle geschieht

die eigentliche Verschmutzung durch Raffinierung und Transport.

Die Raffinierung des Erdöls aus der Cizîrê-Region fand bis 2011 in Homs statt, also außerhalb Rojavas. Mit der Revolution wurde in Cizîrê selbst eine Möglichkeit dafür geschaffen, allerdings mit einfachen Mitteln, sodass Umweltstandards kaum eingehalten werden. Dabei wird der Boden auch kontaminiert. Mindestens genauso schlimm ist, dass die kontaminierten Abwässer ungeklärt in einen Bach abgelassen werden. Die Abwassermenge ist nicht groß, reicht aber aus, um den ganzen Bach zu verschmutzen. Der fließt fast fischfrei von Rimelan in südwestlicher Richtung nach Hesekê. Entlang mehreren Dutzend Kilometern kann dieses Wasser für die Bewässerung der Felder nicht benutzt werden. Kinder sind gefährdet, wenn sie an diesem Bach spielen.

Diese Gefahren sind den Rätestrukturen bewusst. Es wird immer wieder betont, dass sie auch etwas dagegen tun würden, wenn ihnen nicht die technischen Mittel und Kapazitäten fehlten. Angesichts des Embargos ist da in naher Zukunft auch kaum etwas zu machen. Umweltminister Lokman Ahde hat darauf auch besonders verwiesen. Er ist bemüht, mit anderen vor Ort die Bevölkerung auf die Gefahr hinzuweisen. Insgesamt stehen die Menschen in Cizîrê vor dem Dilemma, Erdöl zu raffinieren, so für Stromversorgung und Mobilität zu sorgen, damit aber auch die genannten Zerstörungen und Gefahren für Natur und Mensch hinzunehmen, oder andererseits auf Strom, Fahrzeuge und gravierende ökologische Zerstörung zu verzichten. Auf absehbare Zeit ist der Widerspruch nicht zu lösen, doch lassen sich die negativen Auswirkungen kurzfristig minimieren und die Bevölkerung kann über die Gefahren informiert werden. Geeignete Maßnahmen sind mit geringen Mitteln und wenig Geld zu realisieren. ♦

Klappentext | Am 19. Juli 2012 begann in Kobanê die Revolution von Rojava. Unter der Initiative des Volksrats Westkurdistan (MGRK) vertrieb die Bevölkerung das syrische Baath-Regime weitgehend unblutig. Während der Rest von Syrien zunehmend im Bürgerkrieg versank, schlug Rojava einen dritten Weg jenseits des Baath-Regimes und der vom Westen, der Türkei und den Golfstaaten protegierten Opposition ein.

Damit wurde die Freiheitsbewegung vor die Herausforderung gestellt, ein im Mittleren Osten einmaliges basisdemokratisches, geschlechterbefreites und ökologisches Projekt aufzubauen. Durch dieses Modell der »Demokratischen Autonomie« wurde der Staat überflüssig und jeglicher Form von Nationalismus eine Absage erteilt. Seither organisiert sich die Bevölkerung durch ein Rätesystem selbst. Dieses Projekt wird durch reaktionäre Kräfte wie die Terrororganisation IS (Islamischer Staat) bedroht.

Den Autor*innen stellten sich viele Fragen: Wie wird dieser Umbruch angesichts einer von 60 Jahren Diktatur geprägten Bevölkerung und eines sich verschärfenden Krieges realisiert?

Wie werden die im Gesellschaftsvertrag von Rojava formulierten Grundsätze der Geschlechterbefreiung und Partizipation aller ethnischen, religiösen u. a. Identitäten umgesetzt?

Wie schlagen sich diese Ansätze in der Ökonomie, Ökologie und Bildung nieder?

Bietet dieses Projekt Ansätze für eine Lösung der Probleme des Mittleren Ostens?

Die drei Autor*innen sind aktiv in der »Kampagne TATORT Kurdistan« und bereisten in den vergangenen Jahren immer wieder Rojava und die anderen Teile Kurdistans:

Anja Flach, Ethnologin, Mitglied des Frauenrates Rojbîn Hamburg, Veröffentlichungen: »Jiyanekê din – ein anderes Leben, Zwei Jahre bei der kurdischen Frauenarmee« (2003), »Frauen in der kurdischen Guerilla: Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK« (2007).

Ercan Ayboğa, Umweltingenieur und Ökoaktivist der Initiative zur Rettung von Hasankeyf.

Michael Knapp, Historiker, Berlin, Aktivist des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin, forscht zu Modellen radikaler Demokratie und sozialen Bewegungen.

Der Kapitalismus will sich in Kurdistan ausbreiten

Kommunale selbstbestimmte Alternativen

Ali Barış Kurt, Ankara, ANF 21.11.2014

Auf der Suche nach alternativen, solidarischen Formen des Wirtschaftens veranstaltete die kurdische Freiheitsbewegung in den vergangenen Monaten unter der Losung »Kommunalisieren wir unseren Boden, unser Wasser und unsere Energie; bauen wir das demokratische, freie Leben auf!« eine Reihe von Veranstaltungen, Workshops, Podiumsdiskussionen und größeren Konferenzen in Nordkurdistan. In den Städten Amed (Diyarbakır), Wan (Van) und Mêrdin (Mardin) wurden vom Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) und der jeweiligen Stadtverwaltung »Konferenzen der Demokratischen Ökonomie« organisiert und durchgeführt. Aufgrund der dringlichen Situation in Kobanê fand die letzte Konferenz in Wan nach einer Terminverschiebung nun am 8./9. November 2014 statt. Die Entwicklungsökonomin Azize Aslan war an der Arbeit der Konferenz in Wan beteiligt. Die Nachrichtenagentur Firatnews hat mit ihr über die Rolle des Kapitalismus in Kurdistan, die kommunale Selbstverwaltung, die Stellung der Frau in der Ökonomie und über ökonomische Selbstverwaltung gesprochen.

»Kurdistan ist für den Kapitalismus eine fruchtbare Region«

Was bedeutet die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Bezug auf Kurdistan?

Die Krise im System verschärft sich zunehmend. In diesem sich verschärfenden Zustand spielt Kurdistan eine zunehmend wichtige geografische Rolle, denn der Kapitalismus sucht in Krisenzeiten nach neuen Regionen, in denen er Kapital von Neuem verwerten kann. Die globale kapitalistische Krise und die Krise des Kapitals in der Türkei schreiben Kurdistan eine wichtige geografische Rolle zu. Aus diesem Grund ist Kurdistan die Region, in der sich der Kapitalismus am besten ausbreiten kann.

Durch welche Eigenschaften ist Kurdistan ertragreich?

Es geht hier um das Regime in der Zeit nach 1980. Exporte, also die Öffnung der Volkswirtschaft nach außen, und die Behauptung auf globalen Märkten führten zur Industrialisierung. Wie behauptet sich die Türkei auf internationalen Märkten? Über ihre günstige Arbeitskraft, aber die Arbeitskraft des westlichen Teils des Landes ist nicht mehr so günstig wie ehemals und deshalb müssen neue günstige Arbeitskräfte im Land gefunden werden. Kurdistan ist die Region der Ausweglosen, bedingt zum einen durch die Arbeitslosigkeit, zum anderen durch den Krieg. Aus diesem Grund ist Arbeitskraft hier besonders günstig. Der Vergleich »die Sinisierung von Kurdistan« spricht genau dieses Thema an. Wenn wir die Politik des Staates und die Dynamik der Verbreitung des Kapitalismus betrachten, können wir genau dies voraussehen.

Der 2012 vorbereitete Förderplan teilt die Türkei in sechs Regionen ein. Die sechste Region, also die rückständigste, ist Nordkurdistan. Ziel dieses Fördersystems ist es, die fünfzehn kurdischen Provinzen zu entwickeln. Dafür wurden regionale und sektorale Strategien entwickelt. Letztere scheinen mir wichtiger; hier sehen Sie genau die Verschlüsselung der günstigen Arbeitskraft, denn die sektoralen Strategien beinhalten die Verschiebung der arbeitskraftintensiven Tätigkeiten vom Westen in die sechste Region. Die häufigste arbeitskraftintensive Tätigkeit ist die in der Textilindustrie. Sie ist nicht nur arbeitskraftintensiv, sondern auch günstig, informell, und eine Kontrolle über Beginn und Ende der Erwerbstätigkeit sowie Überstunden findet kaum statt. Zudem arbeiten zum größten Teil Frauen in dieser Industrie. Die Intensivierung der Landwirtschaft ist ebenfalls zu beobachten, dieser Sektor gehört ebenfalls zu den arbeitskraftintensiven. Die sechste Region wird auch unter den Begriff landwirtschaftliche Region gefasst.

»Die UnternehmerInnen werden mit geringen Produktionskosten viel Gewinn erwirtschaften«

Wird eine Basis für ein Zufriedenstellen der Kapitalkreise vorbereitet? Was bedeutet diese Verschiebung der Sektoren nach Kurdistan für die UnternehmerInnen?

Sie sehen, wie in diesem Projekt Staat und Kapital gemeinsam agieren. Der Staat hofiert die KapitalistInnen zum Beispiel mit Vergünstigungen: »Wenn Ihr in dieser Region investiert, werden 40 % der Steuern für die nächsten zehn Jahre nicht erhoben.« Die ArbeitgeberInnen bekommen einen Nachlass für ihren Anteil an der Versicherung und unter dem Label Zins-Unterstützung werden ihnen Möglichkeiten für Kredite zu günstigeren Konditionen geschaffen. Ihnen entstehen dann Lohnkosten in Höhe von 634 Lira, damit produzieren sie zu Lohnkosten, die unter dem Mindestlohn liegen, und erwirtschaften damit einen höheren Gewinn. Es wird also nur noch ein faktischer Mindestlohn in der Region realisiert. In Kurdistan wird auf diesem Wege zum einen der Kapitalismus verbreitet und zum anderen das Interesse an der Profit-Logik verstärkt. Die demokratische Ökonomie bedeutet in diesem Kontext das Entstehen einer »Widerstandsökonomie«.

Zeitgleich wird den kurdischen Arbeiterinnen und Arbeitern gesagt: »Zieht wieder in eure Dörfer zurück, wir haben dort Arbeitsplätze geschaffen.« Was aber eigentlich bedeutet: »Wir werden euch in Zukunft in eurer Heimat ausbeuten.«

Andererseits wird die unberührte kurdische Region auf ihre Ressourcen reduziert und geplündert. So wie zum Beispiel die landwirtschaftlichen Flächen der Hevsel-Gärten *[Anm. d. R.: traditionelles Obst- und Gemüseanbaugebiet in Amed, das durch Besetzungs- und andere Widerstandsaktionen vor der Kommerzialisierung bewahrt werden soll]* nun der Landwirtschaft zum Anbau freigegeben wurden. Die Kapital-Staat-Kooperation beutet zum einen die Natur und zum anderen die Arbeitskraft in Kurdistan aus und das wird unter dem Namen Entwicklung und Beschäftigung betrieben.

Die Kapitalkreise betrachten diese Phase grundsätzlich nicht aus einer negativen Perspektive. Hat das damit zu tun?

Selbstverständlich. Aus Sicht des Kapitals verfügt die Region über von Ankara gesteuerte Kapitalressourcen. Wir sehen, dass sich dieser Phase gestellt wird, da das Kapital auf sichere Häfen, Grund und Stabilität angewiesen ist. Jedes umkämpfte Gebiet und der Bürgerkrieg stellen keinen sicheren Raum für das Kapital dar. Abgesehen von dieser Phase wurden auch weltweit Erfahrungen gemacht, wie der Kapitalismus die Widerstand leistenden Regionen angegriffen hat. Wir haben in der zweijährigen Waffenruhe Folgendes beobachtet: Die Kapitalbeziehungen haben begonnen, sich zu vergesellschaften. Der Aufruf »Kommt in die Region und investiert« stammt daher. Betrachten wir die Investitionen, sehen wir genau das bereits von mir Erwähnte: Investitionen werden komplett in die Ausbeutung der Arbeitskraft und des Grundes gesteckt … davon haben die Menschen Kurdistans nichts.

Ist die ökonomische Selbstverwaltung aus diesem Grund von Bedeutung?

Bei der ökonomischen Selbstverwaltung ist es vor allem wichtig zu verstehen: Die Gesellschaft hat ein Mitspracherecht bei jeglicher wirtschaftlicher Betätigung in der Region, der Stadt und den Dörfern. Ob ich Tomaten anbaue, entscheidet die Bevölkerung vor Ort. Ob ich Mais anbaue oder Viehzucht betreibe, entscheidet die Bevölkerung vor Ort. Was im kapitalistischen System als Mehrwert einer Ware bezeichnet wird, zeigt, dass diese Ware für den Wert auf dem Markt produziert wurde. Dieser Markt beruht vollständig auf dem Mechanismus des Gewinnstrebens. Die Gesellschaft produziert damit nicht für sich selbst, sondern für den Markt. In einer solchen marktorientierten Volkswirtschaft hat die Gesellschaft bei der wirtschaftlichen Betätigung nichts zu melden, die eigene Erwerbstätigkeit eingeschlossen. Wir arbeiten zu äußerst geringen Löhnen, aber trotzdem arbeiten wir weiter. Wir arbeiten in informellen Branchen, sind nicht versichert und organisiert; aber wir arbeiten trotzdem weiter. Denn wir verwalten unsere eigenen Tätigkeiten nicht selbst.

Andererseits stellt sich die Frage, wie weit eine Region über ihre eigenen Ressourcen bestimmen kann. Es gibt kein Mitspracherecht über Ressourcen wie Erdöl, Kohle etc.

Selbstverwaltung ist für all dies und für die Demokratische Autonomie wichtig. Die ökonomische Selbstverwaltung ist die wichtigste Voraussetzung für die Demokratische Autonomie. Eine Region, die nicht über ihre Volkswirtschaft bestimmen kann, kann unmöglich autonom werden.

»Die Gewerkschaften sind unfähig, die kurdischen Arbeitskräfte zu organisieren«

In Kurdistan ist der Grad der Organisierung der ArbeiterInnenklasse scheinbar niedrig. Tragen die Gewerkschaften auch dazu bei?

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter in Kurdistan ist im Vergleich zur gesamten Türkei niedrig. Eigentlich sollten die Gewerkschaften auch einen Raum in dieser Konferenz haben und auch Teil des Prozesses werden, denn ihre Vision ist auch die Demokratisierung. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter können untereinander eigene Kommunen errichten oder sich gemeinsam organisieren. In den Gewerkschaften sind wir mit einer festgefahrenen Definition von Arbeiterinnen und Arbeitern konfrontiert. In Kurdistan gibt es viele Möglichkeiten, um sich außerhalb des formellen Sektors wiederzufinden. Eine starke Gewerkschaft muss einen großen Teil der Arbeitenden organisieren können. Diese fehlende Organisierung innerhalb der Gewerkschaften ebnet den Weg für viele praktische Probleme. Wenn Sie an einem Arbeitsplatz einen Tarifvertrag durchsetzen wollen, müssen sie einen Großteil der Arbeitenden organisieren. In Kurdistan gibt es viele nicht angemeldete Arbeitskräfte, denn der informelle Sektor ist größer als der formelle. Nicht Angemeldete und damit nicht Versicherte haben auch grundsätzlich keine Möglichkeit, Gewerkschaftsmitglied zu sein, die Gewerkschaften engagieren sich auch nicht politisch für diese Menschen.

Zudem herrscht in Gewerkschaften noch immer ein repressiver Umgang. Es gibt Strukturen, die die kurdische Frage, den kurdischen Freiheitskampf nicht wahrhaben wollen. Damit ist es ihnen auch nicht möglich, die kurdischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu organisieren. Ich kenne zum Beispiel die Art der gewerkschaftlichen Organisierung in der Erdölraffinerie in Êlih (Batman). Sie sind dort vertreten, bei der Vollversammlung jedoch greifen die Mitglieder aus Düzce die aus Êlih an. Sie können nicht in derselben Gewerkschaft arbeiten, da sie keine allgemeine politische Linie herstellen können.

Wird über dieses Modell auch das Problem der Arbeitslosigkeit entschärft?

Arbeitslosigkeit ist der Output des kapitalistischen Systems, das Ergebnis.

Zeitgleich ist sie ein gut genutztes Instrument, ein Instrument, Erwerbstätige unter Druck zu setzen. Der Slogan »Wir vermindern die Arbeitslosigkeit« ist nicht wahrheitsgemäß, denn wir müssen erkennen, dass diese mit dem System zu tun hat. Wenn wir das Leben antikapitalistisch gestalten, wird auch die Arbeitslosigkeit von selbst verschwinden.

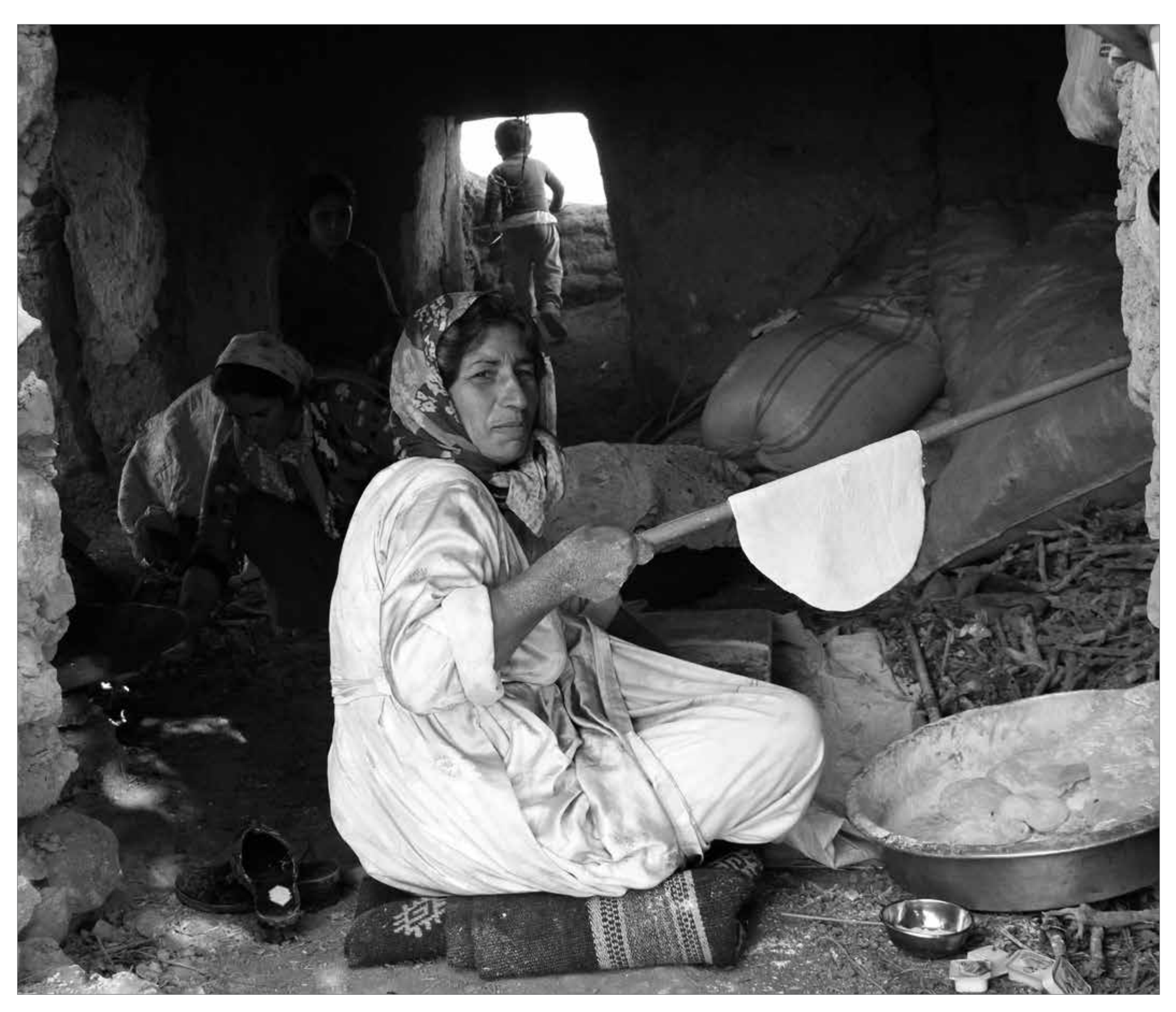
Wenn Kommunen und Kooperativen gemeinsam produzieren und vor allem nach Bedürfnissen produzieren und jede und jeder das auch aus dieser Perspektive betrachtet, wird Arbeitslosigkeit wegfallen. Wenn Kommunen und Kooperativen gegründet werden, wird auch zum Vorschein kommen, dass Arbeitslosigkeit ein Produkt des kapitalistischen Systems ist.

»Eine Wirtschaft ohne die dominante männliche Sprache und Mentalität«

Hat die Frau in der derzeitigen Wirtschaft einen Platz?

Es gibt ein falsches Verständnis von Frauen und Ökonomie: Frauen würden nicht am wirtschaftlichen Leben teilnehmen und es gebe keine Frauen in der Ökonomie … Doch eigentlich nimmt die Frau am gesamten Produktionsprozess teil und legt darin einen unglaublichen Elan an den Tag. Wir können sagen, dass die Arbeit, die sie im Haus, im Dorf oder auf den Feldern leistet, nicht gesehen wird. Auch die Arbeit, welche die Frau im Haushalt für Kochen und Putzen aufbringt, wird nicht gesehen. Auf der anderen Seite werden Frauen als Ergänzung zum System in die Arbeit eingestellt. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit in den Schmuckwerkstätten oder Webereien. Diese Arbeiten sichern nicht die Existenz, es wird als Nebentätigkeit bzw. Ergänzung angesehen. Mit dem niedrigen Lohn, den die Männer erhalten, sollen diese aber die gesamte Existenz einer Familie sichern. Wir möchten, dass, angefangen mit den Arbeiten im Haus, alle nicht gesehenen Arbeiten der Frauen vergesellschaftet werden. Warum sollen Frauen zum Beispiel zu Hause eine Waschmaschine haben und warum kann es keinen Waschsalon im Dorf oder im Viertel geben? Warum sollte es keine Kinderkrippen oder Gemeinschaftsküchen geben? Solche Fragen sollten im Raum stehen. So würde die über das Geschlecht erfolgende Aufteilung von »Frauenarbeit« und »Männerarbeit« durch die dominierende männliche Mentalität verschwinden. Ein Beispiel zum Verständnis der Rollen ist zum Beispiel die bestehende Auffassung, dass die Arbeit als Lehrkraft für Frauen besser sei, aber Tätigkeiten, die nachts auszuüben sind, nichts für Frauen seien. Durchgehend bestimmen Männer darüber, welche Tätigkeiten für Frauen »angemessen« sind.

Es wird gesagt: »Investitionen sollen kommen, Textilwirtschaft soll nach Kurdistan kommen, damit unsere Frauen arbeiten können.« Frauen werden nicht gefragt, ob sie in der Textilindustrie oder zu so niedrigen Löhnen arbeiten wollen. Denn Frauen werden aus dem Produktionsentscheidungsprozess ausgeschlossen. Männer entscheiden über die Beschäftigung in der Produktion und ihre Stellung im Produktionsprozess. Wenn wir die alternative Ökonomie über Kommunen begründen wollen, müssen Frauen einen einflussreichen Platz erhalten. Wir denken, dass Frauen sich organisieren und selbst produzieren sollen, und daraus können sogar Frauenkommunen entstehen. Wir sprechen von einem ökonomischen Leben,



»Wir möchten, dass, angefangen mit den Arbeiten im Haus, alle nicht gesehenen Arbeiten der Frauen vergesellschaftet werden. Warum sollen Frauen zum Beispiel zu Hause eine Waschmaschine haben und warum kann es keinen Waschsalon im Dorf oder im Viertel geben? Warum sollte es keine Kinderkrippen oder Gemeinschaftsküchen geben? Solche Fragen sollten im Raum stehen. So würde die über das Geschlecht erfolgende Aufteilung von »Frauenarbeit« und »Männerarbeit« durch die dominierende männliche Mentalität verschwinden.« Foto: DIHA

in dem nicht die männliche Sprache und Mentalität mit Begriffen wie »Performance« und »Qualität« vorherrschen.

Die kommunale Ökonomie oder das, was wir als Kommunen bezeichnen, zu gründen, das ist nicht einfach, das sehen wir ein. Auf dem Land Kommunen zu gründen, ist nicht dasselbe wie in Städten. Aber in Städten ist es ebenso wichtig, Frauen in die Wirtschaft zu integrieren und sie in wirtschaftliche Betätigung mit einzubeziehen.

Was ist der Unterschied?

Die Beziehungen auf dem Land und die Produktionsprozesse sind besser geeignet für Kommunen. Sie können auf dem Feld anbauen und ernten und diese Ernte für den Konsum in der Kommune freigeben und den Überschuss über Kooperativen an den Markt abgeben. In Großstädten hingegen gibt es keine Felder. In den Großstädten gibt es für die Produktion lediglich Fabriken und diese sind für die Gründung von Kom-

munen im Vergleich zur ländlichen Region ungeeignet. In der Industrie ist die Bildung von Kommunen und Kooperativen nachteiliger und schwieriger, aber nicht unmöglich.

Warum positive Diskriminierung?

Wenn ich an das vorher genannte Beispiel anknüpfe: In den Großstädten gibt es auch Frauen und diese müssen auch in die Wirtschaft integriert werden. Bei der Gründung eines Betriebes oder einer Kooperative jedoch tauchen schon die ersten Probleme auf. Frauen haben kein Vermögen. Männer sind zum größten Teil Eigentümer und die Fonds-Mechanismen entwickeln sich über dieses Eigentum.

Zum anderen werden schwangere Frauen entweder bei Schwangerschaft entlassen oder nach der Geburt nicht wieder eingestellt. Kinderbetreuung ist auch ein Grund für Kündigung. Ob eine Volkswirtschaft positiv diskriminiert, kommunale Ökonomie lebt oder im Übergang vom kapitalistischen zum kommunalen System steckt, in jedem Fall muss frauenzentriert gedacht werden.

In Kurdistan ist die Alphabetisierungsrate der Frauen niedriger als die der Männer, das ist auch ein Grund, positiv zu diskriminieren. Es müssen Möglichkeiten für Frauen geschaffen werden, sich ausdrücken zu können, sich entwickeln und verwirklichen zu können.

»Gibt es eine ethnische Perspektive?«

Der Ökonom Mustafa Sönmez bewertete kurz die Konferenz der Demokratischen Ökonomie. Er denkt, die Abschlusserklärung wird aus einer »ethnischen Perspektive« heraus vorbereitet ...

Ich war durchgehend auf der Konferenz anwesend, aber nicht ein Mal wurde erwähnt, dass diese alternative Ökonomie nur für Kurdinnen und Kurden sei. Unser Anliegen ist Folgendes: Wir möchten für alle Ethnien, die in der Region leben und daran teilhaben wollen, eine alternative Form der Wirtschaft entwickeln und eine neue Lebensform schaffen. Wenn wir uns die Armut der Region ansehen, ist davon nicht nur die kurdische Volksgruppe betroffen. Die Araberinnen und Araber sind das ebenfalls, sie leben teilweise sogar an der Hungergrenze. Es gibt hier viele Menschen aus Syrien aus unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und diese Gruppen in das System zu integrieren, ist auch nicht möglich. Auch die dort verwurzelten Menschen haben keine Möglichkeiten, sich in das System zu integrieren. Die kommunale Ökonomie der demokratischen Selbstverwaltung schlagen wir der Türkei und der gesamten Welt als ein Modell, ein Paradigma vor.

Wir definieren hier die »demokratisch selbstverwalteten Regionen«: Was wir als Nordkurdistan bezeichnen, ist nicht eine Region, sondern besteht aus demokratischen Regionen, die nach drei unterschiedlichen Kriterien aufgeteilt werden. Unserer Meinung nach können wir so die Selbstverwaltung herstellen. Wenn es um die in den Westen migrierten Menschen geht, sollte ihnen nicht gesagt werden: »Kommt hierher, wir haben hier eine gute Wirtschaft, wir beschäftigen euch«, sondern wir gehen anders an die Sache ran, indem wir sagen, dass die Gesellschaft an dem Ort beschäftigt und organisiert werden sollte, an dem sie lebt.

Mustafa Sönmez haben wir auch zur Konferenz eingeladen, aber da er im Ausland ist, konnte er nicht teilnehmen. Es ist nicht vorteilhaft, immer mit der Logik von Ankara an die Sache heranzugehen. Da ich an der Entwicklung der Region arbeite, ist Mustafa Sönmez einer der wenigen Namen, die in dieser Arbeit bekannt sind. Aber er versucht, die Region durch die Brille von Ankara zu verstehen; es ist nicht möglich zu planen, ohne die regionalen Bedingungen in Betracht zu ziehen.

Die Rolle der Gemeinden

Sind die Gemeinden DIE Akteure der kommunalen Ökonomie?

Bei den Begriffen demokratische Selbstverwaltung, demokratische Ökonomie und kommunale Ökonomie herrscht ein falsches Verständnis. Es wird angenommen, dass diese Prozesse von den Gemeinden bestimmt und durchgeführt werden. Aber dem ist nicht so. Wir sprechen hier von dem System, in dem die Gesellschaften bestimmen. Die Stadtverwaltungen sind ein großer Teil der demokratischen Ökonomie, aber sie sind nicht der einzige Akteur.

Warum?

Gemeinden wirtschaften und arbeiten nach den vom System vorgegebenen Regeln, dies bedeutet, dass sie Ankara unterworfen sind. Die Verwaltung in Ankara stellt die Gesetze und Satzungen, die einer gewissen Politik folgen, und danach richten sich auch ihre administrativen und finanziellen Vorgaben. Es gibt immer noch eine Bevormundung der kommunalen Verwaltungen durch Ankara.

Wie werden dann die Gemeinden in die neue Ökonomie integriert?

Es wird nicht angestrebt, das eigene Kapital zu erhöhen oder Maßnahmen zu stärken, es zu erhöhen, sondern das Kapital für das Wohlergehen der Gesellschaft zu verwenden. Es muss folgende ideologische Präferenz gesetzt werden: nicht für die Bourgeoisie, sondern für die Gesellschaft. Unsere Gemeinden streben dies an, aber das System der sozialen Gemeinde wird noch nicht umgesetzt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden, die bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden wollen, müssen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner auch Wertschöpfung schaffen. Sie beauftragen zum Beispiel Subunternehmen, die Dienstleistungen wie Reinigung, Essen und Sicherheitsleistungen anbieten. Diese beschäftigen größtenteils zu Mindestlöhnen für kleine und große UnternehmensinhaberInnen. Wenn Dienstleistungen von anderen Unternehmen in Anspruch genommen werden sollen, empfehlen wir, sie von Kooperativen zu nehmen. Die Gemeinden verfügen über Parkanlagen, auf denen es selbstständige Betriebe gibt.

Diese sollten aufgehoben werden. Wir empfehlen Betriebe, die dieselben Standards erfüllen, von denen aber jede und jeder profitiert; das wären zum Beispiel Betriebe, in denen Sesamringe gegessen werden können und Tee getrunken werden kann, anstelle von Restaurants. Es soll keine öffentlichen Parkanlagen geben, in denen Wucherpreise verlangt werden. Die Anlagen werden aus den Ressourcen der Bürgerinnen und Bürger finanziert, sie können sie jedoch nicht nutzen.

Zudem beobachten wir die Auswirkungen des neuen Städte-Gesetzes auf drei Großstädte und noch weitere Städte, sie haben einen negativen Einfluss auf die Infrastruktur. Es werden bevorzugt Investitionen in den Städten getätigt und das Umland wird vernachlässigt, das Dienstleistungsnetz muss jedoch von der Stadt bis zum Land ausgebaut werden. Die Güter, die im Umland produziert werden, können zum Beispiel über ein Netz von Kooperativen in die Stadt gelangen. Die Ressourcen können zwischen Stadt und Land gleichmäßig aufgeteilt werden. Betrachten wir das Budget der Gemeinden, wird ein großer Teil für die Asphaltierung der Straßen ausgegeben. Stattdessen könnte es für den Ausbau eines Schienennetzes verwendet werden. Die Städte könnten aber auch zum Beispiel Fahrräder fördern und zu deren Herstellung eine Fabrik bereitstellen, aber auch die Bevölkerung zur Nutzung von Fahrrädern motivieren. Dies natürlich auch in Form von Kooperativen. Die Kommunen sind auch wichtige Mechanismen für Frauen. Wir bevorzugen städtische und ländliche Zentren, die auf die Bedürfnisse der Frauen ausgerichtet sind. Das Budget der Gemeinde sollte sich nach den gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen richten. Es sollte kein eigenes Budget für Frauen geben, sondern bei der Aufteilung des Budgets sollten auch die Auswirkungen auf die Frau mit eingerechnet werden. Diese und noch viele weitere Beispiele für einen alternativen Mechanismus können den Gemeinden eine wichtige Stütze geben.

»Einkaufszentren verrohen die Menschen, schädigen Beziehungen und können das Denken in Systembahnen nach sich ziehen«

Was bietet Ihr als Alternative zu Einkaufszentren?

Ich kann es mit einem Zitat von David Harvey definieren: »Ein Einkaufszentrum ist ein Ort, an dem Raum und Zeit eingeschränkt sind.« In einem kleinen Raum führen Sie in kurzer Zeit sehr viele Erledigungen aus und das nimmt sehr viel Kraft in Anspruch. Einkaufszentren sind zudem auch nicht günstig. Sowohl Einkaufszentren als auch Supermärkte – das ist eine klassische Definition – sind die Hochburgen des Kapitalismus. Wenn wir also den Kapitalismus stürzen wollen, müssen wir erst die Einkaufszentren und Supermärkte stürzen. Es müssen kleine Werkstätten und die Tante-Emma-Läden ums Eck verteidigt werden.

Wir haben Karawansereien und Passagen. Passagen, in denen es reihenweise Schmuck- und Teppichläden gibt. Nehmen wir eine Passage in Riha (Urfa), dort gibt es seit vierzig Jahren den Laden von Herrn Mehmet. Meine Mutter und Großmutter haben dort schon eingekauft. Der Laden hat ein gewisses Ansehen. Dasjenige der Altstadt stammt genau daher. Im Einkaufszentrum ist es aber nicht so. Die Beleuchtung und Aufmachung mögen sehr schön sein und der Einkauf mag leicht sein, bei jedem Besuch jedoch ändert sich sowohl der Ort des Produktes als auch die Verkäuferin oder der Verkäufer. Denn wer heute dort arbeitet, wird nächsten Monat schon gefeuert, weil die Arbeitsbedingungen kaum jemand aushält. Einkaufszentren verrohen die Menschen, schädigen Beziehungen und können das Denken in Systembahnen nach sich ziehen. Wenn ein Mensch eines betritt, fühlt er sich arm, denn die Aufmachung der Produkte ist so gut, dass dieser Mensch die eigene Kleidung als Lumpen wahrnimmt.

Der kleine Laden muss den Einkaufszentren Widerstand leisten. Es gibt auch Wege dafür. Ein Laden, der die regionalen Produkte verkauft, kann von den Bürgerinnen und Bürgern bevorzugt werden. Der Konsum kann über Kooperativen geregelt werden. Dreißig Kooperativen können gegründet werden, die Produkte können dort gesammelt und in der sogenannten Konsumgenossenschaft verkauft werden. So kann erfolgreich Widerstand geleistet werden. ♦

Über die Hintergründe der aktuellen türkischen Außenpolitik

Die »bösen Buben« in strategischen Untiefen

Murat Çakır, Dezember 2014

Am 1. Dezember 2014 titelte das Handelsblatt mit »Putin und Erdoğan: Das Treffen der bösen Buben« und berichtete über den Staatsbesuch des russischen Präsidenten in der Türkei. Putin kam mit einer ranghohen Delegation, der u. a. Außenminister Sergej Lawrow, Energieminister Aleksandr Nowak, der Minister für Justiz, Transport, Arbeit und Wirtschaftsentwicklung sowie verschiedene Unternehmensvertreter wie der Gasprom-Chef Aleksej Miller angehörten, nach Ankara.

Teile der bürgerlichen Medien bewerteten diesen Besuch als eine »Annäherung beider Staaten« und als Beleg für die »Abwendung der Türkei vom Westen«. Dabei ging es um handfeste Wirtschaftsinteressen: Nach Deutschland ist die Türkei der zweitgrößte Gaskunde Russlands und Russland ist der größte Energielieferant der Türkei. Rund 65 Prozent ihres importierten Erdgases bezieht die Türkei, die jährlich für Energielieferungen über 60 Milliarden US-Dollar bezahlen muss, aus Russland. Zudem bauen die Russen, der Staatskonzern Rosatom, an der Mittelmeerküste das erste türkische Atomkraftwerk. Das Projekt soll rund 20 Milliarden US-Dollar kosten. Die AKP-Regierung plant mit diesem Atomkraftwerk zukünftig 6 Prozent des türkischen Strombedarfs zu decken.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass der russische Staatspräsident einem wichtigen Kunden mit einer solch ranghohen Delegation die Aufwartung machte. Die russisch-türkischen Beziehungen gestalten sich im Rahmen einer Rivalitäts- und Kooperationsachse sehr ambivalent, die auch nach dem Besuch nicht unbedingt als eine »Annäherung« bewertet werden können. Dennoch deuten die russisch-türkischen Beziehungen auf die außenpolitischen Schwierigkeiten der Türkei, die vor allem hausgemacht sind, hin.

Die »strategische Tiefe« als Trümmerfeld

Eine oberflächliche Betrachtung belegt, dass heute die AKP-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu mit den fatalen Ergebnissen der sog. »Null-Probleme-Politik« des damaligen Außenministers Ahmet Davutoğlu zu kämpfen hat. Ministerpräsident Davutoğlu steht vor den Trümmern der türkischen Außenpolitik, welche er jahrelang selber gestaltet hatte. Die »strategische Tiefe der türkischen Außenpolitik« (Davutoğlu) entpuppt sich nun als reale Untiefe, denn keines der wichtigen Ziele konnte erreicht werden: Baschar Al-Assad sollte gestürzt werden – aber er sitzt heute fester im Sattel denn je; auf dem Balkan sollte der türkische Einfluss erweitert werden – das Gegenteil ist der Fall; die Kooperationen mit den Kaukasus-Staaten sollten intensiviert werden – die Grenze zu Armenien ist noch immer geschlossen und bei den Beziehungen der postsowjetischen Staaten zum Westen spielt die Türkei kaum eine Rolle; gemeinsam mit Katar setzte die Türkei im Nahen Osten auf die Muslimbrüder – diese werden aber jetzt von einer Koalition aus Israel, Saudi-Arabien und Vereinigten Arabischen Emiraten quasi liquidiert; mögliche Autonomieprozesse der kurdischen Bevölkerung in Syrien sollten verhindert werden – auch hier ist das Gegenteil der Fall, mehr noch, die kurdische Bewegung um Abdullah Öcalan erlangt eine nie dagewesene Legitimation in der Weltöffentlichkeit und die Türkei wird zusehends kritischer beäugt.

Lange Zeit wurde die Türkei unter der AKP-Regierung vom Westen als »Modell« für die arabische Welt angepriesen. Die AKP sollte als Beweis für die »Kompatibilität« von bürgerlicher Demokratie und westlich orientiertem islamischem Konservatismus dienen. Das mit massiven Privatisierungserlösen und Auslandskrediten finanzierte Wirtschaftswachstum sollte vom »türkischen Wirtschaftswunder« zeugen und belegen, dass ein islamischer Staat mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik für mehr Wohlstand, Reichtum und gleichzeitig für mehr bürgerliche Freiheiten sorgen könne.

Doch die Umwälzungen in der arabischen Welt ab 2011 und spätestens die Machtübernahme der Muslimbrüder in Ägypten bewiesen, dass der islamische Konservatismus kein Garant für bürgerliche Freiheiten sein kann. Auch in der Türkei entfernte sich die AKP-Regierung von ihrem Demokratisierungs-

versprechen: Autoritäre Politik wurde verschärft, sog. Demokratisierungsmaßnahmen zeigten sich als reine Kosmetik, die Wirtschaft stagnierte, die Verschuldung insbesondere der privaten Haushalte nahm zu und der sog. Friedensprozess in der kurdischen Frage geriet ins Stocken. So wurde das »Modell« zur Karikatur dessen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der AKP-Ära hatte gleichzeitig zur Folge, dass die private Kapitalakkumulation eine neue Dynamik gewann. Auf der anderen Seite erhöhte sich der gefühlte Wohlstand für breite Massen, welcher jedoch auf Pump beruhte. Diese Situation und die strukturelle Hegemonie des sunnitischen Konservatismus bilden die Grundlage für die weiterhin hohe gesellschaftliche Unterstützung der AKP, die wiederum mit aggressiven regionalimperialistischen Ambitionen die Hoffnungen der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsteile auf Teilnahme am zu erwartenden Reichtum nährte.

»Neo-Osmanismus« und NATO-Strategien

Die als »Neo-Osmanismus« bezeichneten regionalimperialistischen Ambitionen der AKP-Regierung entsprechen zum einen den Kapitalexport-Erwartungen der türkischen Bourgeoisie und korrespondieren mit den Wohlstandshoffnungen der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit. Zum anderen entsprechen sie aber auch den NATO-Strategien zur Neuordnung der Region. Die vorhandenen Interessenswidersprüche zwischen den Herrschenden in der Region sollten aber darüber nicht hinwegtäuschen. Es gibt zwar bezüglich der zu unternehmenden Schritte deutliche Unterschiede zwischen den Kooperationsachsen Türkei-Katar und Israel-Saudi-Arabien sowie dem Westen, aber im Hinblick auf langfristige strategische Interessen in der Region existieren keine Widersprüche.

Es ist eine geopolitische Besonderheit der Region, dass mehrere Regionalmächte – oder die, die es werden wollen – sich gegenseitig die Hegemonie streitig machen. Jene, die dem Westen nahestehen, konkurrieren zudem um die Gunst der USA. Während die Türkei und Katar sich gemeinsam auf konfessionelle Stellvertreterkriege stützen wollen, bildet die israelisch-saudische Koalition den Gegenpol innerhalb der gleichen Frontlinie, an der sich alle Akteure gegen die sog. »schiitische Achse« unter iranischer Führung aufgestellt haben. Israel befürchtet den Verlust seiner Stellung als die einzige Atommacht der Region, wenn der Westen Irans Nuklearprogramm akzeptieren würde. Saudi-Arabien dagegen fürchtet eine Instabilität im Innern, somit die Gefährdung der Macht, wenn Iran weiterhin die schiitische Bevölkerung auf der arabischen Halbinsel beeinflusst. Die Türkei wiederum gestaltet ihre Beziehungen zu Iran auf einer Rivalitäts- und Kooperationsachse, zumal Iran einer der wichtigsten Energielieferanten der Türkei ist. Die Auseinandersetzungen zwischen den regionalen Akteuren werden von den USA – die nun ihre langfristigen Strategien auf die Pazifik-Region orientieren – bewusst gefördert.

Gefangen in den Konflikten des Dreiecks Balkan-Kaukasus-Naher Osten wird die türkische Außenpolitik zusehends unberechenbar, weshalb ihre NATO-Partner, vor allem die USA und Deutschland, auf Korrektur drängen. Dennoch ist dieses Korrekturdrängen kein Hinweis dafür, dass Deutschland, die Türkei und die USA völlig gegensätzliche Strategien verfolgen. Im Gegenteil; die Türkei ist aufgrund ihrer geostrategischen Lage für den Westen ein unverzichtbarer Faktor. Maßgeblich dafür ist der Kampf um die Energieressourcen der Region. Die kurze Betrachtung der regionalen Energiereserven macht das deutlich:

Im Nordirak, also Süd-Kurdistan, lagern 45 Milliarden Barrel Erdöl und 200 Milliarden Kubikmeter Erdgas. 2010 erklärte die kurdische Autonomieregierung (KRG) unter Mesud Barzanî, dass binnen weniger Jahre täglich 1 Million Barrel Erdöl gefördert werde. Die Pläne sehen vor, die tägliche Förderung ab 2019 auf 2 Millionen Barrel zu erhöhen. Derzeit wird das Erdöl aus Süd-Kurdistan über die Türkei vermarktet, was längst zu rechtlichen Streitereien zwischen der irakischen Zentralregierung und der AKP-Regierung geführt hat. Die vorhandene Pipeline Kerkûk-Yumurtalık ist nicht darauf eingerichtet, täglich 1 Million Barrel Erdöl zu transportieren. Kapazitätserweiterungen der vorhandenen Pipeline wären teurer als eine neue Pipeline. Aus diesem Grund haben internationale Konzerne, die in Süd-Kurdistan immense Investitionen getätigt haben, einen Plan für den Neubau einer Pipeline entwickelt, die von Kerkûk aus startend über Nordsyrien (Rojava) den türkischen Umschlagsort Ceyhan erreichen soll.

Die geplante neue Pipeline ist übrigens auch für Israel und Katar von besonderer Bedeutung: 2010 wurden im östlichen Mittelmeer, im sog. Levante-Becken, Erdgasreserven entdeckt, deren Menge auf gigantische 3,5 Billionen Kubikmeter geschätzt wurden. Israel hat längst begonnen, im Tamar-Feld, ca. 100 km von seiner Küste entfernt, Erdgas zu fördern. In einigen Jahren soll im größeren Leviathan-Feld die Förderung starten. Israel und Zypern haben diesbezüglich Vereinbarungen getroffen, deren Rechtmäßigkeit die Türkei bestreitet. Die Türkei beansprucht die Region im östlichen Mittelmeer als eigene »Seewirtschaftszone« und sucht mit eigenen Schiffen nach geeigneten Förderstandorten.

Der Streit um das Erdgas im östlichen Mittelmeer wird jedoch auch von Kooperationsversuchen begleitet. Das ist kein Widerspruch, denn das eigentliche Problem für alle Akteure der Region ist nicht die Förderung von Energieträgern, sondern deren gesicherter Transport an die Konsumenten: nach

Europa und anderen westlichen Staaten. 2013 war in den türkischen Tageszeitungen zu lesen, dass Israel großes Interesse an der Vermarktung seines Erdgases über die Türkei zeige. Experten von BOTAS, dem staatlichen Pipeline-Unternehmen der Türkei, erklärten, dass die günstigste Route für das israelische Erdgas die Anbindung an die geplante neue Pipeline durch Rojava sein würde. Libanon kommt für Israel nicht in Frage, da die »Instabilität« dieses Landes von Israel als »hoch« eingestuft wird. Daher sehen die Pläne vor, dass das israelische Erdgas mit einer Pipeline von Israel über die Golan-Höhen und durch Syrien an die geplante Pipeline in Rojava (in Richtung der türkischen Stadt Kilis) angebunden und vom türkischen Energie-Umschlaghafen Ceyhan an die Weltmärkte transportiert wird.

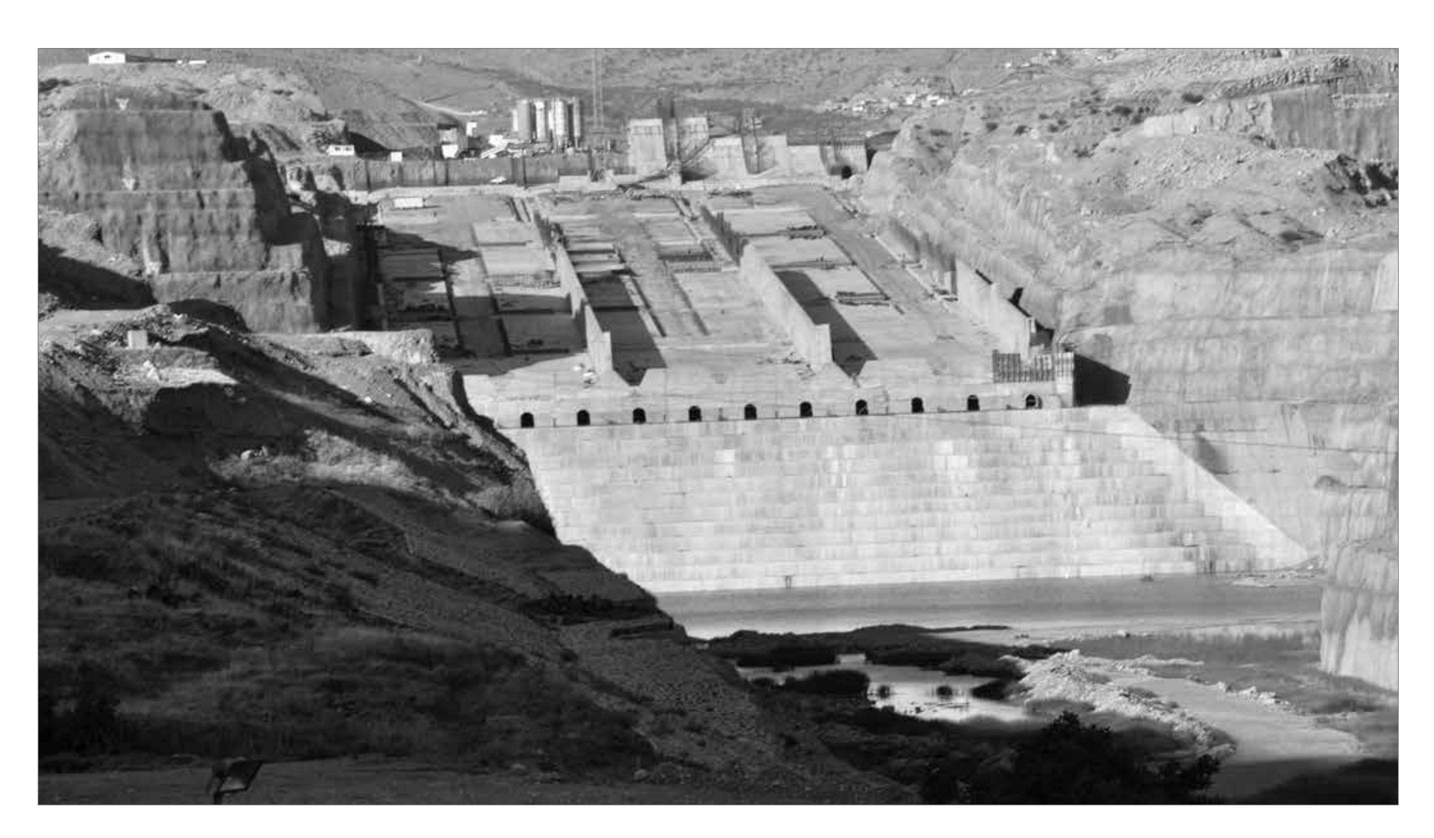
Auch Katar hat Interesse an einer Anbindung. Katar hält mit 25,4 Billionen Kubikmetern rund 14 Prozent aller bekannten Erdgasreserven in der Hand und ist Weltmarktführer bei dem Verkauf von verflüssigtem Erdgas. Da aber diese Liquid-Technologie relativ teuer ist und sowohl besonders eingerichtete Tanker für den Transport als auch geeignete Aufnahmehäfen benötigt, wäre eine Anbindung an die geplante Pipeline für Katar höchst ertragreich.

Die »kritische Ressource« Wasser als außenpolitische Waffe

Für Israel hätte eine solche Lösung einen großen Zusatznutzen: Über eine parallele Pipeline könnte kurdisches Wasser nach Israel geliefert werden, das an einem chronischen Wassermangel leidet. Aus dieser Perspektive betrachtet bekommt der Aufruf des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu, »die internationale Gemeinschaft« müsse »ein unabhängiges Kurdistan im Nordirak unterstützen«, einen ganz anderen Beigeschmack.

Für die Türkei wiederum hat die »kritische Ressource« Wasser immense wirtschaftliche und außenpolitische Bedeutung. In Anbetracht der Tatsache, dass die Auseinandersetzungen in den Wasser-Krisengebieten des Nahen Ostens schärfer werden, sieht die Türkei ihren Wasserreichtum nicht nur als ein strategisches Gut, sondern als eine außenpolitisch wirksame Waffe, die sie für ihre regionalimperialistischen Ambitionen nutzen kann.

Hier spielt das »Große Anatolien-Projekt« mit zahlreichen Dämmen eine wichtige Rolle. Dieses Projekt ist für die Was-



Initiative zur Rettung Hasankeyfs: »Nach der Arbeitsniederlegung der BauarbeiterInnen im August 2014 war das Projekt zunächst gestoppt. Nach Angaben des DSI waren vor der Arbeitsunterbrechung etwa achtzig Prozent des Staudamms fertiggestellt, einige Höhenmeter in der Staumauer, Teile der Überlaufrinne und der größte Teil des Wasserkraftwerks noch nicht.« Foto: Initiative zur Rettung Hasankeyfs

serversorgung in Syrien und im Irak eine große Bedrohung. Aber auch für andere Länder der Region wachsen die Wasserprobleme: Während Irak den Tigris in den Thartha-See umleitet und gedroht hatte, Syriens Euphrat-Damm, nahe der Stadt Tabqa, zu bombardieren, streiten sich seit langem die Israelis, Jordanier, Palästinenser und Syrer um die Nutzung des Jordans und der wasserführenden Schichten der Westbank. Die großen Probleme der Trinkwasserversorgung in den Golfkooperationsstaaten seien hier nicht mal benannt.

Es gibt Pläne der Türkei für die Flüsse Ceyhan und Seyhan, von denen aus mit Wasserpipelines an Israel, Jordanien, Saudi-Arabien und die Golfkooperationsstaaten Wasser verkauft werden soll. Diese Pläne (für insgesamt 3 Pipelines) wurden in den 1990er Jahren entwickelt und haben an Aktualität bis heute nichts verloren. Aber es gibt weitere Wasserprojekte der Türkei: Mitte 2000 wurde das »Manavgat-Projekt« bekannt, das vorsah, Wasser aus dem Manavgat-Fluss an Israel, Kreta, Libanon, Libyen, Malta und Zypern zu liefern. Die Türkei hat inzwischen eine der weltgrößten Wasseraufbereitungsanlagen gebaut. 2010 berichteten türkische Medien, dass Israel im Hafen von Ashkelon entsprechende große Wasseraufnahmeanlagen fertiggestellt habe. Eine Realisierung bedeutet für die Türkei ein lohnendes Geschäft, denn Schätzungen belegen, dass 2025 das jährlich verfügbare Trinkwasser pro Kopf in Israel 311 m³ (1990: 467 m³), in Libanon 809 m³ (1990: 1 407 m³), in Libyen nur 55 m³ (1990: 154 m³) und in Malta, wie seither, 75 m³ betragen wird.

Aufgrund der Rivalitäten zwischen der Türkei, Israel, Syrien und der irakischen Zentralregierung konnten die Wasserprojekte der Türkei bis heute nicht realisiert werden. Dennoch sind diese Pläne nicht vom Tisch, denn die Wasserprobleme der Region bleiben weiterhin akut. Insbesondere die AKP-Regierung hält daran fest. Während sie in einer neoliberalen Privatisierungsorgie Flüsse und sogar kleinste Bäche an internationale Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé verhökert, überall im Land den Bau von privaten Wasserkraftwerken fördert und den Dammbau – auch um die Bewegungsräume der PKK-Guerilla begrenzen zu können – mit aller Macht und gegen alle Widerstände weiterführt, setzt sie die Möglichkeit der Drosselung des Wassers gegen Irak und Syrien als Waffe ein.

Türkische Außenpolitik ist NATO-Politik

Trotz des Wachstumsrückgangs bleibt die Türkei eines der wichtigsten Schwellenländer, die zugleich für den Westen aus geopolitischen, geoökonomischen und geostrategischen Gründen unverzichtbar ist. Die Regierenden und die türkische Bourgeoisie sind sich dieser Situation wohl bewusst. Die NATO-Mitgliedschaft, die weiterhin fortgeführte strategische Partnerschaft mit den USA und Israel, die Kooptierung in die globalen Strategien durch G20-Mitgliedschaft und die seit den Zeiten des Kaisers Wilhelm mit Deutschland aufrechterhaltene Hauptkooperationsachse für »Sicherheit und ökonomische Stabilität« sind die Grundlagen, auf denen die türkische Außenpolitik gestaltet wird.

Das NATO-Mitglied Türkei unterhält nicht nur eine der 10 größten Armeen der Welt, die im Zuge des 30 Jahre andauernden schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung weitgehend modernisiert wurde, sondern hat inzwischen ihren militärisch-industriellen Komplex derart ausgeweitet (auch wenn vieles in Lizenz produziert wird), dass sie zu einem Rüstungsexporteur aufsteigen konnte.

Die Exportzahlen belegen das: 2013 hat sich der türkische Außenhandel mit Rüstungsgütern um 10 Prozent auf fast 1,5 Milliarden Euro gesteigert. Die meisten Rüstungsgüter wurden in die USA exportiert. Weitere Hauptabnehmer kommen aus der EU, dem Kaukasus, Golfstaaten und Südost-Asien. Bereits im Zeitraum von 2008 bis 2012 konnte im Waffenexport eine Steigerung von 43 Prozent realisiert werden. Zum türkischen Export-Portfolio der staatlichen wie privaten Rüstungsunternehmen gehören neben Flugzeugen und Kampfhubschraubern Flugzeugmotoren, die Kampfdrohne »Anka«, gepanzerte Landfahrzeuge, Schnellboote, Raketen, Abschussrampen, leichte Schusswaffen, militärische Digitalsysteme wie Sendeanlagen, »Command and control«-Systeme, Simulatoren sowie militärische Anwendungssoftware.

Sicher, die türkische Syrienpolitik wird von ihren NATO-Verbündeten argwöhnisch beäugt, und ohne Frage, die außenpolitischen Ziele der Türkei können als Fiasko bezeichnet werden. Es gibt viele Widersprüche zwischen Washington und Ankara, genauso gibt es viel Kritik aus Berlin und Brüssel. Eine ähnliche Situation ist in den Beziehungen zwischen der Obama-Administration und der israelischen Regierung zu beobachten. Aber niemand käme auf den Gedanken, der Westen könne wegen der Kritik an der Netanjahu-Regierung Israel jemals fallen lassen. Genauso ist es unwahrscheinlich, dass der Westen auf die Türkei (oder umgekehrt) verzichten würde. Die natürlichen Ressourcen der Region, deren Kontrolle und sicherer Transport in den Westen sowie die gewollte Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens sind maßgeblich bestimmend für jedes westliche Handeln. Die Türkei spielt hierbei eine der Hauptrollen. Wer daher die türkische Außenpolitik kritisieren will, muss die Kritik zuerst an Washington, Brüssel und Berlin richten. Denn türkische Außenpolitik ist nichts anderes als die maßstabsgetreue Umsetzung der NATO-Politik und dient zur Wahrung westlicher Interessen. ♦

Bauarbeiten am Ilısu-Staudamm könnten nach vier Monaten nun wieder aufgenommen werden!

Stop Ilısu – stoppt Zerstörung und Instabilität!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung Hasankeyfs, 05.12.2014

Das türkische Amt für Wasserwirtschaft (DSI) kündigte vor wenigen Wochen an, dass der Bau des hochumstrittenen Ilısu-Staudamms nach einer nun abgelaufenen viermonatigen Baupause unverzüglich wieder aufgenommen werde. Sollten die Bauarbeiten weitergehen, könnte der Ilısu-Damm am Tigris bereits nächstes Jahr fertiggestellt werden, mit der Konsequenz weitreichender sozialer, kultureller und ökologischer Zerstörung und einhergehend mit einer weiteren Destabilisierung der politischen Lage.

Die Bauarbeiten, richtig begonnen im Jahre 2010, nachdem neue Finanziers gefunden worden waren, waren im August 2014 gestoppt worden, nachdem alle ArbeiterInnen gekündigt hatten. Zuvor waren zwei führende Bauunternehmer von den Volksverteidigungskräften (HPG) festgenommen worden. Die Guerillaeinheiten der PKK hatten sie gewarnt, sich nicht weiter am Bau des Ilısu-Staudamms zu beteiligen, und beide nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß gelassen. Die PKK und andere BeobachterInnen teilen die Einschätzung, dass der Ilısu-Staudamm ein gegen sie gerichtetes Projekt ist, ein weiteres Werkzeug zur Assimilation der kurdischen Kultur.

Nach der Arbeitsniederlegung der BauarbeiterInnen im August 2014 war das Projekt zunächst gestoppt. Nach Angaben des DSI waren vor der Arbeitsunterbrechung etwa achtzig Prozent des Staudamms fertiggestellt, einige Höhenmeter in der Staumauer, Teile der Überlaufrinne und der größte Teil des Wasserkraftwerks noch nicht.

Das DSI wies zudem darauf hin, dass das Staudammgelände bei Wiederbeginn der Bauarbeiten von einem noch größeren Militärkontingent geschützt werden würde und zudem alle Zulieferwege für Konstruktionsmaterial militärisch abgesichert werden würden.

Ein Besuch der Anlage durch unsere Initiative Mitte November 2014 zeigte auf, dass die umgesiedelte Bevölkerung des Ilısu-Dorfes unter schrecklichen Bedingungen lebt. Viele sind verschuldet, da die neuen Häuser in etwa doppelt so viel kosten wie ihre alten. Während der Bauarbeiten gab es kurzfristig Beschäftigungsmöglichkeiten, derzeit finden sie keinerlei Lohnarbeit. In der Region gibt es keine Einkommensmöglichkeiten – nicht zuletzt, da ihnen ihr Land genommen wurde. Auch die soziale Infrastruktur ist mangelhaft, fast keines der Versprechen ist eingehalten worden. Bis heute sind nur eine Grundschule und ein Spielplatz gebaut worden. Inzwischen sieht niemand aus den 45 Familien des Ilısu-Dorfes das Ilısu-Staudamm-Projekt noch als positive Investition an.

In der Region haben seit 2006 alle Lokalbehörden ihre Ablehnung des Ilısu-Staudamm-Projekts zum Ausdruck gebracht. Trotzdem begann die Zentralregierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung mit den Bauarbeiten.

Wir fordern das DSI auf zu bedenken, dass der Ilısu-Staudamm eine Katastrophe für 80 000 direkt betroffene Menschen in der Region darstellt und überregional noch mehr Menschen betroffen werden. Die einzigartige Natur und das außergewöhnliche Kulturerbe der Region würden unwiederbringlich zerstört werden, wenn die Bauarbeiten wieder begännen. Zudem würde die politische Situation in der Türkei weiter destabilisiert werden, da sich eine militärische Intervention der PKK wiederholen könnte. Dies könnte weitreichende, negative Folgen für den Verhandlungsprozess zwischen PKK und türkischem Staat haben. Auch der Irak wäre betroffen. Die anhaltenden Kämpfe in der Region in den letzten Monaten haben gezeigt, wie große Wasserkraft- und Infrastrukturprojekte das Konfliktpotential anheizen.

Es gibt in der Türkei kein mit dem Ilısu-Staudamm vergleichbares Projekt hinsichtlich Zerstörungs- und Konfliktpotenzial. Dementsprechend fordern wir alle auf, vor allem die Zivilgesellschaft und PolitikerInnen in Türkei, Irak, Mittelost und Europa, gegen die Entscheidung des DSI, die Bauarbeiten am Ilısu-Staudamm wieder aufzunehmen, zu protestieren. Vom Staudamm profitieren in erster Linie einige wenige Unternehmen und die Regionalmachtbestrebungen der Türkei. Politischer Druck auf die Türkei ist jetzt so dringend wie nie.

Mehr Informationen sind zu finden unter:
www.ekopotamya.net | www.suhakki.org | www.stopilisu.com

Interview mit Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann, Geschäftsführer der Berghof Foundation

Einigung auf Teilziele und Verhandlungstransparenz

Devrim Arslan und Meral Çiçek

Zwischen dem 10. und dem 11. Dezember 2014 fand die mittlerweile 11. Konferenz zur kurdischen Frage im EU-Parlament in Brüssel statt. Die von der EUTCC (European Union Turkey Civic Commission) und der EU-Parlaments-Fraktion GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken) gemeinsam organisierte Konferenz lief dieses Jahr unter dem Titel »Chaos und Krise im Mittleren Osten: die neue regionale Ordnung und die KurdInnen«. Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann, Geschäftsführer der Berghof Foundation, nahm in diesem Jahr zum ersten Mal teil. In diesem Rahmen wurde er zum aktuellen Verhandlungsprozess zwischen der PKK und dem türkischen Staat befragt.

Sie verfolgen den Verhandlungsprozess in der Türkei aufmerksam mit. Wie bewerten Sie die aktuelle Situation?

Der Verhandlungsprozess befindet sich in einer sehr kritischen Situation, weil sich inzwischen die äußeren Rahmenbedingungen so verändern, dass das auch Auswirkungen hat auf diesen sehr komplizierten und langwierigen Friedens- uns Verhandlungsprozess in der Türkei selbst. Man kann auch nicht auf Zeit setzen, weil zu befürchten ist, dass sich die äußeren Rahmenbedingungen noch weiter verschlechtern könnten demnächst. Das heißt, es ist jetzt eigentlich der Moment, wo alle beteiligten Seiten, die türkische Seite, aber natürlich auch die kurdische Seite, alle Anstrengungen unternehmen müssen, um diesen Prozess nicht nur am Laufen zu halten, sondern jetzt auch zu sichtbaren Ergebnissen zu kommen. Und wenn es nur einzelne und kleine Ergebnisse sind. Ich glaube, im Moment ist es sehr wichtig, dass bestimmte, symbolisch auch repräsentierbare Ergebnisse öffentlich werden, um auf allen Seiten sichtbar zu machen, dass sich der Verhandlungsprozess lohnt. Man kann nicht einfach nur zusammensitzen, über lange Monate oder Jahre hinweg, inzwischen dauert der Verhandlungsprozess seit zwei Jahren an, ohne an einem Punkt zu zeigen im jeweiligen Bevölkerungsteil, dieser Prozess lohnt sich, er bringt Fortschritte für die beteiligten Seiten. Und deshalb ist es so wichtig jetzt, in dieser Zeit nicht zu verzagen, sich nicht dazu einzulassen, sich von den äußeren Rahmenbedingungen negativ beeinflussen zu lassen. Sondern im Gegenteil. Eigentlich ist jetzt der Moment gekommen, wo man wirklich zu wichtigen, konstruktiven Schritten kommen muss.

Was für konkrete Schritte müssten jetzt angegangen werden?

Es besteht die große Gefahr, dass in der gegenwärtigen Situation der Verhandlungsprozess sogar abgebrochen werden könnte, weil aufgrund der Kriegssituation im Süden des Landes, aufgrund des Umfeldes, wie es sich jetzt entwickelt, die Verhandlung sozusagen zum Prüfstein dazu gemacht wird, ob sich diese Kriegssituation entspannt. Deshalb denke ich, das Allerwichtigste wäre jetzt, ein deutliches Signal zu setzen, was die Anerkennung der Verhandlungsparteien betrifft. Also in dem Falle der PKK bzw. von Herrn Öcalan, nicht nur ihn als Person zu sehen, sondern eben auch tatsächlich als anerkannten Verhandlungspartner zu sehen. Und nicht zu versuchen, die Verhandlungen zu instrumentalisieren und sozusagen zur politischen Geisel zu nehmen zur Durchsetzung der eigenen Ziele.

Was denken Sie, was die PKK an dieser Stelle machen müsste?

Ich denke, die kurdische Seite sollte deutlich erklären, dass sie bereit ist, den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten, wenn die türkische Seite bereit ist, in dem Verhandlungsprozess sich weiter konstruktiv zu engagieren und die Unterstützung für ISIS einzustellen. Ich glaube, diese Verknüpfung muss her,

aber gleichzeitig muss auch ein klares Signal her, dass, wenn ISIS beispielsweise versucht, Stellungen der Kurden – Kobanê vielleicht nicht mehr, aber andere Stellungen der Kurden – zu zerstören, dass das dann als Drohpotential genutzt wird, um den Verhandlungsprozess abzubrechen, diese Verknüpfung ist, glaube ich, nicht sehr gut. Es wäre jetzt meines Erachtens ein deutliches Signal auch zu senden, dass die PKK bereit ist, den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten, aber dafür muss die türkische Seite auch bereit sein, ernsthaft zu verhandeln.



Am 10. und 11. Dezember 2014 fand die 11. Konferenz zur kurdischen Frage im EU-Parlament in Brüssel statt. Die von der EUTCC und der EU-Parlaments-Fraktion GUE/NGL gemeinsam organisierte Konferenz fand dieses Jahr unter dem Titel »Chaos und Krise im Mittleren Osten: Die neue regionale Ordnung und die KurdInnen« statt.
Foto: ANF

Im Augenblick ist es ja gerade umgekehrt, dass die kurdische Seite droht, den Waffenstillstand aufzukündigen, wenn die Verhandlungen nicht konstruktiv geführt werden. Meines Erachtens muss das Signal andersherum gesendet werden, weil dann auch die internationale Unterstützung für die kurdische Seite bleibt. Also wenn man sagt, wir wollen den Waffenstillstand aufrechterhalten, aber wir wollen halt auch, dass vernünftig verhandelt wird.

Sie haben in Ihrem Redebeitrag vom negativen Potential der zunehmenden Verflechtung von nationalen, transnationalen, regionalen und internationalen Interessen im Mittleren Osten gesprochen. Kann dies nicht auch eine Chance für den Lösungsprozess darstellen?

In jedem Problem liegt natürlich eine Chance. Aber im Augenblick scheint mir die Entwicklung dahingehend zu sein, dass große geopolitische Fragen in den Vordergrund rücken. Und damit auch ordnungspolitische Fragen in einer Region. Die Türkei selbst versucht ja, aus der gegenwärtigen Situation für sich geopolitisch im Nahen Osten Kapital zu schlagen. Das führt diesen politischen Prozess, der ja notwendig ist, auf eine sehr risikoreiche Bahn für alle Beteiligten. Sodass ich glaube, dass im Augenblick die Risiken überwiegen. Ich denke auch, wir werden vielleicht nach dem März 2015 in Israel eine sehr konservative, sehr rechtsgerichtete Regierung haben. Das wird auch zu zusätzlichen Spannungen in der Region führen. Ich habe auch das Beispiel der Nichtverbreitungskonferenz gebracht, die im Mai stattfindet. Wenn es bis dahin nicht gelingt, einen Deal mit dem Iran zu schließen über das Nuklearprogramm, könnte die Region sehr schnell zu einem Pulverfass werden. Das heißt, im Augenblick sehe ich größere Schwierigkeiten. Aber Sie haben natürlich völlig recht; das Interesse daran, die Türkei und auch die benachbarten Staaten, vor allem Irak, Jordanien, vielleicht auch Syrien, wieder zu stabilisieren, ist etwas, was alle Staaten in Europa, aber auch die USA in hohem Maße interessiert, und insofern ist es jetzt, glaube ich, auch an der Zeit, die Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft, sich für diesen Prozess zu engagieren, auch Druck auszuüben auf die beteiligten Parteien, diese Stunde ist eigentlich jetzt gekommen.

Denken Sie, dass bisher vonseiten Europas die notwendige Unterstützung für diesen Prozess gekommen ist?

Ich sehe das leider nicht in dem Maße, in dem es notwendig wäre. Ich meine, wenn jetzt bestimmte Waffen geliefert werden, auch an Peschmerga beispielsweise, dann hat das eher mit den europäischen Interessen, sozusagen dem Schutz des europäischen Raums zu tun als mit dem Problem der Menschen vor Ort. Wir haben gesehen bei den Êzîden, wie lange das gedauert hat, bis überhaupt irgendeine Reaktion erfolgt ist. Das heißt, ich sehe die Unterstützung nicht in dem Maße gegeben, wie es notwendig wäre.

Sie hatten auch von der Wichtigkeit der Transparenz des Prozesses gesprochen. Ist es Ihrer Meinung nach möglich, für die Transparenz des Prozesses Druck auf die türkische Regierung auszuüben? Wer müsste da aktiv werden?

Druck ist sicherlich richtig und wichtig. Aber ich glaube fast, es braucht auch eine gewisse professionelle Begleitung und Beratung der Verhandlungsdelegation. Weil, was ich im Augenblick nicht sehe, ist tatsächlich eine transparente Agenda. Die Erwartungen auf beiden Seiten sind so groß, dass die Verhandlungen eigentlich nur scheitern können. Was also notwendig wäre, wäre eine Einigung auf die sozusagen Teilziele der Verhandlungen und die müssten auch transparent nach außen kommuniziert werden, damit klar ist, das sind die Benchmarks, das sind die Positionen, das wollen wir zur Diskussion bringen, und das fehlt meines Erachtens, sodass das Misstrauen auf der kurdischen Seite vielleicht größer ist als auf der türkischen, aber vielleicht auch auf der türkischen Seite da ist, dass die Verhandlungen vielleicht für irgendwelche anderen Zwecke benutzt werden können, und ich glaube, das muss einfach beseitigt werden, sonst haben die Verhandlungen gar keinen Sinn.

Die kurdische Seite fordert eine dritte Seite als Mediator. Was könnte solch eine dritte Seite momentan für eine Rolle spielen?

Beide Seiten müssen einen Mediator wollen. Wenn sie eine Mediation wollen, macht ein Mediator Sinn. Wenn sie aber einen Mediator nur benutzen wollen, um damit ihre eigenen Positionen zu verteidigen, dann macht eine Mediation keinen Sinn. Ich sehe im Augenblick die Voraussetzungen dafür, dass eine dritte Partei akzeptiert wird, für eine Mediation, auf der türkischen Seite nicht sehr stark entwickelt. Auf der kurdischen Seite vielleicht schon. Aber die Voraussetzung wäre wirklich, es müssen beide. Wenn man keine Drittpartei gewinnen kann für eine Mediation, gibt es noch eine andere Möglichkeit. Und das ist eine Insider-Mediation. Das heißt also, dass man sich einen Expertenrat holt, für die Entwicklung der eigenen Verhandlungspositionen. Das könnte gleichzeitig auf der kurdischen Seite wie auf der türkischen Seite erfolgen durch entsprechend respektierte Persönlichkeiten, die also jeweils von der jeweiligen Seite akzeptiert werden.

Sehen Sie in aktuellen Beispielen, wie jetzt in Kolumbien oder in Nordirland, Modelle, die dem Prozess in der Türkei nutzbar wären?

Beispiele sind natürlich immer schwierig. Bei den kolumbianischen Verhandlungen gibt es ja keinen Waffenstillstand, sondern es ist mehr sozusagen ein stillschweigendes Einverständnis, dass man miteinander verhandelt, und die kolumbianische Seite, die FARC-Rebellen glauben, dass sie am Verhandlungstisch politische Kraft verlieren, wenn sie das militärische Druckmittel aufgeben. Insofern ist das Beispiel nur bedingt vergleichbar. Aber was die Verhandlungen vielleicht als Modell anbieten können, ist die Unterteilung des Verhandlungsprozesses in bestimmte Pakete. Es gibt also ein Paket, das sich befasst mit Landfragen. Es gibt ein Paket, das sich befasst mit »Dealing with the past«, also Versöhnungsprozessen. Es gibt Pakete, die sich sozusagen mit der Reintegration von ehemaligen Kombattanten befasst, und das könnte man natürlich auch tun, weil das die Möglichkeit erlauben würde, sich zunächst einmal auf die Bereiche zu fokussieren, wo man vielleicht eine Einigung bekommt, um damit auch symbolhaft die Möglichkeit von Verhandlungsmöglichkeiten zu demonstrieren, um sich dann später den schwierigeren Paketen zuzuwenden. Ich glaube, das wäre sicherlich eine Lehre, die man aus dem kolumbianischen Prozess ziehen kann, wo man sich inzwischen, auch wenn die Verhandlungen sehr viel länger dauern, schon auf drei Pakete geeinigt hat. Also drei Pakete hat und gleichzeitig aber auch sagt, jedes einzelne Paket wird erst dann gültig sein, wenn das Gesamtpaket geschlossen ist. Also niemand ist übervorteilt, wenn man sich in einem Teil einigt und in einem anderen noch nicht.

Es gibt vielleicht noch ein Beispiel. Damit könnte man die Türkei ansprechen. Die Türkei hat eine konstruktive Rolle gespielt bei der »Group of friends« für das Friedensabkommen auf den Philippinen. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass die Türkei für sich selbst nicht eine dritte Partei oder eine »Group of friends« mit anderen Staaten anerkennen will.

Und wir kennen aus dem baskischen Friedensprozess, der ja auch sehr kompliziert ist, das Modell einer Gruppe von »Eminent persons«, mit Kofi Annan und Gro Harlem Brundtland. Das wäre also auch eine Möglichkeit. Dass man nicht über Staaten nachdenkt, weil Staaten eigene Interessen vielleicht haben, sondern eine Gruppe von weltweit anerkannten Persönlichkeiten.

Was würde die politische Lösung der kurdischen Frage der Türkei bringen?

Stabilität, sowohl innenpolitisch ein hohes Maß an Reputation, weil sie in der Lage gewesen ist, ein schwieriges politisches Konzept nach vielen Jahren auch politisch zu lösen und nicht militärisch. Und es würde sicherlich ökonomisch dem Land einen großen Auftrieb verleihen, wenn es gelänge, dieses politische Problem gewaltfrei zu lösen. ♦

Berghof Foundation: ist eine unabhängige und gemeinnützige NGO. Sie unterstützt Konfliktparteien und andere Akteure in ihren Bemühungen, durch Friedensförderung und Konflikttransformation dauerhaften Frieden zu erreichen.

Friedensverhandlungen im internationalen Kontext

»Nur freie Menschen können Verhandlungen führen«

Havin Güneşer

Vom Ende des Kalten Krieges bis heute wurden, neben hunderten weiteren Abkommen, weltweit vierzig umfassende Friedensverträge unterschrieben. Auch wenn es in einigen Fällen wieder zu einem Übergang in eine kriegerische Situation kam, gab es an einigen Orten wie Südafrika und Nordirland eine Form von Lösung in der Hinsicht, dass kein bewaffneter Kampf mehr vonnöten ist. Auch wenn Friedensprozesse an verschiedenen Orten der Welt im Hinblick auf historische Eigenheiten, aktuelle Entwicklungen, Intensität und in Berücksichtigung des jeweiligen Kräftegleichgewichts einmalig sind, liegen ihnen allen das universelle Verhältnis und der universelle Widerspruch zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten zu Grunde. Auch wenn hier eine ausführliche Bewertung von Friedensprozessen den Rahmen sprengt, kann uns eine Beschäftigung mit ihnen im Kontext der gegenwärtigen verworrenen Gesprächsphase in der kurdischen Frage einige Erkenntnisse über die Gründe für positive oder negative Entwicklungen in den Friedensprozessen liefern ...

Diese Beschäftigung kann in Teilaspekte unterteilt werden:

Die Bedeutung von Führungspersönlichkeiten in Friedensprozessen

Die Erfahrung in Südafrika: Die Gespräche zwischen der südafrikanischen Regierung und Nelson Mandela liefen von Beginn der 1980er an über den Leiter des südafrikanischen Geheimdienstes (National Intelligence Agency, NIA), Niel Barnard. Während dieser Zeit nimmt Mandela im Gefängnis die Initiative in die Hand, das Südafrika-Regime von Gesprächen mit dem ANC zu überzeugen. Er konsultiert dabei nicht seine engen Freunde, da er denkt, dass sie eine solche Initiative ablehnen würden. Nebenbei ist anzufügen, dass es an Versuchen des Staates, sie aufeinanderzuhetzen, auch nicht gefehlt hat. 1985 erklärte der damalige Staatspräsident Botha in einer Parlamentsrede, dass er bereit sei, Mandela aus dem Gefängnis zu entlassen; Mandela selbst sei dafür jedoch das größte Hindernis. Das Einzige, was Mandela machen müsse, sei, so Botha, »bedingungslos die Gewalt als politisches Mittel abzulehnen«. Auf diese Bedingung antwortete Mandela: »Nur freie Menschen können Verhandlungen führen. Ohne dass sie und ich frei sind, dass das Volk frei ist, werde ich keiner Verpflichtung zustimmen.« Die Gespräche mit Mandela wurden unter sehr strenger Geheimhaltung geführt. Es wurde über notwendige gemeinsame Nenner für mögliche volle Friedensgespräche in der Zukunft gesprochen. Es entwickelte sich ein gewisses Vertrauen und Barnard überwies Mandela von der Gefängnisinsel Robben Island in das Pollsmoor-Gefängnis. Später fanden Gespräche mit dem damaligen Justizminister und Dutzenden Staatsvertretern statt. Diese Gespräche konkretisierten sich zum ersten Mal mit der Freilassung der zu zweimal lebenslänglich verurteilten Militanten. Das Regime schaute andererseits auf die möglichen Reaktionen der Öffentlichkeit. Ende des Jahres 1989 wurden sieben politische Gefangene, darunter auch Walter Sisulu, freigelassen. Von diesem Punkt an war keine Rückkehr von dem begonnenen Weg mehr möglich.

Nordirland: Am 10. April 1998 wurde Irland in die Liste der Länder aufgenommen, die nach 1990 Friedensverträge abschlossen. Zu den Architekten des Vertrages gehörten acht verschiedene politische Lokalparteien und die Regierungen von Großbritannien und der Republik Irland. Die USA unter Präsident Clinton hatten ebenfalls einen wichtigen architektonischen Einfluss und brachten gleichzeitig die Erfahrung der wenige Jahre vorher erfolgreich abgeschlossenen Friedensverhandlungen in Südafrika mit. Die Geschichte des nordirischen Friedensprozesses begann 1988 mit einem geheimen Dialog zwischen dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei und Sozialdemokraten, John Hume, und dem Anführer der Sinn Fein, Gerry Adams. Natürlich war in diesem Fall die dialogführende Führungspersönlichkeit nicht inhaftiert. Im März 1989 erklärte Gerry Adams: »Wir wollen als politische Bewegung ohne Waffen unsere Arbeit zur Bestimmung unseres Schicksals führen.« Die zunächst geheimen Gespräche wurden in den 1990er Jahren in einen offiziellen Gesprächsprozess überführt. Am 17. Februar 1992 veröffentlichte die Sinn Fein ein Dokument mit ihren Strategien zum politischen Friedensprozess. Dieser Pro-

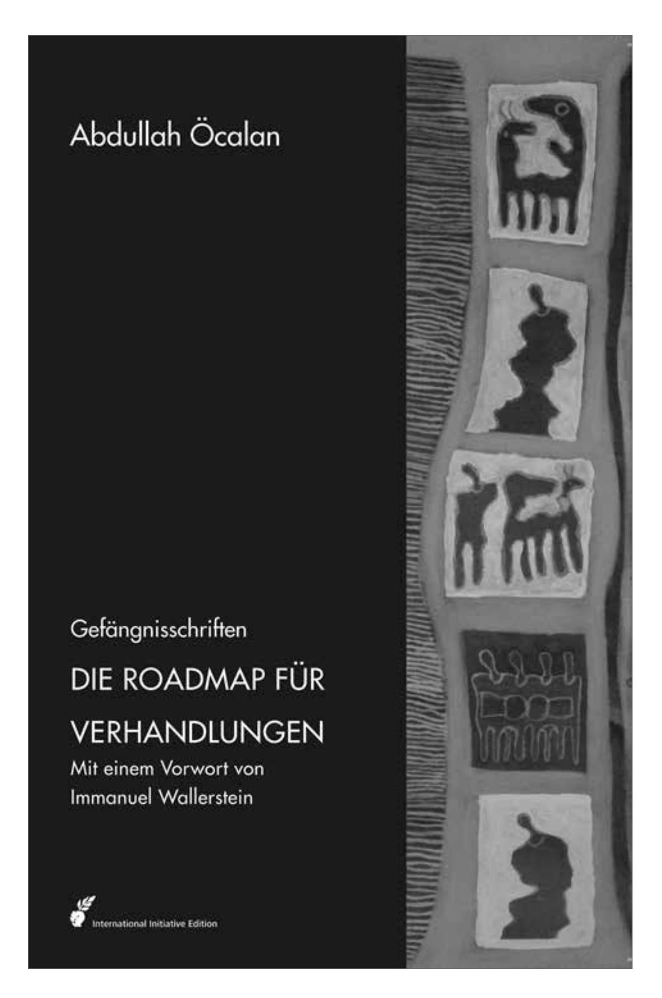
zess beschleunigte sich mit einer gegenseitigen Waffenruhe ab 1994 und am 31. August 1994 erklärte die IRA das Ende aller militärischen Aktivitäten. Die Entwaffnung selbst hat Jahre in Anspruch genommen. Aufgrund der vorherigen Ablehnung der IRA bei den Gesprächen zur Entwaffnung hatte der US-Senator George Mitchell zur Sprache gebracht, dass es auch vertrauensbildende Maßnahmen seitens der Regierung brauche. Die ab 1996 mit mehreren Parteien geführten Gespräche wurden im April 1998 mit der Unterzeichnung des Karfreitag-Abkommens abgeschlossen. Die IRA verwirklichte die erste Entwaffnung Ende 2001, die zweite im April des Jahres 2002 und die dritte Ende des Jahres 2003. Im September 2005 wurde dann eine offizielle Erklärung als Beweis der endgültigen Entwaffnung der IRA abgegeben. Bis zum Jahre 2007 ist dann eine gewisse Machtteilung sichtbar geworden. Der Kampf dauert unter neuen Blickwinkeln weiter an.

Der Prozess in Nordkurdistan: Die entscheidende Tatsache hier ist die Dialogsuche der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan, die auch vor seiner Entführung bestanden hatte. Seine Tendenz, das Problem auf friedlichem und politischem Wege zu lösen, hat sich besonders ab 1993 gezeigt. Der Preis dafür waren die mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgte Tötung des türkischen Präsidenten Turgut Özal und das vorzeitige Absetzen von Ministerpräsident Necmettin Erbakan. Die PKK mit der Führungspersönlichkeit Öcalan hatte vor dem internationalen Komplott vom 15. Februar 1999 in den Jahren 1993, 1995 und 1998 drei einseitige Waffenstillstände ausgerufen und den Dialog gesucht. Die Bewegung und die Basis wussten also von dieser Dialogbereitschaft und dem Lösungswunsch Öcalans bereits vor seiner Entführung.

Die Roadmap zu Verhandlungen

Südafrika: Im Mai des Jahres 1989 erklärte Oliver Tambo: »Es hat ein ernsthaftes Wettrennen darum begonnen, wer in unserem Land die Entwicklungen kontrolliert, und wir müssen dabei die Vorreiterrolle spielen.« Um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und um die Vorreiterrolle zu spielen, bereitete Tambo ein Dokument vor, das im August 1989 veröffentlicht wurde. Das sogenannte Harare-Dokument wurde nach Gesprächen mit verschiedenen Führungspersonen in Südafrika, mit dem inhaftierten Mandela und mit einigen Anführern afrikanischer Staaten vorbereitet. Das von jedem bestätigte Dokument hatte die Bewegung auf alle Entwicklungen vorbereitet und keinen Raum für Intransparenz in einer möglichen Verhandlung gelassen.

Nordkurdistan: Herr Öcalan, der insgesamt sechzig Bücher verfasst hat, schrieb auf der Gefängnisinsel Imralı von 1999 bis 2012 zwölf Bücher. Mit deren Hilfe legte er sowohl seine Ansichten als auch seine Lösungsvorschläge auf detaillierte Art und Weise dar. Zusätzlich verschriftlichte er seine Lösungsvorschläge und übergab sie am 15. August 2009 dem türkischen Staat. Vor der Fertigstellung dieser Dokumente hatte er seine Genossen innerhalb der Bewegung als auch bekannte Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb des Landes um ihre Sichtweisen gebeten. Ich erinnere mich, dass wir in diesem Rahmen viele Persönlichkeiten im Ausland um Vorschläge baten. Dann stellte er unter Beachtung all dieser Meinungen ein Dokument fertig und händigte es an einem bedeutungsvollen und symbolischen Tag dem Staat aus *[Anm. d. Üb.: am 15. Februar 1984 begann der Guerillakampf der PKK]*. Immer noch gab es von verschiedensten Seiten keinen Widerspruch gegen seine Lösungsvorschläge. Der Staat gab das Dokument nicht weiter und versuchte lange Zeit, dessen Veröffentlichung zu verhindern. Das erste Mal wurde es vom Mezopotamya Verlag im



»Herr Öcalan, der insgesamt sechzig Bücher verfasst hat, schrieb auf der Gefängnisinsel Imralı von 1999 bis 2012 zwölf Bücher. Mit deren Hilfe legte er sowohl seine Ansichten als auch seine Lösungsvorschläge auf detaillierte Art und Weise dar.«

Jahr 2011 gedruckt. Die vielen Versuche des Staates, Verwirrung zu stiften, sind somit gescheitert.

Der Verhandlungsprozess und die Annäherung des Staates anhand des Beispiels Südafrika

Im Jahr 1989 erstarkte mit der Ernennung von F. W. de Klerk zum südafrikanischen Präsidenten auch die Hoffnung auf eine friedliche Lösung. Mit seiner Eröffnungsrede im Parlament im Februar 1990 nahmen die Entwicklungen an Geschwindigkeit zu. In dieser Rede erklärte er, dass das Verbot des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und anderer Organisationen aufgehoben und Nelson Mandela nach 27 Jahren freigelassen werde.

So begannen am 4. Mai 1990 die offiziellen Verhandlungen zwischen ANC und südafrikanischer Regierung. Neben vielen anderen Beschlüssen wurden auch die Freilassung der politischen Gefangenen und die Rückkehr der Vertriebenen vereinbart. Am 6. August 1990 kam die Vereinbarung über die Einstellung des bewaffneten Kampfes durch den militärischen Flügel des ANC, den Umkhonto we Sizwe, hinzu. Für die offiziellen Verhandlungen wurde am 14. September 1991 ein sehr wichtiger Schritt getan. Nicht mehr nur der ANC und die Regierung, sondern 27 politische Organisationen und die gesamte Regierung nahmen an den Sitzungen teil. Diese Sitzungen brachten die »CODESA«, die »Konvention für ein Demokratisches Südafrika«, hervor.

Die erste CODESA-Sitzung wurde am 20. Dezember 1991, also zwei Jahre nach der Freilassung Mandelas und der Aufhebung des ANC-Verbots, verwirklicht. Hier waren 19 Gruppen vertreten, doch die weiße, rechte Partei der Konservativen und der linke Panafrikanische Kongress boykottierten die Sitzung. Aufgrund der erlebten politischen Entwicklungen und um eine Zustimmung zum Prozess zu bekommen, ließ de Klerk ein Referendum in der weißen Bevölkerung durchführen. 68 Prozent der Wähler erklärten, der Weg solle fortgesetzt werden.

Im Mai 1992 begann die zweite Sitzung der CODESA. Doch im Juni 1992 ereignete sich in Boipatong ein Massaker; 45 Menschen wurden von INKATHA-Parteianhängern ermordet. Mandela beschuldigte die Regierung de Klerks als mitverantwortlich und zog den ANC aus den Verhandlungen zurück. So endete die zweite CODESA-Sitzung ohne Ergebnisse. Der ANC brachte seine Anhänger wieder auf die Straße und im September 1992 eröffnete die Armee das Feuer auf eine Protestkundgebung. Bei dem Bisho-Massaker verloren 29 Menschen ihr Leben. Dies war für alle eine scharfe Warnung, sich auf die Suche nach einer politischen Lösung zu begeben. Für diese Lösungssuche stellte der Vorschlag des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Joe Slovo, einen Wendepunkt dar. Er schlug den Regierungsantritt einer Koalition für fünf Jahre vor den nächsten demokratischen Wahlen vor. Am 26. September 1992 begannen auf Initiative Mandelas und de Klerks wieder die Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung mit der Vereinbarung eines neuen Verfassungsentwurfs, dem Aufbau einer Übergangsregierung und der Freilassung der politischen Gefangenen. Im April 1993 wurden die Sitzungen wieder unter dem Namen des Multiparty Negotiating Forum (MPNF) geführt. Der Hauptunterschied zur CODESA war, dass daran alle Parteien teilnahmen. Am 10. April 1993 wurde einer der führenden Aktivisten, *[SACP-Generalsekretär und Stabschef des Umkhonto we Sizwe]* Chris Hani, ermordet. Das stoppte jedoch nicht die Verhandlungen, sondern beschleunigte sie vielmehr.

Am 18. November 1993 wurde eine Übergangsverfassung bestätigt. Ein provisorisches Exekutivkomitee verwaltete das Land bis zu den Wahlen am 27. November 1994. Der bewaffnete Flügel des ANC wurde im Dezember 1994, also acht Monate nach der Konstituierung einer Regierung gemäß demokratischen Wahlen, aufgelöst.

Das Beispiel Nordkurdistan

Ein Staat, der nicht die notwendigen Schritte unternimmt und keinen Fortschritt bringt, zerstört sehr schnell das sowieso kaum vorhandene Vertrauen. Die fehlende aufrichtige Annäherung an das humanistische Thema der kranken Gefangenen führte in den vergangenen Monaten zu Todesfällen bei politischen Gefangenen; eine solche Haltung nährt die Gedanken, dass sich der Friedensprozess nicht entwickeln werde. Es ist verständlich, dass die AKP-Regierung und der türkische Staat im Allgemeinen nicht an dem Punkt stehen, »das größte Bedürfnis nach Frieden« zu haben. *[Vizepremier]* Bülent Arınç tat mit seiner Äußerung »Für uns ist eine Lösung nicht notwendig« die Haltung der Regierung kund. Eigentlich hat in dieser politischen Konjunktur der türkische Staat die Lösung am meisten nötig; erst recht zu einer Zeit, in der die Zukunft schwer vorauszusagen ist …

Wie sich auch im Falle der Roadmap zeigte, ist die grundlegende Annäherungsweise der AKP-Regierung »verhindern, verzögern, hinhalten«. Es kommt ihr nicht in den Sinn, wie in Südafrika mutige Schritte zu unternehmen, also von Anfang an die Führungspersönlichkeiten der Bewegung und die politischen Gefangenen freizulassen und die verbotenen Organisationen zu legalisieren. In Südafrika hatte der Prozess damit erst richtig begonnen.

Friedensgespräche in Kolumbien am seidenen Faden

Um dem seit fünfzig Jahren währenden Krieg in Kolumbien ein Ende zu setzen, dauern seit zwei Jahren Gespräche zwischen der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos und den FARC an. Nach der Festnahme des Generals Ruben Dario Alzate und seiner zwei Begleiter am 16. November 2014 durch die FARC-Guerilla hat die kolumbianische Regierung die Verhandlungen gestoppt.

Am 20. November kündigten die FARC die Freilassung des Generals an, riefen zu einem gegenseitigen Waffenstillstand auf und forderten eine Fortsetzung der Verhandlungen.

Karfreitags-Abkommen

Der dreißig Jahre währende blutige Bürgerkrieg in Irland fand sein Ende mit der Unterzeichnung des »Karfreitags-Abkommens« am 10. April 1998 in Belfast. Dem Abkommen zufolge stimmte die IRA der Entwaffnung zu, England ließ die IRA-Verurteilten frei, zog das Militär aus Nordirland ab und gewährte Nordirland das Recht auf Selbstverwaltung. Premierminister Tony Blair bewertete auf der Pressekonferenz das Abkommen als »Sieg des Mutes« und erklärte, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber der Geschichte gerecht geworden seien. Doch die eigentlichen Aufgaben lägen jetzt noch vor ihnen. Das Wichtigste sei, den Frieden dauerhaft zu machen. Der Anführer der Sinn Fein, Gerry Adams, betonte, dass sie nicht davon abrücken würden, die Insel Irland zu einem Staat zu einen, und niemals aus dem Prozess austreten würden. Das Referendum über das Abkommen fand 71 % Zustimmung. So wurde in Nordirland nach dreißig Jahren Krieg und dreizehn Jahre währenden Friedensgesprächen ein großer Schritt in Richtung Frieden getan. Die IRA stellte elf Jahre nach ihrem ersten erklärten Waffenstillstand 1994 am 1. September 2005 offiziell den bewaffneten Kampf ein und schloss den Friedensprozess mit der ersten Versammlung im Parlament von Nordirland 2007 ab. ♦

Havin Güneşer, Journalistin und Sprecherin der Internationalen Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan«
(aus dem Magazin PolitikART der Yeni Özgür Politika vom 26.11.2014)

Anstelle des traditionellen politischen Elitismus und des bewaffneten Kampfes dringen jetzt neue Phänomene vor: große Volksbewegungen

Neue Perspektiven für das Baskenland

Samara Velte, Journalist und Schriftsteller

2014 sollte das Jahr der kleinen Nationen Westeuropas sein: Schottland stimmte im September über die Unabhängigkeit ab, und Katalonien läuft geradeaus zu einem Selbstbestimmungsprozess ohne die Unterstützung der spanischen Regierung. In beiden Fällen ist das Ziel die Unabhängigkeit und das Mittel eine Volksabstimmung.

Nun beginnt auch das Baskenland, in diese Richtung zu schauen. In der Vergangenheit waren die wichtigsten Referenzen für die baskische Unabhängigkeitsbewegung eher Fälle wie Nordirland oder Kurdistan, wo der politische Prozess massiv vom bewaffneten Konflikt überschattet wurde. Man sprach von Märtyrern, von Opfern des Konflikts und von der Notwendigkeit, die tief gespaltene Gesellschaft zu versöhnen, bevor man sich überhaupt überlegen konnte, was man aus dieser Gesellschaft in der Zukunft machen wollte.

Im Oktober 2011 gab die Organisation Euskadi Ta Askatasuna (ETA, »Baskenland und Freiheit«) bekannt, dass sie entschieden hatte, ihre bewaffneten Aktivitäten zu beenden; weni-

ge Monate später übergab sie einen Teil ihrer Waffen an internationale Beobachter, als Beweis ihrer Absichten. Sie forderte alle Parteien auf, sich im politischen Prozess zu engagieren. Doch die spanische Regierung blieb unbeweglich und hielt an ihrem jahrzehntelangen Dogma fest: Bis sich ETA komplett auflöst, wird Madrid nichts tun.

Im Baskenland ist diese Haltung bekannt. Inzwischen lösen Madrids Worte nur noch Skepsis aus: Wenige glauben, dass die spanische Regierung jemals vorhatte, auch nur einen Millimeter von ihrer militärisch-repressiven Strategie gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung abzuweichen. Im Gegenteil: Der Staat hat die wichtigsten Versuche, die Forderungen der Ezker Abertzalea (»Patriotische Linke«) in die politische Arena zu bringen, niedergeschlagen, bevor die Vorschläge überhaupt öffentlich wurden. So wurden sämtliche Parteien der Ezker Abertzalea bis vor knapp vier Jahren illegalisiert und die wichtigsten politischen Figuren und Ideologen wie Arnaldo Otegi verhaftet, eingesperrt und, oftmals, gefoltert.

Otegi selbst behauptete vor einem Monat – in einem Interview, das er der Zeitung »Berria« vom Gefängnis aus gab –, dass die baskische Gesellschaft »nie an einen nationsaufbauenden Prozess denken wird, solange sie sich nur mit den Folgen des Konflikts beschäftigt«. Möglicherweise basiert Madrids Strategie auch darauf: Während in Katalonien über Demokratie, Grundrechte und Fortschritt diskutiert wird, fragen sich die Basken immer noch, was mit ihren fast 800 politischen Gefangenen und mehreren hundert Flüchtlingen passieren soll.

Trotz allem wächst seit einigen Jahren auch eine neue Generation im Baskenland heran, die nicht so sehr an der Vergangenheit hängt, sondern neue Vorschläge für das kulturell und politisch unterdrückte Volk fordert. Dabei geht es natürlich nicht darum, die Gefangenen und Opfer des Konflikts zu vergessen, sondern vielmehr eine neue baskische Gesellschaft zu schaffen, die ideologisch weniger von Madrid abhängt. Anstelle des traditionellen politischen Elitismus und des bewaffneten Kampfes dringen jetzt neue Phänomene vor: große Volksbewegungen unter der Parole »Wir sind ein Volk, wir wollen entscheiden« und mehrere Beispiele zivilen Ungehorsams als politische Forderung für Selbstbestimmung.



»Am 8. November, dem Tag vor Kataloniens inoffizieller Abstimmung über die Unabhängigkeit, mobilisierte Gure Esku Dago 10 000 Menschen, um ein riesiges Mosaik zusammenzustellen: Das Bild, von der Luft aus gesehen, zeigte eine Wahlurne.«
Foto: Samara Velte

Die sichtbarsten Symbole dieser neuen Bewegungen waren in den letzten Jahren die Organisation Gure Esku Dago (»Es liegt in unserer Hand«) und die sogenannten Askeguneak (»Freie Räume«). Erstere organisierte am 8. Juni 2014 eine 123 Kilometer lange Menschenkette quer durch das Baskenland; mehr als 150 000 Menschen nahmen daran teil. Am 8. November, dem Tag vor Kataloniens inoffizieller Abstimmung über die Unabhängigkeit, mobilisierte Gure Esku Dago 10 000 Menschen, um ein riesiges Mosaik zusammenzustellen: Das Bild, von der Luft aus gesehen, zeigte eine Wahlurne. Im kommenden Jahr will die Gruppe größere Initiativen organisieren, um so viele Bürger wie möglich zu mobilisieren; dabei findet sie Unterstützung durch mehrere politische Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien, obwohl die Organisation selbst parteiunabhängig ist.

Die sogenannten Askeguneak erschienen als kollektive Antwort auf die Razzien, die die spanische Regierung gegen – vor allem – die junge Unabhängigkeitsbewegung im Baskenland durchführt. Um den Protest öffentlich zu machen, wird die Person, die verhaftet werden soll, an einen öffentlichen Ort gebracht, und hunderte oder tausende Leute sind aufgerufen, sich um sie herumzusetzen und eine »menschliche Mauer« zu formen. Oft ziehen sich dabei alle Menschen Masken über, damit es der Polizei schwerer fällt, die Angeklagten zu identifizieren. Diese Art von zivilem Ungehorsam hat inzwischen in mehreren Städten stattgefunden und sich schon fast in eine reguläre Antwort auf Polizeigewalt verwandelt.

Diese beiden Beispiele weisen auf ein Umdenken in der baskischen Unabhängigkeitsbewegung hin. Man hat sich entschieden, weniger nach Madrid zu schauen und sich mit mehr Autonomie zu organisieren. Und dabei stützt man sich vor allem auf eine Säule: auf die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung, der selbstbestimmt leben will. ♦

Samara Velte ist Journalist und Schriftsteller aus dem Baskenland. Der Artikel wurde zuerst in PolitikART, einer zweiwöchentlichen Beilage der in Europa erscheinenden Tageszeitung Yeni Özgür Politika, am 26.11.2014 veröffentlicht.

Interview mit der Jineolojî-Akademikerin Armanc Sarya

Die PKK ist eine historische Auferstehung

Xebat Ararat, Kandil, ANF 27.11.2014

Im geografischen Raum des Mittleren Ostens ist einer der wichtigsten Faktoren der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche der vergangenen Jahre die Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Sie steht für viele einmalige gesellschaftliche Transformationsprozesse für die Region Kurdistan und die dort lebenden Gesellschaften. Die größte revolutionäre Entwicklung der PKK stellt dabei der Freiheitskampf der Frauen dar.
Anlässlich des 36. Jahrestages der PKK-Gründung sprach Xebat Arat mit der Jineolojî-Akademikerin Armanc Sarya in den von der Guerilla kontrollierten Meder-Verteidigungsgebieten über die gesellschaftlichen Transformationen und Veränderungen in der Frauenthematik, aber auch über die Probleme und Schwierigkeiten.



Armanc Sarya Foto: ANF

Welche Veränderung hat die PKK-Bewegung in der kurdischen Gesellschaft bewirkt, auf welche Ebene hat sie die Gesellschaft gebracht?

Die kurdische Freiheitsbewegung unter Führung der PKK hat von Beginn an den Wandel und die Transformation zur Grundlage für ihren Kampf genommen. Aus Sicht der PKK hat das prinzipielle Bedeutung. Dieser Umstand lässt sich auch auf die kurdische Gesellschaft übertragen. Der 36-jährige Kampf ist nicht nur ein Prozess der Bewegung, sondern ein Prozess der Suche einer gesamten Gesellschaft. Die Entwicklung der PKK ist die Entwicklung der kurdischen Gesellschaft. Die Veränderungen in der PKK sind auch Veränderungen im Leben der kurdischen Gesellschaft. Die PKK ist eine Bewegung, die sich auf die Gesellschaft stützt, die mit der Gesellschaft selbst existiert. Sie ist keine Bewegung, die über der Gesellschaft steht oder außerhalb von dieser. Die Architekten dieser Realität sind Abdullah Öcalan und die gesamte Kerngruppe der Bewegung.

Zuerst vollzog diese Kerngruppe in ihrer jeweils eigenen Persönlichkeit die Veränderung zum revolutionären Charakter; und gewann so die gesamte Gesellschaft. Die PKK führte nicht nur Krieg gegen die herrschenden Kräfte der kapitalistischen Moderne, sondern gegen eine kolonialisierte gesellschaftliche Realität, die versuchte, die Gesellschaftlichkeit zu vernichten, die Kultur zur Degeneration zu bringen und die Gesellschaft daran zu gewöhnen. Jede Persönlichkeitsanalyse der Bewegung ist eine Analyse der Gesellschaft. Dessen Bedeutung findet ihren Ausdruck in dem schönen Satz: »Hier wird nicht der Augenblick, sondern die Geschichte, nicht das Individuum, sondern die Gesellschaft analysiert.« Mit diesem Kampf hat sich heute eine Gesellschaft, deren Existenz vollständig geleugnet wurde, zu einer Realität entwickelt, die die ganze Welt in Staunen versetzt. Die kurdische Gesellschaft war in einer Position, von allen Herrschenden verflucht zu sein. Als eine Gesellschaft, die in einer Region mit den meisten Invasionskriegen auf der Welt bestand, erlebte sie die schrecklichste Stufe der Ausbeutung durch den Nationalstaatsfaktor. Die ganze Welt war Zeuge davon und schwieg. Die kurdische Gesellschaft setzte dieser Situation eine PKK entgegen, die auf eigenen Beinen steht, aus eigener Kraft existiert und Lebensräume außerhalb des Systems schafft.

Wir beschreiben den 27. November mit dem kurdischen Wort »vejin«, was so viel wie Auferstehung bedeutet. Die PKK ist eine Bewegung der Auferstehung. In diesem Sinne spiegelt der Gründungstag der PKK, der 27. November, nicht nur ein

Symbol wider, sondern eine Realität. Eine Gesellschaftsrealität, die sich aus ihrer eigenen Asche wieder aufgebaut hat. Der sich so viele Frauen, heldenhafte Jugendliche, von klein bis groß opferten.

Die kurdische Gesellschaft beschränkte sich in ihrem Kampf gegen die ganzen Übergriffe, Grausamkeiten und Massaker jedoch nicht nur auf die eigene Gesellschaft. Dieser Kampf ist nicht nur der alleinige Kampf einer Nation. Dieser Freiheitskampf hat sich von Beginn an die Geschwisterlichkeit und die Einheit der Völker zur Grundlage genommen. Ein Kampf mit internationalistischem Charakter. Die PKK ist der stärkste Verbund von Patriotismus und Internationalismus. Diese Freiheitsbewegung ist für alle Menschen offen, die an alle Kulturen, Pluralität, Sozialismus und die Freiheit der Gesellschaften glauben. Die ersten Kader der PKK, Kemal Pir und Haki Karer, sind dessen klarster Ausdruck. Die unterschiedlichen Volksgruppen und Gemeinschaften, die heute zusammen mit den Kurden leben, werden ebenfalls von diesem Widerstand beeinflusst. Heute nehmen sich auch Araber, Perser, Syrer und Armenier den Widerstand dieser Gesellschaft zum Vorbild für ihre Freiheit, nehmen an diesem Kampf teil und geben dafür ihr Leben. Das demonstriert, wie stark die Geschwisterlichkeit der Völker sein kann. Die PKK hat eine Gesellschaft hervorgebracht, die – zuvor in ihrer Existenz geleugnet – nun für eine demokratische Nation kämpft und ihre Sozialität wieder aufbaut. Die kurdische Gesellschaft konstituiert heute selbstständig ihre politische Kraft und ihre gesellschaftlichen Institutionen, kann ihre Selbstverteidigung gewährleisten und gegen die schrecklichsten bewaffneten Kräfte der Welt eine klare Haltung einnehmen, und sie schützt ihr reiches kulturelle Erbe, das in der Geschichte zu begraben versucht wird.



»Die Geschichte der PKK ist gleichzeitig eine Geschichte des Freiheitskampfes der Frau. Frauen haben in vielen Revolutionen eine Vorreiterrolle gehabt. Wir führen mit unserem Kampf ihr Erbe fort ...« Foto: ANF

Warum konnten kurdische Bewegungen vor der PKK keine solche Transformation realisieren?

Die Bewegungen vor der PKK hatten es nicht geschafft, im Kontext ihrer jeweiligen Zeit eine vorausschauende Politik zu verfolgen, das Recht der Völker auf legitime Selbstverteidigung zu entwickeln und sich den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus entsprechend zu organisieren. Bei all diesen Bewegungen tauchte das Problem einer adäquaten Führung auf, und am wichtigsten war, dass es nicht geschafft wurde, die jeweils aktuelle Realität der kurdischen Gesellschaft richtig zu analysieren und dementsprechend keine Widerstandslinie errichtet werden konnte. Ein Teil hat sich im Schoß der Moderne organisiert und sich nicht von der Systemtreue befreien können. Das herrschende Staatensystem hat aus dieser misslichen Lage der kurdischen Bewegungen Profit geschlagen und jede mögliche Politik entwickelt, um diese Organisierung zu marginalisieren. Dagegen wurde nicht wirklich eine Aufstandshaltung eingenommen. Die Feststellungen und Analysen unserer Bewegung zu dieser Thematik erhellen diese erlebte Geschichte.

Die Organisierung vor der PKK hatte die kurdische Gesellschaft nicht verteidigt, sondern allen möglichen Übergriffen ungehindert ausgeliefert. Weil diese Bewegungen sich nicht auf eigener Grundlage und außerhalb des Systems organisier-

ten sowie das herrschende System nicht überwinden konnten, waren sie nicht vor ihrer Vernichtung gefeit. Es war nicht zu erwarten, dass eine solche Organisierung die Vorreiterrolle für eine Gesellschaft spielen konnte – und wie unsere Bewegung es ausdrückt: Vor der PKK war die Realität in Kurdistan die, dass nicht einmal das ungehinderte Wehen eines Blattes erlaubt war. Der mit der PKK begonnene Kampf hat dieser Situation ein Ende gesetzt.

Die von der PKK vertretene »politisch-ethische Gesellschaft« wird als ein zur kapitalistischen Moderne alternatives Gesellschaftsmodell aufgefasst. Es sei eine Alternative für die gesamte Menschheit, wird betont. Können Sie es kurz erläutern?

Die politisch-ethische Gesellschaft stellt ein Modell dar, in dem alle Unterschiedlichkeiten als Vielfalt betrachtet werden, in dem es keine Geschlechtertrennung gibt, keine Diskriminierung aufgrund von Sprache, Religion und Ethnie. In dem die menschliche Natur aus den Räderwerk des Systems befreit wird und ihr menschliches Wesen wiederfindet. In diesem Gesellschaftsmodell existiert eine Balance zwischen den Bedürfnissen des Individuums und der Gesellschaft.

In der Ökonomie wird das Teilen als Grundlage genommen. Eine dem Sozialismus verpflichtete Ökonomie, welche die Natur als eigenen natürlichen Teil ansieht. Ein Verständnis von Ökologie, in der es keine pragmatische Annäherung an die Natur gibt und Natur nicht mit Eigentum gleichgesetzt wird. Ziel ist, die gesellschaftlichen Beziehungen von Neuem aufzubauen, mit einem freien Zusammenleben zwischen Mann und Frau und einem demokratischen Verständnis von Familie.

Die erste Gesellschaftswerdung in der Geschichte erfolgte mit freiem und gleichem menschlichem Willen und Denken. Der Mensch schuf sich mit seiner gesellschaftlichen Intelligenz seine eigenen Lebensräume. Die demokratische Moderne ist mit gesellschaftlichen Bewegungen, Glaubensrichtungen, Organisationen, Aufständen, welche die gesellschaftliche Intelligenz und den Willen stark organsierten, durch die Geschichte bis in die Gegenwart gelangt. Dem liegt der eigentliche Sozialismus zugrunde und er stellt das Erbe der gesamten Welt, der gesamten Menschheit dar. Die PKK ist heute eine der fundamentalen Kräfte, die sich dieses Erbes annehmen, und wandelt mit ihrem Freiheitskampf auf den Spuren des Erbes der Weltrevolution.

Der Charakter des von der PKK versuchten Aufbaus der Demokratischen Nation kann ein Beispiel für die gesamte Welt sein. Dieser Aufbau ist Teil des Wahrheitsregimes und stellt ein System dar, in dem sich alle Menschen selbst wiederfinden können, in dem sich jede Gesellschaft ihren eigenen spezifischen Bedingungen entsprechend organisieren kann.

Welche revolutionäre Dimension hat die PKK, insbesondere der Frauenfreiheitskampf, erreicht?

Unsere Bewegung hat die Freiheit der kurdischen Gesellschaft immer an die Freiheit der Frau gebunden. Wir wissen, dass sich die Gesellschaft ohne eine Befreiung der Frau auch nicht befreien wird. Ohne Freiheit der Frau ist keine Gesellschaft frei.

Es wäre absurd, von Freiheit zu sprechen, während der eine Teil der Gesellschaft versklavt ist. Als Bewegung haben wir mit dieser Tatsache unseren Weg begonnen und setzen unseren Kampf fort mit dem Bewusstsein, dass als Erste die Frau kolonialisiert worden war. Wir stärken unseren Widerstand in dem Bewusstsein, dass die Frau die Stammzelle der Gesellschaft bildet.

Die Geschichte der PKK ist gleichzeitig eine Geschichte des Freiheitskampfes der Frau. Frauen haben in vielen Revolutionen eine Vorreiterrolle gehabt. Wir führen mit unserem Kampf ihr Erbe fort und haben uns so weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang haben wir die Fehler vergangener Revolutionen und die Tatsache, dass die Frauen nach Revolutionen gezwungen waren, wieder ihre alten Positionen in der Gesellschaft einzunehmen, analysiert und unsere Grundlagen des Kampfes aus eigener Kraft geschaffen. In diesem Punkt haben Abdullah Öcalan und die Führung der Bewegung im Allgemeinen mit ihren Bewertungen und Perspektiven zum Frauenkampf einen wichtigen Beitrag zu dessen Initiierung geleistet. In den schwierigsten Phasen des Kampfes haben wir mit Vorstößen als Frauenbewegung wichtige Impulse gesetzt. Die Frauenbewegung hat sich immer als ein aktiver Prozess entwickelt. Sie wurde zu einer Bewegung, gründete eine Armee; dann folgten die Parteiwerdung und die konföderale Organisierung. Mit der Frauenbefreiungsideologie schloss sie alle Frauen mit ein, mit der Theorie der Loslösung trennte sie sich vom System und mit dem Projekt zur Transformation des Mannes führte sie einen Kampf zur Zerstörung der Konzeption der dominanten männlichen Denkweise.

Zuletzt hat die kurdische Freiheitsbewegung mit der Jineolojî eine neue Stufe des Widerstands eröffnet, auf der sie in den Bereichen von Kunst über Religion bis hin zur Philosophie eine Neubewertung aller von der Frau geraubten Werte vornimmt und diese der Gesellschaft wieder zurückgibt. Die Jineolojî verfügt über ein Potential, das allen Frauen auf der Welt die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf bieten

kann. Die Vorreiterrolle dafür spielt heute die kurdische Frauenbewegung.

Die Frauenrevolution drückt eine Revolution innerhalb der Revolution aus. Unser Kampf ist ein deutlicher Beweis dafür, dass eine Beteiligung von Frauen an der Revolution und ein langer revolutionärer Prozess, trotz aller möglichen Repression und Schwierigkeiten, möglich ist. Für alle Bereiche des Kampfes war die Teilnahme von Frauen entscheidend. Ob im Krieg, bei der Organisierung, im Gefängnis oder bei den gesellschaftlichen Aktivitäten, die Partizipation und Aktivität der Frau hat immer den Unterschied ausgemacht.

Die kurdischen Frauen haben sich all die Räume, aus denen sie ausgegrenzt wurden, wieder angeeignet. Alle für Frauen verbotenen Flächen haben sie betreten. Beispielsweise demonstrierten sie der ganzen Welt mit dem System des Kovorsitzes ihre starke Beteiligung an der Politik. Selbst die Politik in der Türkei hat darüber zu diskutieren begonnen. Zudem haben die Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Ökonomie, Kultur, Kunst, Bildung und Gesundheit eine Organisierung geschaffen. Heute sind die kämpfenden militanten Frauen in Kobanê (Ain al-Arab) und Şengal (Sindschar) das klarste Beispiel für die Kraft der Frauenrevolution. Junge kurdische Frauen zeigen einen heldenhaften Kampf gegen den faschistischen, vergewaltigenden Islamischen Staat (IS). Wie kann diese Tatsache überhaupt übersehen werden? Die ganze Welt hat das nun akzeptiert, ist erstaunt und beobachtet die Tapferkeit der kurdischen Frauen. Dieses Heldinnenepos der Frauen in Kobanê heute ist ein Charakteristikum des Frauenwiderstandes und drückt hervorragend dessen Identität aus.

Wie sollen die Frauen, welche die Vorreiterrolle in der kurdischen Freiheitsbewegung haben, das im gesellschaftlichen Sinne verwirklichen?

Wenn wir uns die Kampfgebiete in der Gesellschaft betrachten, sehen wir, dass die Frauen die Widerstandsdynamik auf eine starke Art und Weise annehmen. Die Bereiche mit der heute stärksten, aktivsten und radikalsten Position sind diejenigen, in denen die Frauenorganisierung stark, dynamisch und



Jin, Jiyan, Azadî – Frau, Leben, Freiheit | Der Widerstand von Roboskî und Kobanê hält weiter an. Noch immer kämpfen die Angehörigen und Mütter von Roboskî darum, dass das Massaker, das die türkische Luftwaffe am 28.12.2011 in der Nähe ihres Dorfes anrichtete, vollständig aufgeklärt wird. 34 meist jugendliche Männer aus der Ortschaft Roboskî, das im Grenzgebiet zwischen Nord- und Südkurdistan (Türkei/Irak) liegt, wurden bei dem Bombenangriff durch das türkische Militär getötet. Foto: DIHA

fließend ist. Es ist die Realität, dass die kurdische Freiheitsbewegung und der Frauenfreiheitskampf Seite an Seite verlaufen, sich gegenseitig stärken, fördern und vertiefen. Das Motto unserer Bewegung »Die PKK ist eine Frauenpartei« drückt das am besten aus. Unser Kampf hat sich das zur Grundlage genommen und bis in die Gegenwart getragen. Frauen sind Teil dieser Revolution; Revolution bedeutet Frauenfreiheit. Die Freiheit Kurdistans und der kurdischen Gesellschaft hängt für uns mit der Befreiung der Frau zusammen. Die Demokratisierung Kurdistans ist gleichbedeutend mit Erfolgen des Frauenkampfes. Die Wiederaneignung der eigenen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Rechte durch die kurdische Gesellschaft wird sich durch die Aneignung dieser Bereiche durch Frauen realisieren.

Solange die Frauen sich politisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell, gesundheitlich, bildungstechnisch, in der Selbstverteidigung, kurz: in allen Bereichen, selbst organisieren und institutionalisieren und in diesem Sinne die Sichtweise des System brechen oder ablehnen, so lange wird die Gesellschaftlichkeit weiter gestärkt werden. Die der Gesellschaft mit Schwierigkeiten geraubten Lebenswerte werden wieder ihr gehören. Vergessen wir nicht, dass die Frauen diese Werte mit ihrer Intelligenz und Anstrengung geschaffen hatten. Die Grundlage für die Macht wurde mit dem Raub dieser Werte der Frauen gelegt und das setzt der Kapitalismus als größter Dieb heute noch gründlicher fort. In diesem Punkt müssen die Frauen diese Probleme mit der Sichtweise der Jineolojî sehr klar sehen, analysieren, diskutieren und eine Haltung dazu einnehmen, und sie müssen sich selbst bilden, für Frauen aus den verschiedensten Kreisen ein Bewusstsein über dieses Thema schaffen, sie organisieren und zu einer sich selbst verteidigenden Kraft werden lassen.

Sie erklärten, die kurdischen Frauen hätten einen gewissen Kampf- und Organisierungsgrad erreicht. Bestehen heute noch Organisierungsprobleme im Kampf der Frauen, die sie immer noch nicht überwunden haben?

Wir haben als kurdische Frauen die Pflicht, noch weitere Kreise außerhalb der unseren zu erreichen. Wir haben einen bestimmten Grad erreicht, doch das müssen wir noch weiter ausbauen. Wir verfügen über eine Kraft, die Probleme der Gesellschaft zu analysieren und zu lösen, doch müssen wir dafür unsere Organisierung noch breiter gestalten und vertiefen. Denn es gibt ernsthafte Probleme in der Gesellschaft. Sie verarmt wirtschaftlich; die Menschen sind in einer Situation, in der sie ihre einfachsten Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Die ärmsten und benachteiligten Teile der Gesellschaft sind Frauen; sie wurden aus vielen Arbeitsbereichen ausgegrenzt. Um über die Runden zu kommen, werden viele zur Prostitution gedrängt. Das ist ein ernsthaftes Problem. Die Fälle von Gewalt gegen Frauen, Tötung und Vergewaltigung haben eine schreckliche Dimension erreicht. Junge Mädchen werden zur Heirat mit alten Männern gezwungen und ihr Leben treibt auf eine Katastrophe zu. Als Folge stehen wir vor Selbstmorden. Frauen akzeptieren das als ihr Schicksal.

Zudem haben Frauen Probleme mit der Gesundheit und der Bildung. Sie gehören mit Kindern zu den am stärksten Benachteiligten. Ihre Zukunft ist keinesfalls garantiert, die der Gesellschaft ebenfalls nicht. Das sind Themen, die wir aufgrund des heutigen und zukünftigen Prozesses schnell und vordringlich behandeln müssen. Der Frauenkampf intensiviert sich natürlich in diesen Bereichen und wird noch gründlicher umfassende und tiefere Analysen durchführen.

Die Frauen müssen sich in jeder Hinsicht selbst verteidigen und organisieren. Ob in der Politik, im Sozialen, in der Wirtschaft oder gegen die Ausbeutung und den Missbrauch der Kultur. Insbesondere muss die eigene Muttersprache geschützt und gefördert werden. Die Frauenbewegung hat das größte Potential, dem System eine Alternative entgegenzusetzen. In Stadtteilen, Dörfern, Städten, überall braucht es Organisierung.

Am stärksten greift das System die Familien an. Es bedarf einer Veränderung und Transformation auf der Basis der Frauenbefreiungsideologie und des gemeinsamen Zusammenlebens. Die Frauen müssen die herrschende Familienorganisierung in eine demokratische Familienorganisierung transformieren. Kurz, die Frauen müssen alle Bereiche auf der Basis von Freiheitsprinzipien von Neuem gestalten.

Der Kampf der Frauen wurde jahrelang zur Steigerung des Freiheitsgrades geführt; diesen Kampf werden wir auf noch höhere Ebenen tragen!

Wollen Sie abschließend noch etwas sagen?

Der von der PKK begonnene Kampf geht in das 37. Jahr; die letzten 36 Jahre stellen gleichzeitig einen von Tausenden in die Freiheit verliebten Frauen geschaffenen Widerstand dar. Die Bewegung hat uns gelehrt, dass die Revolte permanent ist. Wir werden mit diesem Wissen unseren Freiheitskampf weiterführen.

In diesem Sinne gratuliere ich Abdullah Öcalan, den Kurdinnen und Kurden und allen Frauen auf der Welt zum 36. Jahrestag der PKK-Gründung. ♦

Geschichten aus den Gründungsjahren der kurdischen Freiheitsbewegung

»Die PKK ist ein neues Leben«

ANF 27.11.2014

Zum 36. Gründungstag der PKK berichten Aktivisten der ersten Stunde, wie die ArbeiterInnenpartei Kurdistans gegründet wurde und wie sie sich bis heute entwickelt hat. Wie ist die Gruppe der »Apocus« ***[MitstreiterInnen Abdullah Öcalans und AnhängerInnen seiner Ideen]*** **entstanden? Mit welchen Schwierigkeiten waren sie in Kurdistan konfrontiert? Wie haben sie sich binnen kurzer Zeit zu einer wichtigen Kraft entwickelt? Was ist das Geheimnis des 36 Jahre anhaltenden Widerstands? Über diese Fragen haben wir mit Zeitzeugen aus der Entstehungszeit der PKK gesprochen.**

Cemal Şerik, Mitglied des Zentralkomitees der PKK | Die Apocu-Bewegung entstand aus dem Erbe der revolutionären Bewegungen der siebziger Jahre in der Türkei. In dieser Zeit gab es von vielen Kreisen Bemühungen, dieses Erbe nicht untergehen zu lassen. Es war schnell klar, dass die Apocu-Bewegung es wirklich ernst meinte. Deshalb zog sie viele Menschen an, die sich mit den revolutionären Bewegungen der siebziger Jahre verbunden fühlten. Ich selbst habe die Apocus in dieser Zeit in Ankara kennengelernt. Damals organisierten sich vor allem Studierende in der Gruppe. Aber die Apocus hatten es auch geschafft, in den Stadtteilen unter der »normalen« Bevölkerung einen gewissen Organisationsgrad zu erreichen. Dadurch kamen auch viele jüngere Leute zur Gruppe. Durch die Organisationsarbeit in den Stadtteilen kam die Gruppe auch an Schülerinnen und Schüler heran. In dieser Zeit waren alle Jugendlichen, die sich mit Deniz Gezmiş, Mahir Çayan oder İbrahim Kaypakkaya verbunden fühlten, an den Apocus interessiert.

Die Gruppe der Apocus unterschied sich von den anderen Gruppen tatsächlich dadurch, dass sie jeden Schritt wohlüberlegt und gut kalkuliert machte. Sie analysierten den Staat und die Gefahr, die von ihm für die Gruppe ausging. Sie legten großen Wert auf die Bildung ihrer Mitglieder. Das machte den großen Unterschied aus. Sie trafen sich häufig und diskutierten und lasen viel. Im Stadtteil Tuzluçayır in Ankara hatte der Freund Kemal Pir großen Eindruck hinterlassen. Haki (Karer) und Mazlum (Doğan) kamen ebenfalls immer wieder dorthin. Auch unser Gruppenführer Abdullah Öcalan (kurz: Apo) kam öfter und führte oftmals lange Diskussionen mit den FreundInnen. Durch diese ganze Arbeit waren die Apocus für viele junge RevolutionärInnen im Stadtteil, die aktiv werden wollten, die erste Adresse.

Mir war schon früh klar, dass ich ein Revolutionär werden wollte. Als ich dann von den Apocus erfuhr, nahm ich in ihren Reihen meinen Platz ein. Vor mir hatten sich bereits viele Leute, die ich aus unserem Stadtteil kannte, bei denen organisiert. Sie hatten die Gruppe 1975 an der Universität kennengelernt. Ich machte im Jahr 1976 mit ihnen Bekanntschaft. Da war ich fünfzehn Jahre alt. Wir organisierten mit einigen Jugendlichen, die auch etwa in meinem Alter waren, eine Bildungsgruppe. Die Schwerpunkte unserer Arbeit bestanden damals aus Bildung und Propagandatätigkeiten. Außerdem kam es von Zeit zu Zeit zu Auseinandersetzungen in der Schule mit Jugendlichen, die mit den FaschistInnen sympathisierten. Aber wie gesagt, wir konzentrierten uns auf Bildungsarbeit und versuchten, durch unsere Propagandaaktivitäten neue Mitglieder für unsere Gruppe zu gewinnen.

1977 kam es dann zu einer großangelegten Razzia in unserem Stadtteil. Viele Häuser wurden durchsucht, darunter auch das Haus, in dem unser Freund Mustafa Karasu untergebracht war. Die Operation wurde von den Spezialeinheiten der Sicherheitskräfte durchgeführt.

Wir trafen uns zu jener Zeit stets auf einer Grünfläche etwas abseits der Wohnsiedlungen. Wir nannten sie »Zelle Nr. 8«. Es war natürlich keine Zelle, aber die Revolutionäre aus Ankara waren damals im Ulucanlar-Gefängnis in der Zelle Nr. 8 untergebracht, und so nannten wir unseren Platz auch so. Dort kamen wir zusammen und führten unsere Diskussionen und Gespräche. Auch als es zu jener Operation kam, waren

wir dort. Jemand kam zu uns und berichtete, dass das Haus unseres Freundes Karasu gestürmt worden sei. Wir wussten, dass Apo eigentlich auch in dieses Haus gehen wollte. Doch er tauchte plötzlich bei uns auf. Er wollte erst mit uns sprechen und hatte noch nichts von der Operation mitbekommen. Wir erzählten ihm von der Situation und er schickte mich zu dem Haus, um zu schauen, wie die Situation vor Ort sei. Als ich dort ankam, glich das Haus einer Polizeistation. Für mich war es klüger, mich wieder von dort zu entfernen, und so kam ich zum Platz zurück und berichtete der Gruppe, was ich gesehen hatte. Das sind meine Erinnerungen aus den Anfangsjahren in der Apocu-Gruppe.

Yılmaz Dağlum, Mitglied des PKK-Wissenschafts- und Aufklärungskomitees | Ich war damals in der LehrerInnenausbildung in Dêrsim (Tunceli). Eigentlich waren wir eine Gruppe von elf oder zwölf angehenden LehrerInnen, allesamt auf einer Suche. Wir wollten aktiv am politischen Geschehen mitwirken, doch die linken türkischen und kurdischen politischen Gruppen machten uns irgendwie nicht glücklich. Wir lasen viel in unserer Gruppe. Sowohl die marxistischen KlassikerInnen als auch die Literatur von den und über die verschiedensten nationalen Befreiungsorganisationen gehörten zu unserer Lektüre. Gleichzeitig versuchten wir uns innerhalb unserer Gruppe kollektiv zu organisieren. Anfang 1976 habe ich dann über Ali Haydar Kaytan die Apocus kennengelernt.

An den anderen linken Gruppen störte uns, dass zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis Welten lagen. Innerhalb unserer kleinen Gruppe von Auszubildenden an der LehrerInnenschule hatten wir beispielsweise unsere eigene Kommune aufgebaut. Wenn jemand aus unserer Gruppe Geld von der Familie zugeschickt bekam, so landete es bei unserem Kassenverantwortlichen, der die notwendigen Besorgungen für die gesamte Gruppe organisierte. Wir suchten nach einer politischen Gruppe, die nicht nur von einem kollektiven Leben philosophierte, sondern es – ähnlich, wie wir es taten – vorlebte. Doch wir fanden das bei keiner.

Außerdem waren wir auf der Suche nach einer Gruppe, die für ein gleichberechtigtes und freies Leben der kurdischen und der türkischen Bevölkerung plädierte. Wir lasen Lenin und seine Aussagen zur herrschenden und zur unterdrückten Nation. Auch die Rolle der Verantwortung, die Lenin für die RevolutionärInnen aus der herrschenden Nation vorgesehen hatte, fand unseren Zuspruch. Denn Lenin hatte gesagt, dass diese RevolutionärInnen zunächst die Aufgabe hätten, die unterdrückte Nation in ihrem Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen. Doch innerhalb der türkischen Linken trafen wir auf keine einzige Gruppe, die diese Ansicht im Hinblick auf die KurdInnen teilte.

Unsere Suche führte uns schließlich zu den Apocus. Denn sie forderten damals schon ein gleichberechtigtes und freies Leben für den Mittleren Osten, das die Pluralität nicht verneint, sondern als Reichtum betrachtet.

Die kurdische Bevölkerung merkte schnell, dass die Apocus anders waren als die anderen kurdischen Gruppen in der Region. Damals gab es dort noch den DDKD (Revolutionär-Demokratischer Verein Kurdistans) und den Özgürlük Yolu (Pfad der Freiheit). Doch die wurden von der Bevölkerung schlicht als »talebe« (türk. für SchülerInnen) bezeichnet. Der Begriff wurde auf diejenigen Gruppen oder Menschen angewandt, die viel reden und versprechen, aber wenig davon in die Tat umsetzen. Die Menschen merkten, dass die Apocus nicht zu den »talebe« gehörten. Denn diese Gruppe setzte das in die Praxis um, was sie versprach. Viele sagten sogar, dass die Apocus zuerst etwas tun und erst danach davon sprechen würden und nicht umgekehrt.

Ich möchte dazu ein Beispiel aus meinen Anfangszeiten in der Gruppe geben. Alle beschwerten sich damals im Ort über die Willkür der Gendarmarie und der Polizei. Einmal waren drei mittlerweile gefallene Freunde und ich Zeugen, wie zwei Polizisten auf zwei Dorfbewohner einschlugen, weil diese anscheinend illegal Tabak verkauften. Die Dorfbewohner wurden verprügelt, ihr Tabak verbrannt und sie bekamen noch eine Geldstrafe dazu. Wir hielten die Situation nicht aus und griffen die Polizisten an und verprügelten sie. Das sorgte für Aufruhr im Ort. Gendarmarie und Polizei machten sich auf die Suche nach uns. Sie forderten die Bevölkerung auf, uns an die Sicherheitskräfte auszuliefern. Die tat das aber nicht. Wir hatten zwar in dem Moment emotional gehandelt, aber überall wurde nun von den Apocus gesprochen und dass sie sich die Polizeiwillkür im Ort einfach nicht mehr gefallen lassen würden. Wir waren eine junge Gruppe und bezogen unsere Kraft auch nicht aus der Macht eines Clans oder einer Großfamilie in der Region. Wir waren einfach eine Gruppe Jugendlicher, die dasselbe dachten und dafür eintraten. Und das reichte aus, dass der Ruf der Apocus sich überall schnell verbreitete.

Die Anführer der reformistischen kurdischen Gruppen waren oft Kinder von Großgrundbesitzern oder religiösen Oberhäuptern. Wir hingegen waren die Kinder armer Familien, und deshalb wurden uns komisch klingende Spitznamen gegeben. Sie nannten uns beispielsweise »die mit den nackten Beinen«. Wir nahmen diesen Spitznamen gern an und erklärten, dass gerade diejenigen mit den nackten Beinen die Revolution am nötigsten hätten und deshalb auch vor nichts zurückschreckten. »Diejenigen, die englische Leinenhosen tragen, brauchen

keine Revolution, sie stehen auf der Seite der Konterrevolution«, pflegten wir oft zu sagen. Als revolutionäre Gruppe der Apocus entstand auf diesem Wege ein Mythos um uns herum. Wir lebten inmitten der Bevölkerung und bezogen aus ihr unsere Kraft.

Im zweiten Teil berichten Revolutionäre, die sich der PKK bereits in den Gründungsjahren angeschlossen hatten, von den Schwierigkeiten, mit denen sie zu Beginn des bewaffneten Kampfes zwischen 1984 und 1990 konfrontiert waren.

Rauf Karakoçan | Ich bin ursprünglich aus Eleziz (Elazığ)/ Dep (Karakoçan). Der PKK habe ich mich Ende 1984 angeschlossen. Mit dem Militärputsch 1980 nahm bei uns in der Region die Repression gegen die Bevölkerung stark zu. Mein Anschluss an die PKK war eine Reaktion darauf. Ich kann nicht behaupten, dass ich zu dem Zeitpunkt politisch-ideologisch gebildet war. Meinen Entschluss, zur PKK zu gehen, fasste ich eher aufgrund meiner damaligen Emotionen.

Damals hatte es auch bereits vor der PKK verschiedenste kurdische und türkische revolutionäre Organisationen gegeben, die in Dep arbeiteten. Aber deren Parolen stellten mich nicht ganz zufrieden. Die PKK hatte die schärfste und klarste Haltung zur kurdischen Frage. Auch war sie eine durch und durch revolutionäre Organisation. Ich hatte damals ohnehin nicht die Hoffnung, dass sich die kurdische Frage auf reformistischem Wege lösen lassen würde.

Zwischen 1977 und 1978 lernten wir die PKK kennen. Die FreundInnen der PKK kamen immer wieder zu unserem Dorf und zu anderen Dörfern der Umgebung. Es war ihr Umgang untereinander und ihr Umgang mit den DorfbewohnerInnen, die Eindruck auf uns machten. Auch ihre Art zu leben und die Ziele, die sie propagierten, standen in keinem Widerspruch zueinander. Das zog uns Jugendliche aus den Dörfern zur PKK. Es war diese Art des kollektiven Lebens der PKK-Kader, durch die wir uns mit dieser Partei verbunden fühlten.

Als wir uns dieser revolutionären Bewegung anschlossen, wollten wir diese Persönlichkeit der PKKlerInnen auch in unserer eigenen Person verwirklichen. Wir wollten stets gut arbeiten, die hehrsten Ziele erreichen und waren bereit, uns dafür aufzuopfern. Zugleich waren wir mitten in einem harten Krieg. Für uns war klar, dass wir jederzeit sterben könnten. Ein paar Monate unter diesen Bedingungen zu überleben, kam uns wie ein Wunder vor.

Doch die PKK hat auch diese Zeiten gut überstanden und sich bis heute stetig weiterentwickelt. Der Hauptgrund dafür, dass dies erreicht wurde, war und ist, dass diese Bewegung sich immer allein auf ihre eigene Kraft und ihr eigenes Potential verlassen hat. Die Unterstützung der Bevölkerung und ihre Eigendynamik haben sie zum heutigen Punkt gebracht. Von Anfang an sah es so aus, dass die PKK stets das Unmögliche gefordert hat. Aber sie hat sich stets entsprechend diesen Zielen organisiert und war fest davon überzeugt, auch das Unmögliche zu erreichen. Zudem hat sie ihre Praxis und Ausrichtung stets kritisch reflektiert und sich so ideologisch weiterentwickelt.

Nedim Seven | Ich habe mich 1990 der PKK angeschlossen. Zu meiner Schulzeit in den achtziger Jahren wurde breit über Revolution und Sozialismus diskutiert. In Colemêrg (Hakkâri), wo ich aufwuchs, waren zudem reformistische kurdische Kräfte wie der DDKD oder die Barzanî-SympathisantInnen präsent. Für mich wurde in diesen Jahren klar, dass der Kampf um die Befreiung der KurdInnen und der Kampf für den Sozialismus gemeinsam geführt werden müssen. Mir war aber damals auch klar, dass dieser Kampf bewaffnet geführt werden muss. An der Çukurova-Universität bildete sich dann in unserem Freundeskreis eine Gruppe, die zu der Erkenntnis kam, dass wir keinen revolutionären Kampf gegen das System führen können, wenn wir uns nicht gleichzeitig von diesem System lösen. So fassten wir den Entschluss, uns der PKK anzuschließen.

Als wir uns anschlossen, hatten wir zunächst keine Waffen. So ging es uns erstmal darum, unser Überleben zu sichern. Erst nach vierzig Tagen bekamen wir dann auch Waffen. FreundInnen, die sich mit uns der PKK angeschlossen hatten, wurden vom Militär getötet, noch bevor sie selbst eine Waffe in der Hand gehabt hatten. Das machte mich natürlich sehr traurig. Wir begriffen aber auch schnell, dass der Tod unserer FreundInnen und vielleicht auch unser eigener Tod eine Realität dieses Kampfes waren. Ich verbrachte nach meinem Anschluss an die PKK sechzehn Jahre ununterbrochen in den Bergen.

Dort machten wir oftmals auch schwere Zeiten durch. Das Jahr 1992 verbrachte ich beispielsweise während des *[Süd-]* Krieges im Zap-Gebirge an der Front. Der türkische Staat hatte sich die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und die YNK (Patriotische Union Kurdistans) zur Unterstützung geholt und bekämpfte uns auf diesem Wege mit allen Mitteln. Wir hatten zu wenige Waffen. Allein in unserer Gruppe waren achtzig FreundInnen unbewaffnet. Wir agierten damals oft nicht strategisch genug. Oftmals improvisierten wir, und unsere Taktiken waren sehr oberflächlich. In unserer Gruppe kamen damals sechzehn FreundInnen ums Leben.

Trotz aller Schwierigkeiten gaben uns das gemeinsame Leben und das solidarische Miteinander unter den Genossinnen und Genossen große Kraft. Mitten in der Kriegssituation versuchten wir, das gleichberechtigte und freie Leben zwischen Frauen und Männern in den Bergen zu organisieren. Das war

unter den damaligen Umständen auch ein sehr harter Kampf. Doch heute sehen wir bereits die Früchte dieses Kampfes, der damals aufgenommen wurde.

Wir versuchten uns stets in unserer Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Die PKK und das Leben in den Bergen waren unsere Inspirationsquellen dafür. Wir hatten uns dieser Bewegung jung angeschlossen und lernten, in ihr auch jung zu bleiben. Unser Vorsitzender Apo machte uns immer wieder deutlich, dass wir jung bleiben müssten, um in diesem Kampf erfolgreich zu sein.

Und durch unseren Kampf boten sich uns auch große Möglichkeiten. Ich bin davon überzeugt, dass wir sowohl im Jahr 1992 als auch im Jahr 1997 die Gelegenheit zur Revolution hatten, sie aber nicht richtig nutzten.

Zum einen hat das damit zu tun, dass wir zu jenen Zeitpunkten unsere Praxis nicht weiterentwickelt hatten, sondern uns lediglich wiederholten. Es kam also zu keinem entscheidenden qualitativen Sprung nach vorn. Wir diskutierten damals über die Einrichtung einer Kriegsregierung in der Region Behdînan. Wir sprachen über freie Zonen. Aber es gelang uns letztlich nicht, dieses Ziel zu erreichen.

Zum anderen setzte unser Gegner, die Türkei, damals alles in Bewegung, um nicht zu verlieren. Wir haben in jenen Jahren nicht nur gegen die Türkei gekämpft, sondern gegen die NATO und ihre Gladio-Organisation.

Munzur Dersim | Die PKK lernte ich von klein auf durch meine Familie kennen. Der erste bewaffnete Vorstoß der PKK 1984 hinterließ bei uns großen Eindruck, und so hatten wir große Sympathien für die Bewegung. Wir waren eine Familie aus Dêrsim, die unter dem Dêrsim-Massaker gelitten hatte. So machte es uns stolz, dass die PKK gegen die Täter dieses Massakers die Stirn erhoben hatte. Die Sympathie in den achtziger Jahren führte letztlich in den Neunzigern dazu, dass ich mich der PKK anschloss.

Vorher hatte ich ein eher individualistisch geprägtes Leben geführt. Das wandelte sich nach meiner Entscheidung aber drastisch. Als PKKlerIn hat mensch ein Ziel vor Augen, teilt es mit den GenossInnen. Das Ziel der Freiheit wird verfolgt, und diese Geisteshaltung führt dazu, dass sich die Persönlichkeit der Einzelnen verändert. Ich versuchte, durch diese Veränderung zu einem Revolutionär heranzureifen. Revolutionär zu sein bedeutete für mich, alles mit meinen GenossInnen zu teilen, selbst unter schwersten Bedingungen alles zu geben und ein kollektives und gleichberechtigtes Leben mit meinen GenossInnen, aber auch in der Gesellschaft anzustreben.

Ich denke, dass die PKK den Sozialismus in ihren Strukturen verwirklicht. Von Anfang an waren das Teilen und das kollektive Leben Grundbestandteile des Lebens in der PKK. Natürlich muss jeder Mensch, der sich der PKK anschließt, auch zunächst einmal in seiner Persönlichkeit heranreifen und dieses kollektive Leben annehmen. Diese persönliche Entwicklung ist für viele oftmals schwieriger als der Kampf in den Bergen.

Şernas Şanster | Ich stamme aus dem Gebiet Botan und habe mich 1992 der PKK angeschlossen. Damals tobte in der Region ein harter Krieg, was dort bei so gut wie allen Menschen tiefe Spuren hinterließ. Als Jugendlicher war ich eigentlich weder an Politik noch am bewaffneten Kampf besonders interessiert. Ich wusste lediglich, dass die PKK eine kurdische Partei war und für die KurdInnen kämpfte. Aber der schmutzige Krieg des türkischen Staates, die Verleugnung der KurdInnen, die täglichen Repressionen der »Dorfschützer« gegen die Menschen und die Tatsache, dass das Militär sogar die Leichen der PKKlerInnen schändete, ließ niemanden aus meiner Generation kalt. Mich führte diese Realität letztlich dazu, dass ich beschloss, auch Teil der PKK sein zu wollen.

Die Bewegung bestand damals eigentlich, wie heute auch, vor allem aus Jugendlichen. Dadurch herrschte eine große jugendliche Energie in der Guerilla. Es galt, diese Energie in richtiger Weise in den Freiheitskampf zu kanalisieren. Zudem strahlten die älteren FreundInnen in unseren Reihen einen starken Glauben an die Sache aus. Wir profitierten von ihren Erfahrungen. Jede und jeder in unseren Reihen arbeitete daran, das eigene Fehlverhalten zu verbessern und auch die GenossInnen auf ihre Unzulänglichkeiten aufmerksam zu machen. So entwickelte sich ein Gefühl, dass wir zusammengehörten und ein Kollektiv waren.

Auch wenn der Krieg damals wirklich hart war, gab unsere kollektive Lebensweise uns große Kraft. So gab es in jeder Gruppe eine Aufgabenteilung. Alle versuchten nicht nur, ihrer Verantwortung für die Gruppe gerecht zu werden, sondern kümmerten sich gleichzeitig auch darum, ihren Genossinnen und Genossen bei ihren Aufgaben zu helfen. Ich kann sagen, dass sich selbst in der Kriegssituation viele FreundInnen für die härtesten Aufgaben selbst vorschlugen. Auf diese Weise wurden selbst die größten Schwierigkeiten und Herausforderungen für uns zu keiner großen Last.

Es ist schwer, diese Bewegung in ein oder zwei Sätzen zu erklären. Aber wenn Ihr auf einem Satz besteht, würde ich sagen: Die PKK ist ein neues Leben. ♦

Jugendjahre

mein ganzes leben war ein kampf

Buchvorstellung des 1. Bands über das Leben von Sakine Cansız



»Am 9. Januar 2013 stand die Welt für alle, die der kurdischen Befreiungsbewegung verbunden sind, einen Moment still. Eine ihrer wichtigsten Persönlichkeiten, Sakine Cansız, war gemeinsam mit ihren Genossinnen Fidan Doğan und Leyla Şaylemez bei einem politischen Attentat in Paris ermordet worden«, so die Übersetzerinnen in ihrer Anmerkung zu dem im Januar 2015 erscheinenden Buch *mein ganzes leben war ein kampf* von Sakine Cansız.

In diesem Buch beschreibt Sakine Cansız, Heval Sara, wie ihre Freundinnen und Freunde sie nannten, sehr detailliert ihre Jugendjahre und man fühlt sich in die Straßen und Häuser von Dêrsim und an die an-

sakine cansız
mein ganzes leben war ein kampf
1. band
448 Seiten, Preis: 10 Euro
ISBN: 978-3-941012-98-1

Mezopotamien
Verlags- und Vertriebs GmbH
Gladbacher Str. 407B, 41460 Neuss
Tel.: +49 (0) 2131 4069093
Email: mezop@hotmail.de

Weitere Bestelladressen:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05
40009 Düsseldorf
Tel: +49 (0) 211 5989251
Email: ceni_frauen@gmx.de

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130–136
20097 Hamburg
Tel: + 49 (0) 40 42102845
Email: isku@nadir.org

deren Orte, wo sie lebte und die sie besuchte, versetzt. So, als wenn man mit ihr gehen würde. Es ist eine unruhige Zeit, in der sie aufwächst, eine Zeit des Aufbruchs, eine Zeit der Suche, und mit diesem Buch nimmt sie uns mit auf diese Suche, in die vielen Auseinandersetzungen, man hört ihr Lachen und oft auch ihre Traurigkeit. Ihre lebendige, neugierige Art ist spürbar, ohne Zurückhaltung, ohne Scheu schreibt sie über das Leben, ihr Leben, dass sie schon früh dem Kampf gewidmet hat.

Der Begriff Heimat bekam für mich eine neue Bedeutung, als ich die Schönheiten Kurdistans entdeckte. Es machte mich glücklich und stolz, Teil des Kampfes für dieses Land zu sein, dessen offensichtliche Armut mir manchmal die Tränen in die Augen trieb.

»Sakine Cansız berichtet sehr offen von ihren Erlebnissen. Dieses Buch bietet damit eine Beschreibung der ersten Jahre des Befreiungskampfes in Kurdistan aus Frauensicht. Sakine Cansız war eine der wenigen Frauen, die am Gründungskongress der PKK teilgenommen haben. Dieses Buch beinhaltet Details aus jener Zeit, die bisher nicht veröffentlicht wurden. Es verdeutlicht, wie Frauen in einer feudalen Gesellschaft wie der Kurdistans sich dem Befreiungskampf angeschlossen und organisiert haben, welche Schritte seit den Anfängen bis heute zurückgelegt und welch großer Preis dafür gezahlt werden musste«, schreibt der Mezopotamien Verlag am Anfang des Buches.

Ebenso am Anfang des Buches können wir zu dessen Entstehung – was sie selbst dazu geschrieben hat – lesen. Diesen Einblick in das Werk möchten wir unseren Leserinnen und Lesern geben:

»Es war nicht einfach, aus den Notizen, die ich mir vor einem Jahr gemacht hatte, ein Buch zu schreiben. Als ich die Texte geschrieben hatte, dachte ich überhaupt nicht daran, sie als Buch zu veröffentlichen. Zum einen fand ich es zu früh, zum anderen war es kein natürlicher Schreibprozess. Er fand in einer Zeit und Umgebung statt, die von tiefgreifenden Auseinandersetzungen geprägt war.

Wenn ich die Kraft gehabt hätte, mit jener Zeit zu beginnen und dann zurück in die Vergangenheit zu gehen, hätte ein ganz anderes Werk daraus entstehen können. Natürlich war bei beiden Varianten der Anfang schwierig. Ich habe wohl die einfachere Alternative vorgezogen.

Was ich über einen längeren Zeitraum geschrieben habe, war eine Last, die sich in jenen bewegten Tagen im Zap-Gebiet[1] mal in meinem und mal in Ferdas[2] Rucksack befand. Ich ließ ausschließlich Ferda lesen, was ich geschrieben hatte. Und er trug alles monatelang zwischen all seinen Presseunterlagen auf dem Rücken durch die Gegend, weil er Achtung vor geleisteter Arbeit hatte, und ein bisschen auch, weil ich darauf bestand. Wir befanden uns mitten im Krieg, und ich muss gestehen, dass ich ihm die Sachen überlassen hatte, weil ich dachte, dass sie bei ihm gut aufgehoben wären und er sie nutzen würde, falls irgendetwas passieren sollte. Aber er schickte eine Nachricht nach der anderen an meine Einheit, damit ich meine Texte abholte.

Im September 1996 kam ich mit meinen Heften auf dem Rücken zur Parteiakademie[3]. Abdullah Öcalan hat immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig das Schreiben ist. Weil er dem Schreiben so viel Wert beimaß, war es sozusagen zu einer Schuld geworden, die es einzulösen galt.

Es war sehr schwer, mich noch einmal mit meinen eigenen Texten zu befassen. Sie gefielen mir überhaupt nicht und das ist immer noch so. Ich hatte jedoch viel Arbeit hineingesteckt und unter Einbeziehung der Bedingungen, unter denen sie entstanden waren, ergaben sie einen Sinn. Außerdem hatte ich weder den Wunsch noch den Mut, alles nochmal neu zu schreiben.

Es fiel mir also schwer, mich ein weiteres Mal mit meinen Kämpfen auseinanderzusetzen und dabei die Geschehnisse, die mich beeinflusst haben, noch einmal zu erleben. Ich habe versucht, alles so wiederzugeben, wie es meinen Erinnerungen entspricht. Dennoch ist dieses Buch nur ein Ausschnitt dessen, was alles geschehen ist.

Die Arbeit an diesem Buch fand in einer guten, genossenschaftlichen Atmosphäre im Haus von Abdullah Öcalan statt. Dafür möchte ich mich bei allen Freundinnen und Freunden bedanken.

Alle weiteren Bewertungen dieses Buches fallen den Leserinnen und Lesern zu.

Hochachtungsvoll

Sara (Sakine Cansız)

Oktober 1997«

1 Gebiet und Fluss in Südkurdistan

2 Ferda Çetin

3 in Damaskus/Syrien

Network for an Alternative Quest
http://www.networkaq.net/

Die kapitalistische Moderne herausfordern II

Im Februar 2012 fand die erste Konferenz des »Network for an Alternative Quest« in Hamburg statt. Unter dem Hauptthema: »Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« kamen Menschen aus vielen Teilen der Welt zusammen, um über Radikale Demokratie ... Konföderalismus ... Kritik der Sozialwissenschaften ... Soziologie der Freiheit ... »Moderater Islam« — eine neue Maske? ... Sexismus ... Demokratische Moderne ... Sozialökologie ... Macht ... Kommunalismus ... Scheitern des Nationalstaats ... Kapitalismus ... Befreiung von Frauen und Männern ... Neuer Sozialismus ... zu diskutieren.

Jetzt, nach fast genau zwei Jahren, findet im April 2015 wiederum in Hamburg die Folgekonferenz statt. Wir sprachen mit Reimar Heider, Sprecher der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« und Mitorganisator der Konferenz.

Unter welchem Motto und wann findet die Folgekonferenz statt?

Die Konferenz wird **»Die kapitalistische Moderne herausfordern II: Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen«** heißen und über Ostern, also vom 3. bis zum 5. April 2015, stattfinden.

Was sind die einzelnen Themenblöcke der Konferenz?

Thematisch gehen wir wieder von der Analyse von grundlegenden Problemen des kapitalistischen Systems über revolutionäre Theorieansätze zu Beispielen aus der Praxis. Besondere Aufmerksamkeit sollen diesmal Frauenbefreiung, Ökonomie und der Aufbau konföderalistischer Basisstrukturen in Rojava bekommen. Es wird fünf Themenblöcke geben, mit den Überschriften **»Die kapitalistische Moderne sezieren«**, **»Kapitalistische Moderne gegen Demokratische Moderne«**, **»Industrialismus gegen ökologische Industrie und kommunale Ökonomie«**, **»Die Stolperfallen der revolutionären Theorie überwinden«** und **»Lektionen aus alternativen Praktiken«**.

Wer wurde bisher zu den einzelnen Themenblöcken eingeladen?

Eingeladen wurden unter anderem Immanuel Wallerstein, Judith Butler und Antonio Negri. Zugesagt hat bereits David Graeber, der Autor von »Schulden – die ersten 5 000 Jahre«. Als Neuerung gibt es einen **»Call for Papers«**, mit dem Studierende oder andere Interessierte aufgerufen werden, Texte zu bestimmten Themen einzureichen. Jeweils ein/e Autor/in wird dann Gelegenheit bekommen, einen Vortrag auf der Konferenz zu halten.

An wen richtet sich die Konferenz, wer kann teilnehmen? Wird auch in diesem Jahr mit internationaler Beteiligung gerechnet?

Die Konferenz richtet sich an alle, die sich für revolutionäre Theorie und Praxis, besonders in Kurdistan, interessieren. Wir wollen eine Brücke schlagen zwischen TheoretikerInnen und AktivistInnen, zwischen der kurdischen Bewegung und Europa, zwischen Hamburg, Kobanê und nicht zuletzt Imralı. Wir werden wieder Simultanübersetzung auf Deutsch, Englisch, Kurdisch und Türkisch haben, je nach Bedarf vielleicht auch Spanisch und/oder Italienisch. Die Konferenz ist also offen für weltweite Beteiligung, und mit der rechnen wir auch.

Was macht Euch so optimistisch, dass mehr Menschen sich für die Thematik interessieren und teilnehmen möchten?

Gerade 2014 ist weltweit gesehen worden, dass in Kurdistan ein neues Modell des Zusammenlebens aufgebaut und gegen alle Angriffe verteidigt wird. Daher haben wir auch ein riesiges Interesse an den Konzepten hinter der Revolution in Rojava und den theoretischen Ansätzen Öcalans und der kurdischen Freiheitsbewegung erlebt. Daher sind wir sicher, dass das Interesse noch höher sein wird als 2012. Außerdem war die erste Konferenz äußerst gelungen, so etwas spricht sich herum.

Wer oder was verbirgt sich hinter »Network for an Alternative Quest«?

Wir sind ein Netzwerk aus kurdischen und internationalen Gruppen, die ein Interesse an den Entwicklungen in Kurdistan und der Suche nach Alternativen zum bestehenden System teilen. Teile des Netzwerks sind momentan die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«, das Netzwerk kurdischer AkademikerInnen KURD-AKAD, der Verband der Studierenden aus Kurdistan YXK, die Informationsstelle Kurdistan e.V. ISKU, das Kurdische Frauenbüro für Frieden Cenî und das Kurdische Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad. Auch der »Kurdistan Report« ist Teil des Netzwerks. Wir sind offen für Gruppen, die sich anschließen wollen. ♦

Call for Papers

Die politische Sackgasse seit den 60er und 70er Jahren hat sich für alle alternativen Bewegungen später weiter verschlimmert. Der Realsozialismus brach zusammen, der Feminismus wurde nach seinem Höhepunkt in den 80ern und 90ern abgebremst, und der Kapitalismus erklärte sich selbst für ewig. Doch immer gab und gibt es Intellektuelle, Bewegungen und Organisationen, welche die Suche nach einem alternativen Leben fortführen. In dieser Konferenz »Die Kapitalistische Moderne herausfordern II« möchten wir uns mehr auf Themen wie kulturelle Hegemonie, Ökonomie, Frauenbefreiung, Sozialökologie, Macht und die jeweilige Betrachtungsweise der kurdischen Bewegung konzentrieren.

Das Vorbereitungskomitee möchte Studierenden, ForscherInnen und allen anderen die Gelegenheit geben, ihre Forschung mit den TeilnehmerInnen der Konferenz zu teilen. Wir laden Euch daher ein, ein Paper zu einem oder mehreren der folgenden Themen einzureichen.

1 – Kulturelle Hegemonie. Gramsci und 75 Jahre später Öcalan

Obwohl Öcalan Gramsci erst sehr spät lesen konnte, kommt er in früheren Büchern zu ähnlichen Schlussfolgerungen in verschiedenen Dimensionen. Auch Öcalan legt Wert auf die Definition der Intellektuellen und ihrer Rolle für die gesellschaftliche Transformation. Beide kritisieren eine Klassenherrschaft, unabhängig von der jeweiligen Klasse. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Öcalan und Gramsci sollten den Hauptgegenstand der Untersuchung in diesem Paper darstellen.

2 – Macht und Wahrheit. Das Verständnis von Macht bei Öcalan und Foucault

Beide Intellektuelle, Öcalan und Foucault, verorten die Macht überall, besonders in den Zeiten des Kapitalismus. Öcalan unterstreicht, wie jedes einzelne Individuum Macht ausgesetzt ist, im Sinne einer Selbstreproduktion des Systems. Foucaults ›Macht/Wissen‹ weist darauf hin, wie Macht durch akzeptierte Formen von Wissen, wissenschaftlichem Denken und ›Wahrheit‹ konstituiert wird. Öcalan erforscht das ›Regime der Wahrheit‹, um unsere Grundlagen und unsere Unfähigkeit zu hinterfragen, die Reproduktion des Systems zu vermeiden.

3 – Feminismus und die Kurden

Die kurdische Frauenbewegung ist die stärkste der Region – um es bescheiden auszudrücken. Doch wie verhalten sich ihre theoretischen Grundlagen zu sozialistischem, radikalem oder anarchistischem Feminismus westlicher Provenienz? Welches sind die originellen Ansätze des kurdischen Feminismus und warum ist der meistgelesene feministische Autor – ein Mann?

4 – Nach Marx: Braudel, Wallerstein und Öcalan zu Wirtschaft und Kapitalismus

Öcalan hält die Analyse von Wirtschaft und Kapitalismus für einen Schwachpunkt alternativer Bewegungen, einschließlich der kurdischen. Daher richtet er einen tiefen Blick auf die Wurzeln der Ökonomie und die Frage, wie sie zurückbeansprucht werden kann. Es bietet sich besonders an, Braudel und Wallerstein zu untersuchen, um Ähnlichkeiten und Neuerungen Öcalans herauszuarbeiten.

5 – Demokratischer Konföderalismus – Die Praxis der Sozialökologie?

Weder Murray Bookchin noch Öcalan sind lediglich Theoretiker. Beide kämpf(t)en für eine Umsetzung ihrer Ideen in die Praxis. Wie verhalten sich Sozialökologie, libertärer Kommunalismus, die »Frauenbefreiungsideologie« und der demokratische Konföderalismus zu den Versuchen, sie in die Tat umzusetzen? Welchen Problemen sehen sich die konkreten politischen Bewegungen gegenüber, wie kämpfen sie dagegen an, und wie trägt dies wiederum zur Weiterentwicklung der Theorie bei?

Technische Informationen für Papers

Vorschläge sollten bis zum 10. März 2015 eingereicht werden, bis Mitte Januar brauchen wir jedoch bereits eine Kurzfassung. Die Papers sollten 1500 Wörter, nicht aber mehr als 2500 Worte umfassen. Zu jedem der Themen wird ein Paper ausgewählt, und die Autorin/der Autor wird Gelegenheit haben, es in der entsprechenden Session der Konferenz vorzustellen. Darüber hinaus werden einige der anderen eingereichten Texte im Konferenzreader veröffentlicht werden.

Daten:
12. Dezember 2014:
Veröffentlichung »Call for Papers«
15. Januar 2015:
Einsendeschluss für Kurzfassungen
10. März 2015:
Einsendeschluss für Papers
20. März 2015:
Feedback für die AutorInnen
3.–5. April 2015:
Konferenz

Kontaktadresse: cfp@networkaq.net
http://networkaq.net/2015/

Interview mit den Organisatoren der Spendenkampagne »Waffen für Rojava«

Die Haltung der Bundesregierung drückt die ganze Heuchelei des Westens aus

Michael Prütz und T. Plancherell

Ihr nennt Euch »Neue antikapitalistische Organisation« (NaO). Kannst Du kurz etwas darüber erzählen, wie lange es Euch schon gibt und über Eure politische Ausrichtung.

Der Diskussionsprozess zur Gründung einer neuen antikapitalistischen Organisation begann im Frühjahr 2011, also vor rund dreieinhalb Jahren. Ziel war die Schaffung eines konsequent antikapitalistischen und gesellschaftlich relevanten Pols, links von der Linkspartei. Gesellschaftlich relevant heißt, dass eine Organisation, auch wenn sie relativ klein ist, fähig sein muss, politische Initiativen zu ergreifen, die ein gewisses Echo auszulösen vermögen und den politischen Bewusstseinsprozess ein Stück voranbringen. Die Lancierung der Kampagne »Waffen für Rojava« ist ein kleines, aber nicht schlechtes Beispiel dafür.

Zweites Standbein des NaO-Konzeptes war die Überzeugung, dass die radikale Linke jahrzehntelange alte Übel – wie ihr sektenhaftes Zirkelwesen, ihre starken Neigungen zu konservativem Dogmatismus, ihren lächerlichen Kleingruppen-»Patriotismus« und das typische Gehabe von selbsternannten Avantgarden, die immer schon alles im Voraus wissen – überwinden muss, wenn man einen attraktiven politischen Pol schaffen möchte. Bundesweit ist die NaO noch nicht gegründet. Wir verstehen das Ganze als offenen Prozess. Gruppen gibt es jetzt in Berlin, Potsdam, Kassel, Bremen, Köln, Stuttgart und München.

Einer Eurer aktuellen Schwerpunkte ist die Solidarität mit der kurdischen Befreiungsbewegung allgemein und mit der Entwicklung in Rojava insbesondere. Wie kam es dazu?

Weil wir meinen, dass die »Kommune von Rojava«, die Teil des revolutionären Prozesses in Syrien ist, neue Wege geht. Mit ihrem Selbstverwaltungsprojekt, ihrem vorbildlichen Kampf gegen die Ethnisierung des Sozialen, ihrem Schwerpunkt auf der Frauen-Emanzipation, ihrem opferreichen Kampf gegen den ultrareaktionären Islamischen Staat (IS) und der Rettung von Zehntausenden von ÊzîdInnen und anderen Minderheiten bietet sie ein wegweisendes positives Vorbild mit potentiellen Auswirkungen weit über den Mittleren Osten hinaus. Der Begriff »Kommune von Rojava« drückt bewusst eine Analogie aus zur »Kommune von Paris«, die damals auch ein Symbol für eine beispielhafte revolutionäre Perspektive darstellte. Das heißt jedoch nicht, dass wir gegenüber den Handlungen der politischen Kräfte in Rojava nun unkritisch werden.

In die Medien kamt Ihr ja vor allem mit Eurer Spendenaktion »Waffen für Rojava«. Was ist da der Hintergrund?

Hintergrund ist die sehr große Aktualität und Besorgnis einerseits über den Aufstieg des IS und andererseits der beispielhafte Charakter der »Kommune von Rojava«, die eine Hoffnung und die Möglichkeit einer positiven und attraktiven Perspektive aufzeigt. Ein Ausweg aus dem ganzen Schlamassel, wo bisher nur reaktionäre Bewegungen wie Hamas etc. im öffentlichen Bewusstsein dominierten. Rojava beweist »there is an alternative« – es gibt eine Alternative!

Nun wird ja aufgrund der katastrophalen Flüchtlingssituation sowohl in Pîrsûs (Suruç) gegenüber von Kobanê auf der türkischen Seite als auch in verschiedenen Flüchtlingslagern, in welche die Bevölkerung aus der Region Şengal fliehen musste, dringend zivile Unterstützung gebraucht. Warum sammelt Ihr ausgerechnet für Waffen?

Wir sollten sowohl eine »militärische« wie auch »zivile« Kampagne machen. Der Titel »Waffen für Rojava« der Solidaritätskampagne für die Kommune von Rojava ist bewusst provokativ und symbolträchtig formuliert. Wir sammeln hier Geld, und wenn das selbstverwaltete Gemeinwesen meint, dass

dieses Geld am nützlichsten in Waffen zur Selbstverteidigung zur Geltung käme, so erkennen wir das an. Wir wissen, dass die Militarisierung gerade bei linken Befreiungsbewegungen immer auch eine große Gefahr für den freiheitlichen Charakter der Bewegung darstellt und so rasch wie möglich wieder abgebaut werden muss, aber im Moment brauchen die KämpferInnen gegen die IS-Barbaren mehr als ihre bloßen Hände und leichte Maschinengewehre, sie brauchen Waffen, die hochmoderne Panzer brechen können.

Wieviel Geld habt Ihr dabei bislang gesammelt?

Die Kampagne begann am 5. Oktober 2014 und bis heute, den 4. Dezember, haben wir rund 70 000 Euro gesammelt und Zehntausende von Menschen in Deutschland haben den Aufruf und die begründenden Texte auf den Kampagnen-Webseiten angeklickt.

Habt Ihr ein Feedback aus Rojava zu Eurer Aktion bekommen?

Ja, als wir die ersten 30 000 Euro schon Ende Oktober übergaben, bekamen wir eine Bestätigung und ein kurzes anerkennendes Schreiben von YPG/YPJ-VertreterInnen aus Rojava.

Gab es bislang Repressalien gegen die Spendenaktion?

Repressalien nein, aber es gab eine böswillige Schikane, als das Postamt uns das Spendenkonto kündigte und wir ein neues Spendenkonto als Verein schaffen mussten, was mit bürokratischen Hürden verbunden ist.

Etwas ältere LeserInnen werden sich an die Spendenaktion »Waffen für El Salvador« in den 1980ern erinnern. Wo seht Ihr da Parallelen und Unterschiede?

Die damalige Spendenaktion »Waffen für Salvador« diente uns tatsächlich als Vorbild. Vom grundlegenden Charakter und der Symbolik her gibt es eigentlich keinen Unterschied zwischen den zwei Kampagnen.

Wie beurteilt Ihr die Rolle der Bundesregierung in diesem Konflikt, vor allem auch die Ausrüstung der nordirakischen Peschmerga mit deutschen Waffen?

Die Haltung der Bundesregierung drückt die ganze ungeheure Heuchelei des Westens aus. Dieser Westen ist nicht nur zu 80 % direkt und indirekt verantwortlich für das barbarische Chaos in Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen und anderen Ländern, er unterstützt auch nirgendwo die laizistischen und demokratischen Widerstände. Die demokratischen Kräfte im syrischen Bürgerkrieg wurden auf das Jämmerlichste im Stich gelassen, während unfähige, korrupte, reaktionäre und religiös-autoritäre Regime in Irak und Afghanistan und im Falle von Ägypten sogar offene Militärdiktaturen mit unzähligen Milliarden und Waffen überhäuft werden. Wäre es dem Westen ernst mit seinem Gerede über Demokratie und Freiheit, so könnte er mühelos mit seinen modernen Militärhubschraubern die Rojava-KurdInnen in der vom IS umzingelten Stadt Kobanê unter anderem mit modernen Panzerabwehrgeräten versorgen. Wären die hoch motivierten 45 000 Kämpfer und Kämpferinnen in Rojava richtig ausgerüstet, sie würden den IS vor sich hertreiben und vernichten. Es waren schließlich diese KämpferInnen, die im August einen Korridor vom Nordirak ins Rojava-Gebiet erkämpften und so Zehntausende von ÊzîdInnen vor dem IS-Massenterror bewahrten.

Die Verlogenheit und Heuchelei, und zwar ausnahmslos aller westlichen Länder, ist von einem nicht zu überbietenden Ausmaß. Sie versorgen die halbfeudalen erzkonservativen Barzanî-KurdInnen im Nordosten des Irak mit Waffen und verhindern nicht einmal das IS-freundliche Treiben des NATO-Staates Türkei und des mit dem Westen befreundeten erzreaktionären Saudi-Arabien. Ihre Luftschläge zerstören vor allem die Infrastruktur im Irak und sind bewusst so konzipiert, dass sie dem bedrängten Rojava fast nichts nützen. Der Westen will ganz eindeutig zuerst den Fall des selbstverwalteten, revolutionären, fortschrittlichen und demokratischen Rojava und überlässt dabei dem IS und der Türkei die entsprechende schmutzige Arbeit. Eine widerliche und abscheuliche Taktik, die wir mit aller Kraft denunzieren müssen! Ein Lehrbeispiel über den realen Charakter der westlich-bürgerlichen Demokratien, des Verhältnisses zwischen Demokratie und Kapitalismus.

Welche Chancen seht Ihr, dass das PKK-Verbot in Deutschland in absehbarer Zeit aufgehoben wird?

Mittel- und längerfristig sind die Chancen gut, dass das PKK-Verbot in Deutschland und in anderen EU-Ländern aufgehoben wird. Aber kurzfristig müssen die westlichen Demokratieheuchler ihr Gesicht wahren und werden deshalb das PKK-Verbot in den nächsten ein bis zwei Jahren kaum revidieren. Es kommt natürlich auch darauf an, was in dieser Zeit rund um Rojava passieren wird.

Die Erfahrung zeigt ja, dass auch die Solidaritätsarbeit schnell nachlässt, wenn die Themen nicht mehr so in den Hauptnachrichten sind. Wie stellt Ihr Euch eine Kontinuität vor?

Ja, das ist ein großes Problem. Für die heutige kapitalistische »Handy-Facebook«-Gesellschaft ist Oberflächlichkeit und Schnelllebigkeit charakteristisch. Eine Flut von Informationen und zunehmend auch Katastrophennachrichten ist täglich zu bewältigen und besonders schlimm daran ist, dass Wesentliches und weniger Wesentliches alles fast auf der gleichen Ebene erscheint. Das hat auch Auswirkungen auf das Funktionieren linker Organisationen. Ausdruck davon ist der wilde Aktivismus, diese täglich oft mehrfachen Aufrufe für winzige Demonstrationen oder Veranstaltungen. Dem muss scharf entgegengesteuert werden. Das Motto sollte heißen weniger Demos, weniger Veranstaltungen, weniger Kampagnen, aber dafür Kontinuität bei den wirklich »strategischen« Themen und Fragen. Rojava ist ein solch strategisches Thema, weil, wie oben ausgeführt, Rojava für eine hoffnungsvolle, potentiell antikapitalistische gesellschaftliche Perspektive steht. Das heißt konkret, dass die Waffenkampagne im nächsten Jahr übergehen muss zu einer thematisch viel breiteren Kampagne, welche die syrische Revolution, den arabischen Frühling, Selbstverwaltungsprojekte, Antikapitalismus und anderes einschließt. In einem weiteren Schritt müsste man sich Gedanken machen, wie man eine Rojava-Kampagne und z. B. eine Griechenland-Solidaritätskampagne im Falle einer Syriza-Regierung miteinander eng verbindet. Allerdings sollten wir uns alle im Klaren sein, dass diese »neue Politik« ein verändertes Bewusstsein in den linken Kreisen erfordert. Das immer noch dominante sektenhafte und enge thematische linke Zirkelwesen muss erkannt und überwunden werden.

Kontakt über: https://www.facebook.com/WaffenFuerRojava

Solidarität mit Rojava. Wer wenn nicht wir? Wann wenn nicht jetzt?

Seit drei Jahren entsteht in den überwiegend kurdischen Gebieten Nordsyriens (»Rojava« genannt) ein politisches System demokratischer Selbstverwaltung. Die Bevölkerung organisiert sich in eigenen Versammlungen und Räten, um ihr Leben über z. B. ethnische und religiöse Unterschiede hinweg gemeinsam zu gestalten. Die Frauen spielen dabei eine zentrale Rolle: Sie organisieren sich in allen Bereichen eigenständig und sind maßgeblich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt.

Geschützt wird diese demokratische Selbstverwaltung von den Selbstverteidigungskräften Rojavas, der YPG und den Fraueneinheiten der YPJ. Es waren diese Einheiten, die gemeinsam mit der PKK êzidische KurdInnen im September vor der menschenverachtenden Organisation Islamischer Staat (IS) aus dem Shengal-Gebirge gerettet haben.

Die Demokratische Autonomie der Städte und Gemeinden Rojavas ist für viele Menschen im Nahen und Mittleren Osten zu einem Hoffnungsträger geworden. Sie beweist, dass ein friedliches Zusammenleben sowie eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft möglich sind. Genau diese fortschrittlichen Inhalte ziehen den Hass des IS auf sich. Angesichts des Terrors des IS sind die Menschen von Rojava bereit, ihr Leben für die gemeinsame Verteidigung einzusetzen.

Die Türkei versucht die demokratische Selbstverwaltung Rojavas zu beseitigen. Sie hat eine Blockade gegen die selbstverwalteten Gebiete errichtet, Solidaritätsaktionen in der Türkei blutig unterdrückt und die Aktivitäten des IS toleriert oder sogar unterstützt. Wie die Kämpfe um Kobanê zeigen, sind aber auch Deutschland, die EU und die NATO – unabhängig von ihrer Position zum IS – offensichtlich nicht gewillt, den Überlebenskampf in Rojava aktiv zu unterstützen. Stattdessen werden die kurdischen Organisationen nach wie vor kriminalisiert. Die Regierungen reden zwar von Hilfe, aber verfolgen nur ihre eigenen geopolitischen Interessen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass wir uns nicht auf die Staaten verlassen dürfen.

Es ist allerhöchste Zeit, nicht nur von der Solidarität mit den Menschen in Rojava zu reden, sondern sie auch in die Tat umzusetzen. Die Commune von Rojava muss erhalten bleiben – dies ist nur mit der Selbstverteidigung möglich.

Mit unserer Unterschrift spenden wir für die Selbstverteidigungskräfte – YPG/YPJ – in Rojava und rufen alle auf, dies ebenfalls zu tun. Lasst die Menschen in Rojava nicht allein, zeigt eure Solidarität!

Wir unterstützen die demokratische Selbstverwaltung in Rojava, indem wir in der aktuellen Situation die Selbstverteidigungskräfte unterstützen.

Verband der Studierenden aus Kurdistan – YXK | yxkonline.com

Interventionistische Linke – iL | interventionistische-linke.org

Unterschriftenliste etc. unter: http://rojava-solidaritaet.net/

Die PYD als Störfaktor

Die Zerstörung Kobanês geht auf das Konto von Erdoğan

Elmar Millich

»Assad ist längst der größte Profiteur des IS-Terrors« (welt.de, 03.11.); »Die USA bomben den Weg für das Assad-Regime frei« (taz, 24.10.); »Wie die Vereinten Nationen Assad stärken« (FAZ, 20.11.). Seitdem die USA in einem Bündnis mit fragwürdigen arabischen Potentaten den Islamischen Staat (IS) zum Hauptfeind in der Region erklärt haben und ihn in Irak und Syrien mit Luftschlägen angreifen, herrscht im politischen Establishment und in den Medien die Angst, der Westen könnte sich mit Assad als kleinerem Übel arrangieren und der ersehnte Gouvernment Change in Damaskus ausbleiben. Jetzt sind laut dem Artikel von Harald Etzbach in ak 599 auch die KurdInnen mit Schuld, weil ihr Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) in Kobanê zu viel Aufmerksamkeit auf sich zieht: »Die einseitige Unterstützung der kurdischen Selbstverwaltung spielt dem Assad-Regime in die Hände«

In seinem Artikel wirft Harald Etzbach der Linken vor, mit ihrer einseitigen Solidarität zugunsten der kurdischen Selbstverwaltungsgebiete (Rojava) die demokratische Opposition in Syrien zu ignorieren und damit die Herrschaft Assads zu konsolidieren. AktivistInnen der Kampagne TATORT Kurdistan werden dort in Bezug auf Rojava »romantische Revolutionsfantasien« ohne Blick für die gesamtsyrische Situation unterstellt. Nun ist es prinzipiell ein fraglicher Stil, verschiedene Gruppen, die der internationalen Solidarität bedürfen, gegeneinander auszuspielen, aber die Stoßrichtung des Artikels zeigt sich schon in der Überschrift, die in Übereinstimmung mit den meisten bürgerlichen Medien, aber auch der türkischen Regierung, den Sturz Assads als oberste Priorität sieht.

Nun klingt es immer gut, Solidarität mit einer »demokratischen Opposition« und für die »syrische Revolution« einzufordern, aber das ersetzt keine Analyse des Geschehens und der aktuellen Kräfteverhältnisse in Syrien. Es ist leider eine Tatsache, dass der demokratische Aufstand von Teilen der Bevölkerung in Syrien 2011 sehr schnell von ausländischen Interventionsmächten, allen voran der Türkei, Saudi-Arabien und Katar, gekapert wurde. Von den westlichen Staaten wurde dies wohlwollend unterstützt, sah man doch eine geostrategische Chance, im Zuge der Eindämmungspolitik gegen den Iran den »schiitischen Bogen« Teheran, Damaskus, Hisbollah zu zerschlagen und hoffte, nach dem innerhalb von einigen Monaten erwarteten Zusammenbruch der syrischen Staatsstrukturen nach bewährtem Muster eine vom Ausland abhängige Pseudoregierung installieren zu können. Die kurdische Partei der Demokratischen Einheit (PYD) erwies sich in diesem Spiel jedoch als Störfaktor, was ihr bis heute den Vorwurf einbrachte – so auch in einer Fußnote Etzbachs –, durch ein nie belegtes Geheimabkommen mit der syrischen Zentralregierung die gesamtsyrische Revolution aus Eigeninteresse torpediert zu haben.

Dass die PYD für ihr Verhalten, eine Militarisierung der Protestbewegung zu verhindern, gute Gründe hatte, zeigt ein kurzer Rückblick: Nicht umsonst konstituierte sich 2011 die Freie Syrische Armee (FSA) in der Türkei und ebenso das von der Muslimbruderschaft dominierte Exilbündnis »Syrischer Nationalrat« (SNC). Die sunnitische Dominanz und die offensichtliche politische Abhängigkeit dieses Oppositionsbündnisses von den westlichen und arabischen Staaten, vor allem aber von der Türkei, stießen nicht nur bei den KurdInnen verständlicherweise auf Skepsis, sondern auch bei der Bevölkerungsgruppe der verschiedenen christlichen Konfessionen sowie natürlich auch der syrischen AlawitInnen. Jede Anerkennung kurdischer Forderungen wurde von diesem Bündnis auf Druck der Türkei zurückgewiesen bzw. die Diskussion darüber auf die Zeit »nach der Revolution« verschoben. Die PYD hielt sich daraufhin von diesem Bündnis fern und engagierte sich in dem innersyrischen Bündnis »Nationales Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel« (NCC), das sich für eine Verhandlungslösung innerhalb Syriens und gegen auswärtige Militärinterventionen aussprach. Das erklärte Ziel der kurdischen Selbstverwaltung war es – auch gegen den Widerstand anderer kurdischer Parteien –, den zunehmenden Stellvertreterkrieg aus den kurdischen Gebieten herauszuhalten, was ihr nicht nur große Teile der kurdischen Bevölkerung dankten, sondern auch dort lebende religiöse und ethnische Minderheiten. Zu-

dem fanden dort Millionen Flüchtlinge aus den umkämpften Teilen Syriens zumindest vorrübergehend Schutz. Dass trotz dieses Konzepts heute Kobanê einer Trümmerwüste wie Homs und Hewlêr (Aleppo) gleicht, haben die KurdInnen der Unterstützung des IS durch den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan zu verdanken und nicht Assad.

Mittlerweile ist es kein Geheimnis, dass es eine einheitliche FSA schon lange nicht mehr gibt. In den vom Autor erwähnten umkämpften Stadtteilen herrschen neben lokalen Aufständischen verschiedenste Milizen, die ihre Bündnisse danach ausrichten, wer ihnen gerade Sold und Waffen bezahlt. Die Zivilbevölkerung, der die Flucht aus diesen Ruinenstädten noch nicht gelungen ist, ist die Geisel dieses Krieges, auf welche die syrische Armee bei ihren Bombardierungen keinerlei Rücksicht nimmt. Aber auch die sogenannte moderate Opposition hat kein Problem damit, etwa vom Süden von Damaskus aus Wohngebiete unter Kontrolle der syrischen Armee unter Mörserbeschuss zu nehmen oder Wasser- und Energieinfrastrukturen im Umland zu zerstören, worunter ebenfalls hauptsächlich die Zivilbevölkerung leidet. Laut internationaler Einschätzung sind in Syrien 1 500 verschiedene Milizen aktiv. Wie hoffnungslos die Situation ist, zeigt das Vorhaben der USA, nun noch einmal 5 000 »gemäßigte« Oppositionelle militärisch auszubilden und gegen den IS und möglicherweise irgendwann auch gegen Assad in den Krieg zu schicken. Auf der politischen Seite sieht es nicht besser aus. Die Bedeutungslosigkeit der von den »Freunden Syriens« als alleinige legitime Vertretung Syriens anerkannten syrischen Nationalen Koalition auf das Geschehen ist so offensichtlich geworden, dass sie in den Medien im letzten Jahr kaum noch Erwähnung fand.

In dieser Situation von einer »syrischen Revolution« zu sprechen, ist verklärend. Auch der Begriff Bürgerkrieg trifft die Situation nicht zur Gänze, handelt es sich doch um einen mittlerweile internationalisierten Konflikt, in dem Iran, Türkei, Saudi-Arabien und Katar direkt oder indirekt als bewaffnete Akteure auftreten und das militärische Geschehen dominieren. Die syrische Mittelschicht sitzt, falls ihr die Flucht noch nicht gelungen ist, zum großen Teil auf gepackten Koffern nach Europa. Dort verspürt niemand Lust, sich in einem Krieg zwischen syrischer Armee und dschihadistischen Gruppierungen zerreiben zu lassen. Das betrifft auch die kurdischen Gebiete. In Rojava mangelt es an ÄrztInnen, IngenieurInnen und ähnlichen SpezialistInnen, die vor der Ungewissheit nach Europa oder in andere Teile Kurdistans geflohen sind. Die in Syrien verbliebene Bevölkerung ist in ihrer Loyalität zu Assad tief gespalten. Es gibt nicht den Aufstand »der SyrerInnen« gegen Assad, die sich vom Westen alleingelassen fühlen, wie es in vielen Medien und Teilen der Linken tendenziös dargestellt wird. Wohl aber gibt es in allen Teilen Syriens Menschen, die inmitten der Kriegsgrausamkeiten menschliche Werte verteidigen. Unter großem Verfolgungsdruck aller Seiten versuchen sie, die Grundversorgung an medizinischer Hilfe und Nahrungsmitteln zu sichern, Bildungsarbeit zu leisten und politischen Widerstand aufzubauen. Selbstverständlich gilt diesen Menschen unser Respekt und unsere Solidarität. Wenn sich Gruppen wie »Adopt a Revolution« dort engagieren, ist das zu begrüßen, aber warum muss man das gegen die Solidarität mit Rojava ausspielen?

> Warum gibt es die von Etzbach hinterfragte weltweite Solidarität mit Rojava angesichts der Bilder von Kobanê? Die kurdische Bewegung hatte es bis vor Kurzem geschafft, die von ihr kontrollierten Gebiete im Norden Syriens aus einem zunehmend internationalisierten brutalen Kriegsgeschehen herauszuhalten und dort unter schwierigsten Bedingungen die verschiedenen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen in ihre Selbstverwaltung mit einzubeziehen. Die überragende Beteiligung der Frauen an der Verteidigung und Zivilverwaltung in einer patriarchal geprägten Region sorgt zusätzlich für weltweites Interesse.

Solidarität mit der syrischen Bevölkerung heißt für die Linke zuerst einmal, diesen Krieg zu stoppen. Das bedeutet allem voran, den Zufluss an Waffen, KämpferInnen und Soldzahlungen nach Syrien zu verhindern. Ebenfalls zu unterstützen ist der von vielen angefeindete kürzlich genannte Vorschlag des Syrien-Beauftragten der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura, aufgrund der Zersplitterung der bewaffneten Kräfte zunächst lokale Friedensübereinkommen zu treffen und darüber zu einer gesamtsyrischen Lösung zu kommen. Bewaffnete Gruppen, die sich aufgrund ihrer Ideologie oder Außensteuerung diesem Lösungsansatz entziehen, wie der IS und die Al-Nusra-Front, müssen auf breiter Basis bekämpft werden, wie es die kurdischen YPG/YPJ ja auch mit Teilen der verbliebenen FSA in den Kantonen Kobanê und Afrîn praktizieren. Wer glaubt, alle aktuellen Übel in Syrien lägen in der Person Assads und mit seinem Sturz würden sich die Dinge automatisch zum Besseren wenden, schürt eine gefährliche Illusion. Dazu

sollte ein Blick nach Libyen reichen, wo auch das in den letzten Monaten oft wiederholte Märchen widerlegt wird, mangelnde militärische Unterstützung durch den Westen (oder gar mangelnde Solidarität der westlichen Linken) hätte in Scharen anfänglich demokratische Oppositionelle zwangsläufig in die Hände der Islamisten getrieben. Eine realistische Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sollte für Linke seit Marx eine Selbstverständlichkeit sein und hat nichts mit einer »orientalistischen Brille« zu tun, wie der Autor des ak-Artikels suggeriert.

Warum gibt es die von Etzbach hinterfragte weltweite Solidarität mit Rojava angesichts der Bilder von Kobanê? Die kurdische Bewegung hatte es bis vor Kurzem geschafft, die von ihr kontrollierten Gebiete im Norden Syriens aus einem zunehmend internationalisierten brutalen Kriegsgeschehen herauszuhalten und dort unter schwierigsten Bedingungen die verschiedenen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen in ihre Selbstverwaltung mit einzubeziehen. Die überragende Beteiligung der Frauen an der Verteidigung und Zivilverwaltung in einer patriarchal geprägten Region sorgt zusätzlich für weltweites Interesse. Die KurdInnen in Syrien haben sich aber nicht auf ihrer »Insel des Guten« eingeigelt, sondern bekanntermaßen im benachbarten Irak im Sommer dieses Jahres zehntausende ÊzîdInnen und ChristInnen im Şengalgebirge vor dem Tod gerettet. Trotz der vorangegangenen Ränkespiele von Mahmûd Barzanî, dem Präsidenten der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, gegen Rojava verteidigen GuerillakämpferInnen der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Hewlêr (Arbil) gegen den IS. Es war der maßgebliche Einfluss der türkischen Regierung, der Krieg und Zerstörung mittels des IS nach Kobanê brachte. Als der Kovorsitzende der PYD, Salih Muslim, dann im Oktober zu Gesprächen in Ankara war, um angesichts der dramatischen Lage über einen Hilfskorridor für Kobanê zu verhandeln, bekam er als Bedingung diktiert, die Volksverteidigungseinheiten YPG müssten sich dem Oberkommando der FSA (also der Türkei) unterstellen und gemeinsam gegen Assad kämpfen. Von dieser Auffassung scheint auch Harald Etzbach beseelt, ohne die Motive der Türkei zu hinterfragen. Außenpolitische Einflussnahmen auf den Konflikt in Syrien werden in dem Artikel auf jeden Fall konsequent ausgeblendet, um das einfache Bild »Gut« (die syrische Revolution) gegen »Böse« (das Assad-Regime) nicht zu stören. Der an die Kampagne TATORT Kurdistan gerichtete Vorwurf der »Revolutionsfantasien« fällt auf den Autor zurück und zwar in Bezug auf seine Einschätzung der leidvollen Situation in Syrien. ♦

Der genannte Artikel von Harald Etzbach in ak 599: »Schluss mit der selektiven Solidarität, Die einseitige Unterstützung der kurdischen Selbstverwaltung spielt dem Assad-Regime in die Hände« ist im Internet unter: http://www.akweb.de/ak_s/ak599/28.htm zu finden.



Plakatwand im Widerstandscamp an der Grenze zu Kobanê/Rojava Foto: DIHA

»Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan«

Wie es Euch gefällt

Buchbesprechung von Elmar Millich

Spätestens seit dem Vormarsch des Islamischen Staates (IS) im Irak und den nun seit Mitte September anhaltenden Kämpfen um die syrisch-kurdische Stadt Kobanê stehen die kurdischen Gebiete im Mittleren Osten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Besonders die selbstverwalteten Regionen im syrischen Teil, von den Kurden Rojava genannt, erfahren aufgrund ihres multiethnischen Zusammenlebens, der angestrebten Gleichberechtigung der Geschlechter und des rätedemokratischen Ansatzes aktuell weltweit viel Solidarität. Zeitnah dazu ist jetzt das Buch »Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan« von Thomas Schmidinger erschienen. Thomas Schmidinger, Politikwissenschaftler an der Universität Wien, hielt sich Anfang 2013 und 2014 in Rojava auf und führte dort Gespräche mit unterschiedlichen Akteuren.

Im ersten Teil des Buches gibt Schmidinger einen geschichtlichen Überblick über die Region, die unterschiedlichen dort lebenden Bevölkerungsgruppen und auch die Unterdrückungsgeschichte durch den syrischen Zentralstaat. Auch die Ereignisse ab 2011, die zum weitgehenden Rückzug der Assad-Regierung aus den kurdischen Gebieten führte, bis hin zu den aktuellen Kämpfen um Kobanê, finden in diesem Teil ihren Niederschlag. Im zweiten Teil des Buches unter der Überschrift »Stimmen aus Rojava« werden Interviews wiedergegeben, die Schmidinger während seines Aufenthalts führte. Ihm ist es wichtig, wie der Autor betont, dabei sowohl die Kräfte, die der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) nahestehen, als auch deren erklärte innerkurdische Gegner zu Wort kommen zu lassen.

Darin liegt aber auch eine Schwäche des Buches. Den innerkurdischen Auseinandersetzungen, in denen naturgemäß viel Propaganda steckt, wird hier übermäßig Raum gegeben. Das Dilemma beschreibt Schmidinger selbst, indem er am Anfang des Buches einräumt, bei seinem ersten Besuch 2013, vermittelt über einen syrischen Bekannten aus Österreich, hauptsächlich mit PYD-Gegnern in Kontakt gewesen zu sein, während sein Aufenthalt 2014 auf Einladung der PYD erfolgte, mit der entsprechenden Auswahl an Gesprächspartnern. Wem er da glauben soll, kann er sich nicht so recht entscheiden und überlässt das dem geneigten Leser und der Leserin, die dafür natürlich überhaupt keine Einschätzung zur Hand haben.

Bei den zentralen Diskussionspunkten, ob die PYD ein geheimes Abkommen mit der Assad-Regierung hat, wer für Morde an kurdischen Oppositionellen die Verantwortung trägt und ob die PYD ein totalitäres Regime führt, wie von sich meist im Exil aufhaltenden Oppositionellen vorgetragen wird, hält sich der Autor heraus. Das muss man ihm nicht zum Vorwurf machen, aber er vermittelt auch keine Hintergründe über die Rolle dieser Oppositionsparteien, die sich weder am Aufbau noch an der Verteidigung Rojavas beteiligt haben, sondern ihre ganze Energie einsetzen, die PYD und die aufgebauten Selbstverwaltungsstrukturen im Ausland zu diskreditieren. Parallelen zu dem jahrzehntelangen Gebaren der kubanischen Exilgemeinde in Miami sind unübersehbar.

Eine außenpolitische Interessenanalyse der unmittelbaren Nachbarn von Rojava, also der Türkei und der kurdischen Autonomieregion im Nordirak unter Mahmûd Barzanî, wird im Buch allenfalls angeschnitten, ist aber aufgrund der humanitären und wirtschaftlichen Embargohaltung entlang dieser Grenzen für die Situation in Rojava mitentscheidend und auch für eine Einschätzung der oben genannten Oppositionsparteien, die von diesen Regionalmächten mehr oder weniger stark abhängig sind.

Keine Würdigung finden im ersten allgemeinen Teil dieses Buches die rätedemokratischen Ansätze der Selbstverwaltung, die ja gerade in der Linken weltweit für Interesse sorgen. Entsprechende Strukturen werden ärgerlicherweise gar als »Vorfeldorganisationen« der PYD abgekanzelt. Die vielfältigen Bemühungen der Bevölkerung in Ökonomie, Gesundheit und Bildung, trotz Wirtschaftsembargo und Kriegssituation ein gleichberechtigtes würdevolles Leben zu führen, kommen allenfalls im zweiten Interview-Teil vor.

Bei aller oben genannten Kritik stellt das Buch jedoch kein Pamphlet gegen das Projekt Rojava oder die PYD dar, sondern liefert im ersten Teil kompakt die wesentlichen Entwicklungen, Akteure und Konflikte in Syrien, die zur aktuellen Situation geführt haben, wenn auch mit einer inhaltlichen Priorisierung, die man durchaus in Frage stellen darf. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Kämpferinnen der YPJ
in Serê Kaniyê, Rojava
Foto: Ismail Eskin, DIHA

Rückseite:
Konferenz: Die kapitalistische Moderne herausfordern II

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
ceni-kurdistan.com



Nûce
isku.org



AZADÎ infodienst
nadir.org/azadi/

Spendenaufruf / Medic-Teams für Rojava

Im Oktober 2014 besuchte eine von phoenix e.V. organisierte Delegation aus Mediziner*innen und Journalist*innen Rojava, die kurdische Region im Norden Syriens.
Zurück in Berlin berichtet die Gruppe seitdem auf vielen Veranstaltungen in verschiedenen Städten zutiefst beeindruckt von den Menschen dort, die um viel mehr kämpfen als ›nur‹ um das Überleben gegen die Attacken des »Islamischen Staates« (Hinweise auf geplante Veranstaltungen unter: www.rojava.berlin). In Rojava steht das basisdemokratisch organisierte Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Religionen und ethnischer Gruppen auf dem Spiel, die sich in anderen Teilen des Nahen Ostens mit allen Mitteln bekämpfen. Der Verteidigungs-Krieg gegen den IS blutet die Region langsam aber sicher aus, es mangelt mittlerweile an nahezu allem. Zusammen mit lokalen Aktivist*innen haben wir daher Möglichkeiten der Unterstützung erarbeitet.

Priorität: Medizinische Versorgung
Eines der drängendsten Probleme in Rojava ist der akute Mangel an medizinischen Fachkräften, die dringend notwenige Operationen durchführen können. In Zusammenarbeit mit „Heyva Sor a Kurd“ (kurdischer roter Halbmond) und weiteren Partner*innen vor Ort werden wir deshalb kontinuierlich Kurzaufenthalte von entsprechend zusammengestellten MEDIC-Teams aus Deutschland in Rojava organisieren. Zu diesem Zweck stellen wir kleine Gruppen aus Freiwilligen zusammen, die über die Expertise und Erfahrung verfügen, auch unter schwierigen Bedingungen arbeiten zu können. Die Teams werden mit dem nötigen medizinischen Material ausgestattet und führen vor Ort in vorbereiteten OPs die notwenigen Maßnahmen durch. Die Kosten für die Flüge nach Rojava und auch die Ausstattung mit medizinischem Verbrauchsmaterial werden von phoenix e.V. übernommen. Sie belaufen sich für ein MEDIC-TEAM auf ca. 5 000 Euro. Mit dieser Summe können je nach Art der Verletzung 30–35 Patient*innen operativ versorgt werden.

Konkrete Unterstützung durch Spenden
Wir rufen mit diesem Schreiben dazu auf, uns mit Spenden für die Organisation der MEDIC-TEAMS zu unterstützen.
Spendenempfänger*in: phoenix e.V.
Verwendungszweck: Projekt Medic Teams
Bank: Volksbank Berlin
IBAN: DE55 1009 0000 2533 5240 04
BIC: BEVODEBBXXX

Darüber hinaus nehmen wir auch Spenden in Form von medizinischem Verbrauchsmaterial entgegen. Was gebraucht wird, teilen wir auf Anfrage gerne mit! Auch Mediziner*innen (besonders FÄ aus chirurgischen Bereichen) und OP Pflegekräfte, die an einem Einsatz in Rojava interessiert sind, können sich gerne bei uns melden.

Für weitere Fragen zu dem Projekt sind wir jederzeit zu erreichen unter: +49 176 66827900, rojava@phnx.berlin
http://www.phnx.berlin/

Konferenz:

Die Kapitalistische Moderne herausfordern II:

Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen

3.–5. April 2015

Lektionen aus alternativen Praktiken

Die Stolperfallen der revolutionären Theorie überwinden

Die kapitalistische Moderne sezieren

Kapitalistische Moderne gegen Demokratische Moderne

Industrialismus gegen ökologische Industrie und kommunale Ökonomie

Universität Hamburg, Audimax

ISSN 0935–5375



Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« • KURD-AKAD Netzwerk kurdischer AkademikerInnen • YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan • Kurdistan Report • ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V. • Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden • Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit